

Eine Publikation der
Fachstelle für Gleichstellung
von Frau und Mann
des Kantons Basel-Landschaft

Gleichstellung auf den Punkt gebracht

5

Das Volk vertreten 2012

Christian Zürcher

Studie zur politischen

Repräsentation

der Geschlechter in der

Baselbieter Politik

Eine Publikation der
Fachstelle für Gleichstellung
von Frau und Mann
des Kantons Basel-Landschaft

Gleichstellung auf den Punkt gebracht 5

Das Volk vertreten 2012

Christian Zürcher

Studie zur politischen

Repräsentation

der Geschlechter in der

Baselbieter Politik

Zur Reihe

In der Reihe «Gleichstellung auf den Punkt gebracht» veröffentlicht die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann Recherchen, Studien, Konzepte und Empfehlungen aus ihrem Tätigkeitsgebiet. Sie bringt darin Themen auf den Punkt, der für Gleichstellung, Gender – Geschlecht, Gleichheit und Gerechtigkeit steht. Die Beiträge richten sich an ein fachlich interessiertes Publikum.

Impressum

Das Volk vertreten 2012

Studie zur politischen Repräsentation der Geschlechter in der Baselbieter Politik

Herausgeberin	Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Basel-Landschaft
Autor	Christian Zürcher
Lektorat	Dr. Gesine Fuchs, Sabine Kubli
ISBN	978-3-9521779-7-6
Gestaltung Umschlag	Formsache, Basel
Druck	Schul- und Büromaterialverwaltung Basel-Landschaft
Druck Umschlag	bc medien ag, Münchenstein
Vertrieb	Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann Kreuzboden 1a 4410 Liestal
Bestellungen	Telefon 061 552 82 82, Fax 061 552 82 89 E-Mail: ffg@bl.ch, www.gleichstellung.bl.ch
Preis	Fr. 15.– (zuzüglich Porto)
Online	Diese Studie kann unter www.gleichstellung.bl.ch gratis heruntergeladen werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeberin	5
Regierungsrat Adrian Ballmer: Warum wurde ich politisch aktiv?	7
Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer: Ein Interview	9
Abstract	13
1 Einleitung	15
1.1 Fragestellung	16
1.2 Forschungsstand	16
1.3 Datengrundlage	17
1.4 Aufbau	18
2 Die Repräsentation auf kantonaler Ebene	19
2.1 Der Landrat	19
2.1.1 Parteien	20
2.1.2 Wahlquoten	23
2.1.3 Das Alter	24
2.1.4 Die Kommissionen des Landrats	29
2.2 Der Regierungsrat	30
3 Die Vertretung des Kantons Baselland auf nationaler Ebene	33
3.1 Der Nationalrat	33
3.2 Der Ständerat	35
4 Die Entwicklungen in den Gemeinden	37
4.1 Die Gemeinderäte	37
4.1.1 Gemeindepräsidien	40
4.2 Die Einwohnerräte	42
4.2.1 Parteien in den Einwohnerräten	45
5 Erklärungsansätze zur anhaltenden politischen Unterrepräsentation von Frauen	47
5.1 Die drei zentralen Faktorenbündel	47
5.1.1 Politisch-institutionelle Faktoren	48
5.1.2 Sozialstrukturelle und ökonomische Faktoren	49
5.1.3 Kulturelle Faktoren	50
5.2 Der Zugang zu einem politischen Amt	51
5.2.1 Geschlechterbilder und Stereotype in Gesellschaft und Politik	51
5.2.2 Motivation für ein politisches Amt	52
5.2.3 BürgerInnenpflicht und Milizsystem	54
5.2.4 Nominationsmechanismen	55

6	Die Ergebnisse im Vergleich	57
6.1	Die Repräsentation auf den politischen Ebenen innerhalb des Kantons Baselland	57
6.1.1	Exekutiv- und Legislativämter	58
6.1.2	Verschiedene Staatsebenen	59
6.2	Der nationale Vergleich	60
7	Schluss	64
7.1	Zusammenfassung der Ergebnisse	64
7.2	Mögliche Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation	64
7.2.1	Gesamtgesellschaft	65
7.2.2	Politische Institutionen	66
7.2.3	Individuelle Ebene	66
8	Verzeichnisse	68
8.1	Abkürzungen	68
8.2	Literatur	68
8.3	Zeitungsartikel	71
8.4	Webadressen	71
8.5	Abbildungen	72
8.6	Tabellen	73

Vorwort der Herausgeberin

Wer vertritt heute die Bevölkerung und ihre verschiedenen Interessen in Parlament und in Regierung? Sind Frauen und Männer auf allen politischen Ebenen ausgewogen und genügend vertreten? Ist der auf Bundesebene erstmalig verzeichnete leichte Rückgang der Frauenvertretung auch in Baselland zu beobachten? Konnte der 2008 erfolgte Aufwärtstrend für mehr Gemeindepräsidentinnen 2012 fortgesetzt werden? Erübrigen sich die kontinuierlich seit 1991 verfolgten Massnahmen oder Parteiengespräche von Kommission und Fachstelle für Gleichstellung zur Motivation für Frauenkandidaturen?

Zum 45. Jubiläum des kantonalen Stimm- und Wahlrechts für alle Bürgerinnen und Bürger im Juni 2013 legt die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann Baselland (FfG) statistisch präzise Antworten auf diese Fragen, fachlich fundierte Begründungen und mögliche Interpretationen vor. «Das Volk vertreten 2012» ist eine Studie zur politischen Repräsentation der Geschlechter in der basellandschaftlichen Politik, die Christian Zürcher, Historiker und akademischer Mitarbeiter der FfG, aufgrund der Erneuerungswahlen von 2011 und 2012 und der Vorläuferstudie von Gesine Fuchs von 2008 verfasst hat.

Um es vorwegzunehmen: Erreicht ist heute eine annähernd gleiche Wahlquote von Frauen und Männern, wenn sie denn einmal als KandidatInnen nominiert sind und den Wählerinnen und Wählern zur Wahl stehen. Noch lange nicht erreicht ist ein chancengleicher Weg dorthin. Wie schon in «Das Volk vertreten» von 2008 festgestellt, liegt ein Grundproblem einer ausgeglichenen Partizipation und Repräsentation in der herrschenden politischen Kultur in einem grundsätzlich unterschiedlich vorge-spurten Verständnis von BürgerInnenverpflichtung, Politik und Gemeinwohlorientierung von jungen Frauen und Männern. Es gilt deshalb, die auch in der basellandschaftlichen Politik wirksamen Geschlechterkulturen zu erkennen und jungen Frauen und Männern den Zugang zu politischer Betätigung schon früh gezielt und geschlechtersensibel zu öffnen.

Wir haben zwei Baselbieter SpitzenpolitikerInnen gebeten, ihren persönlichen Zugang zur Politik und ihre Erfahrungen an Wendepunkten ihrer politischen Karrieren zu schildern. Beide sind fast gleich alt und heute profiliert in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Der aus Liestal stammende FDP-Regierungsrat Adrian Ballmer und die in Chur aufgewachsene sozialdemokratische Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer waren 21 bzw. 20 Jahre alt, als Baselland das kantonale Stimm- und Wahlrecht 1968 einführt. Sie können heute auf ein gut 45-jähriges politisches Wirken zurückblicken. Gleichstellungspolitik war für beide ein politisches Handlungsfeld: Susanne Leutenegger Oberholzer reichte als damalige POBL-Landrätin 1986 die – begleitet von einer Volksinitiative – erfolgreiche Motion zur Einrichtung einer Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann ein und präsierte von 1987 bis 1998 die Kommission für Gleichstellung. Und Adrian Ballmer war als Vorsteher der Finanz-

und Kirchendirektion von 2000 bis 2013 für die Kommission und die Fachstelle für Gleichstellung zuständig und gewann 2008 die Volksabstimmung zugunsten der Gleichstellungsstelle. Er verantwortet zudem das Legislaturziel 2012–2015 mit, das eine Ausrichtung des staatlichen Handelns nach den Grundsätzen der Chancengleichheit und des Gleichstellungscontrollings vorgibt und einen Platz unter den besten acht Kantonen im Schweizerischen Gleichstellungsindex anstrebt. Wir danken Susanne Leutenegger Oberholzer und Adrian Ballmer herzlich für den persönlichen Einblick in ihre exemplarischen Werdegänge und Überlegungen.

Mein Dank gilt auch Christian Zürcher, der als akademischer Mitarbeiter die Fachstellenarbeit während eines Jahres mitprägte. Er hat den rund 2500 Personen umfassenden Datenbestand zuverlässig überarbeitet, mit den Wahldaten von 2011 und 2012 aktualisiert und in umsichtiger Literaturrecherchearbeit die neue Studie «Das Volk vertreten 2012» als Fortsetzung zum 2008 erschienenen Band verfasst. Dabei wirft er so viele neue Forschungsfragen auf, dass vorgesehen ist, die Politikauswertungen der FfG 2018 mit einer qualitativ ausgerichteten Befragung weiterzuführen. Gesine Fuchs, Politologin und langjährige Kennerin der Politikentwicklung in Basel-Land, danken wir für die konstruktive Begleitung. Dem Statistischen Amt danken wir für das Bereitstellen der Infrastruktur für die statistischen Auswertungen sowie Marga Haller und Fabian Kristmann für die sorgfältigen Korrekturen.

Ende Januar 2013 reichten alle acht im Landrat vertretenen Fraktionen ein gemeinsames Postulat zur «Einführung in «Staatskunde und Politik» an den Schulen der Sekundarstufe I und II» (Nr. 2013/029) ein. Wir freuen uns, mit «Das Volk vertreten 2012» Argumente für dessen geschlechtergerechte Beantwortung und erste Vorschläge für mögliche Massnahmen liefern zu können. Aus einer gleichstellungspolitischen Sicht ist es unabdingbar, dass die politische Bildung aktiv gefördert wird und dass Mädchen und Jungen, bzw. Frauen und Männer gleichermaßen zu Demokratinnen und Demokraten heranwachsen und an der Politik in unserem Kanton teilhaben.

Sabine Kubli Fürst

Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann
des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, im März 2013

Regierungsrat Adrian Ballmer: Warum wurde ich politisch aktiv?

Warum bin ich politisch aktiv geworden? Ich weiss es nicht. Aber ich weiss, dass eine Demokratie von der Partizipation ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt und sie ohne dieses Engagement weder lebensfähig noch legitimiert ist. Und wir wissen seit Winston Churchill, dass die Demokratie die schlechteste aller Staatsformen ist, ausgenommen alle anderen.

In meiner Jugend wurde am Familientisch lautstark und kontrovers diskutiert und debattiert. Mein Vater war Vorsteher des Kantonalen Arbeitsamts (heutiges KIGA); er war in den 1960er Jahren als Freisinniger Mitglied des Verfassungsrates beider Basel und kandidierte 1967 für den Nationalrat. Ich hatte fünf Geschwister. Der jüngere Bruder Meinrad war in den 1970er Jahren politisch aktiv gegen die Schwarzenbach-Initiative, gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst und als SP-Stadtrat in Liestal; die ältere Schwester Hildegard war ebenfalls in der SP Liestal aktiv. Obwohl im gleichen anregenden Biotop aufgewachsen, waren meine drei anderen Geschwister nie politisch aktiv.

Ich habe seit jeher gerne Führungsverantwortung übernommen: in der Jugendorganisation Jungwacht, im Sport als Handballer und im Turnvereinvorstand, im Militär, im Beruf und in der Politik.

Das Interesse für Staat und Politik und wohl auch die Lust am Debattieren beeinflussten auch meine Berufswahl. Ich studierte Rechtswissenschaften in Basel, Staats- und Verwaltungsrecht bei den beiden herausragenden Professoren Max Imboden und Kurt Eichenberger.

Wenn man sich interessiert und engagiert, kommen die politischen Aufgaben auf einen zu: Als Student trat ich der Freisinnig-Demokratischen Partei bei, weil mich Liberalismus faszinierte und Politik Teamwork ist.

Im «Liberalen Manifest» der FDP Schweiz ist Liberalismus konzis umrissen, wie er auch meinem Credo entspricht. In der Politik geht es darum, Mehrheiten für seine Überzeugungen zu erreichen, und dies geht nur im Team. Vorerst arbeitete ich in diversen lokalen und kantonalen Arbeitsgruppen mit. 1978 wurde ich auch Mitglied des lokalen FDP-Vorstands (bis Anfang der 1990er Jahre). Von 1982 bis 1997 war ich auf Vorschlag der FDP Mitglied der **Aufsichtskommission des Gymnasiums Liestal**, welche ich von 1983 bis 1996 präsidierte. Ende der 1980er Jahre rückte ich in den **Einwohnerrat Liestal** nach, wo ich bis Frühjahr 1991 mitwirkte. Im Januar 1991 rückte ich in den **Baselbieter Landrat** nach und blieb bis Ende Juni 1999; damit wollte ich meine Zeit als Freizeit-Politiker enden lassen, um mich wieder verstärkt meinem Beruf zu widmen. Ab Juli 1999 wählte mich der Landrat noch für ein Jahr als ausserordentliches Mitglied der **Überweisungsbehörde in Strafsachen**, wo ich von 1975 bis 1978 Aktuar gewesen war. Im Herbst 1999 wurde Dr. Hans

Fünfschilling in den Ständerat gewählt und er demissionierte als Finanzdirektor per Ende Juni 2000. Ich wurde von einer Gruppe von Landratskollegen angefragt, ob ich bereit sei, als Nachfolger von Dr. Hans Fünfschilling «Berufsbaselbieter» zu werden. Ich sagte zu, wurde in einer internen Kampfwahl von der FDP nominiert und gewann die Ersatzwahl in den **Regierungsrat**. Seit Juli 2000 übe ich das Amt als Mitglied der Baselbieter Regierung und als Vorsteher der Finanz- und Kirchendirektion aus.

In der Rückblende stelle ich fest, meine politische Laufbahn ist eine normale Entwicklung von Parteiarbeit über Schulpflege in ein parlamentarisches Mandat und zu einem Exekutivamt. Allerdings hatte ich bis im Herbst 1999 nie eine politische Karriere geplant und mir nie vorgestellt, mein Freizeitengagement in der Politik zum Beruf zu machen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ballmer', with a long, sweeping flourish extending upwards and to the right.

Regierungsrat Adrian Ballmer

Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer: Ein Interview

Wie und warum wurden Sie politisch aktiv?

Als ich die Kantonsschule in Chur besuchte, wurde mir bewusst, dass ich als Frau erwachsen werde und kein Recht zur politischen Partizipation habe. Zudem bekam ich mit, wie meine selbständig erwerbende Mutter aufgrund des damaligen Eherechts diskriminiert wurde. Diese Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen waren für mein späteres Engagement in Sachen Gleichstellung prägend. Während meines Ökonomiestudiums in Basel engagierte ich mich dann in studentischen Gruppen. Im Umfeld der 68er-Bewegung gehörte das politische Engagement dazu. Globale Ungerechtigkeiten, der Vietnamkrieg, aber auch lokale Ereignisse wie der geplante Bau des AKW in Kaiseraugst, der geplante Bau des Cityrings in Basel oder die Zerstörung von Wohnraum politisierten mich.

Können Sie die wichtigsten Stationen Ihrer politischen Laufbahn kurz schildern?

Während meines Studiums betätigte ich mich in der Planungsgruppe Tartaruga der POCH, welche sich mit Stadtplanung beschäftigte. Als ich nach dem Studium nach Allschwil zog, engagierte ich mich in der POBL und wurde später Einwohnerrätin. Anschliessend wurde ich in den Baselbieter Verfassungsrat gewählt. Die POCH brillierte damals mit einem eigenen Verfassungsentwurf, der sich stark an der Geschichte des Kantons und an der jurassischen Verfassung orientierte. 1983 wurde ich in den Landrat gewählt und von 1987 bis 1991 war ich für die POCH im Nationalrat. Als sich die Partei dann auflöste, sah ich mich ohne politische Basis. Deshalb kandidierte ich 1991 nicht mehr. Ich widmete mich meinem Zweitstudium, der Jurisprudenz, und meinen beruflichen Tätigkeiten. Nach dem Jus-Abschluss war ich Zentralsekretärin der damaligen Gewerkschaft GBI (heute Unia). Das war für mich eine neue Erfahrung in einem sehr männlich dominierten Umfeld. Im Oktober 1999 wurde ich erneut in den Nationalrat gewählt, jetzt für die SP.

Welche Rolle spielten die politischen Parteien für den Verlauf Ihrer Karriere?

Mein Beitritt zur POCH war die fast logische Konsequenz des politischen Engagements an der Uni. Es war für uns dann auch klar, dass wir uns für politische Ämter zur Verfügung zu stellen hatten. Meine Wahl in den Landrat kam für mich dann sehr überraschend. Die politische Tätigkeit bei der POCH war mit beruflichen Nachteilen verbunden. Es war die Zeit der Fichen und gesellschaftlichen Ausgrenzungen, viele von uns Linken hatten vor allem im öffentlichen Dienst faktische Berufsverbote. Bei Coop, wo ich als jüngste Prokuristin in der Wirtschaftspolitik und beim Aufbau der Konsumentenpolitik tätig war, wurden insbesondere meine Aktivitäten im Verfassungsrat mit Skepsis zur Kenntnis genommen.

Als sich die POBL Ende der 1980er Jahre auflöste, habe ich mir gut überlegt, in welcher Partei ich mich inskünftig politisch engagieren möchte. Mir war wichtig, einer

Partei anzugehören, die Bestand haben würde, auch wenn ich nicht mehr aktiv bin, und die meinen ökologischen und sozialen Vorstellungen entsprach. Am Tag der Wahl von Ruth Dreifuss in den Bundesrat – ich glaube, es war der 10. März 1993 – bin ich der SP beigetreten. Der Einsatz der SP für eine Frau im Bundesrat und die Bewegung um Christiane Brunner haben mich beeindruckt. Ich habe dann sofort auch aktiv an der Erarbeitung des SP-Wirtschaftskonzepts mitgewirkt. Als ehemaliges Mitglied der POCH war mein anfänglicher Stand in der SP Baselland jedoch nicht einfach. Ich hätte gerne bereits 1995 für den Nationalrat kandidiert, konnte mich aber im internen Nominierungsprozess nicht durchsetzen.

Betrieben die POCH und die SP eine spezielle Frauenförderung?

Bei der POCH wurden Frauen viel stärker gefördert als in der Basler SP. Ich bin eine starke Befürworterin von Frauenquoten und hätte in meiner Laufbahn auch kein Problem damit gehabt, eine «Quotenfrau» zu sein. Anders als auf nationaler Ebene erscheinen mir bei den machtpolitisch wichtigen Ämtern bei der Basler SP Männernetzwerke dominant. Die Frauen müssen ihre Ansprüche klarer anmelden. Es wäre schön, wenn die SP BL bald auch in der Basler Regierung mit einer Frau vertreten wäre.

Nahmen Sie in Ihrer Karriere Hürden wahr, die auf das Geschlecht zurückzuführen sind?

Eine schwierige Frage. Im Nationalrat nein, denn ich vertrete mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik sogenannte harte Dossiers wie die Männer auch. Auf kantonaler Ebene eher. Ich kandidierte 2003 für den Regierungsrat. Im Gegensatz zu den Männern nahm ich diese Chance nur einmal wahr. Das ist vielleicht auch «typisch Frau». Einige SP-Männer sind mehrmals angetreten. Es ist wichtig, dass jede Partei, gerade bei Ämtern, die mit Macht verbunden sind, eine aktive Frauenförderung betreibt. Das gilt für alle Parteien, auch für die SP BL.

Inwiefern unterscheiden sich Ihr Einstieg in die Politik und Ihre politische Karriere von denjenigen von Männern Ihrer Generation?

Frauen mussten immer mehr kämpfen und einen doppelten und dreifachen Einsatz leisten. Sie waren schon immer mit dem Handicap der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik konfrontiert und brauchten dann noch die doppelte Energie, um sich in der Politik durchzusetzen.

Wie haben sich diese Gegebenheiten verändert?

Die Situation hat sich für die Frauen verbessert und verschlechtert zugleich. Das Selbstverständnis junger Frauen in der Politik ist ein ganz anderes. Es ist schön zu beobachten, wie Frauen wie Pascale Bruderer, Ursula Wyss, Evi Allemann oder Chantal Galladé, um nur einige zu nennen, mit grosser Selbstverständlichkeit ihre Karriere verfolgen, und dies trotz Kind und Familie. Andererseits gewinnt gesellschaftlich die Meinung, dass die Gleichstellung von Frau und Mann bereits durchgesetzt und kein dringliches politisches Thema mehr sei, immer mehr an Boden. Diese Entwicklung halte ich für gefährlich. Ich wünsche mir, dass wieder mehr Schwung in die Gleichstellungsdebatte kommt. Das Wiederaufleben der Forderung nach Frauenquoten ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Was denken Sie, wie werden junge Frauen und Männer in der heutigen Zeit politisch aktiv?

Ich denke, dass sich Frauen politisch engagieren, wenn sie ein politisches Thema persönlich beschäftigt. Männer planen vor allem ihre beruflichen Karrieren systematischer. Das ist auch den Frauen zu empfehlen. Ich rate den Frauen, den Schwerpunkt auf die berufliche Karriere zu legen und nie aus dem Beruf auszusteigen. Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik ist fast die Quadratur des Zirkels. Deswegen braucht es dringend genügend familienergänzende Betreuungsplätze und qualitativ hochstehende Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer.

Weitere Angaben zur Person und zum Werdegang von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer finden sich unter www.s-leutenegger-oberholzer.ch.

Abstract

Die Studie «Das Volk vertreten 2012» fokussiert die Entwicklung der politischen Repräsentation der Geschlechter in der Baselbieter Politik bei den Erneuerungswahlen 2011 und 2012.¹ Unter Rückgriff auf den umfassenden Bericht der Fachstelle für Gleichstellung Basel-Landschaft aus dem Jahr 2008, welcher die Entwicklungen seit der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts 1968 auf kantonaler Ebene analysiert, ist eine Betrachtung über die gesamte Dauer der formellen weiblichen politischen Partizipation im Kanton Baselland möglich. Die vorliegenden Auswertungen basieren auf einem Datensatz, der alle gewählten Land- und GemeinderätInnen seit dem Wahljahr 1971 umfasst.

Mit der Ausnahme der Nationalratsvertretung haben sich die Frauenanteile auf den einzelnen behandelten politischen Ebenen bei den Wahlen 2011/2012 im Vergleich zu den letzten Gesamterneuerungen wenig verändert. Im Landrat und in den Einwohnerräten ist ein kleines Wachstum von rund einem Prozent zu verzeichnen. Der Landrat weist nun einen Frauenanteil von 35,6% auf. In den fünf Einwohnerräten sitzen durchschnittlich 34,5% Frauen. Hier muss aber festgehalten werden, dass die Unterschiede zwischen den fünf Gemeinden, die Einwohnerräte haben, beträchtlich sind. Während in Reinach 42,5% Frauen gewählt wurden, waren dies in Pratteln lediglich 25%. Die Frauenvertretung in den Gemeinderäten nahm 2012 erstmals seit 1971 leicht ab. So wurden im Durchschnitt 27,7% Frauen gewählt – 2008 betrug der Anteil noch 28,1%. Unverändert blieben die Anteile im Regierungs- und im Ständerat. In der Baselbieter Kantonsregierung ist FDP-Regierungsrätin Sabine Pegoraro nach wie vor die einzige Frau. Der Ständeratssitz des Kantons Baselland blieb mit der Wiederwahl von Claude Janiak in Männerhand. Eine beträchtliche Steigerung ereignete sich in der kantonalen Nationalratsdelegation: 2011 wurde erneut eine Frau mehr gewählt, so dass die Baselbieter Vertretung nun aus vier Frauen und drei Männern besteht.

Die Studie geht den Gründen nach, die zu unterschiedlichen Frauenanteilen in den verschiedenen politischen Gremien führen. Ansatzweise werden auch die Geschlechterverhältnisse innerhalb der politischen Parteien untersucht. Dabei werden verschiedene Erklärungsansätze diskutiert und auf ihre Plausibilität hin bewertet.

Der interkantonale Vergleich der Ergebnisse zeigt, dass der Kanton Baselland eine Spitzenposition einnimmt. Die mehrheitlich kleinen Wachstumsraten oder leichten Rückgänge der Frauenanteile erfolgen auf einem hohen Niveau. Das Halten dieser Werte ist keine Selbstverständlichkeit: Beobachtungen in anderen Kantonen zeigen, dass diese auch schnell wieder zurückgehen können. Im städtischen Halbkanton musste beispielsweise bei den letzten Grossratswahlen ein Rückgang um sechs Prozentpunkte auf 31% hingenommen werden.

¹ Im Jahr 2011 wurden der Landrat neu gewählt und die National- und Ständeratsdelegationen des Kantons Baselland neu bestimmt. Im Jahr 2012 waren die Wahlen in den Gemeinden.

Trotz der guten Position Basellands im Vergleich müssen weiterhin Anstrengungen unternommen werden. Erstens kann aufgrund der beobachtbaren Werte noch lange nicht von einer gerechten Machtteilung zwischen den Geschlechtern in der Politik gesprochen werden, zweitens zeigen die negativen Entwicklungen in anderen Kantonen, dass schon für die Erhaltung der Werte Massnahmen notwendig sind.

Es ist zu beobachten, dass die Wahlquoten von Frauen im Gegensatz zu früheren Jahren in den meisten Fällen nicht mehr kleiner als diejenigen der Männer sind. Das heisst, dass der Geschlechteranteil der KandidatInnen auf allen politischen Ebenen in etwa demjenigen der Gewählten entspricht. Daraus kann geschlossen werden, dass vorwiegend Anstrengungen unternommen werden müssen, mehr Frauen in die Politik zu bringen. Wie die guten Wahlergebnisse im Nationalrat zeigen, sind die BaselbieterInnen durchaus gewillt, Politikerinnen in hohe politische Ämter zu wählen.

1 Einleitung

Die Frage der politischen Partizipation von Frauen ist in den letzten Jahren aus dem Fokus der gleichstellungspolitischen Dringlichkeiten gerückt. Gleichstellungspolitik und -arbeit werden zunehmend auf die Themenfelder Wirtschaft, Bildung und Arbeit verschoben. Diesem Trend soll die vorliegende Studie entgegenwirken, ohne die Relevanz anderer gleichstellungspolitischer Stossrichtungen in Frage zu stellen. Vielmehr gilt es, die politische Partizipation als Voraussetzung für die Umsetzung gleichstellungsrelevanter Vorhaben zu betrachten.

Eine wichtige Voraussetzung der Demokratie war schon immer die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Seit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen 1971 steht auf Bundesebene formal allen volljährigen Schweizerinnen und Schweizern der Zugang zu politischen Ämtern offen. Ein Blick auf die Zusammensetzung von Räten oder anderen politischen Entscheidungsgremien zeigt aber, dass nicht alle Bevölkerungsteile gleichermaßen von ihren Rechten Gebrauch machen. Der 1999 ergänzte Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung, welcher das Gebot der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann beinhaltet, fordert mehr als eine rechtliche Gleichstellung. Birgit Christensen spricht in diesem Zusammenhang von einer materialen Demokratie, welche auch eine angemessene Vertretung auf allen politischen Ebenen beinhaltet (Christensen 1999: 38). Im Demokratieindex 2011 des Magazins «The Economist» rangiert die Schweiz auf Platz 7. Dies ist angesichts der 186 bewerteten Staaten zwar ein Spitzenplatz, der aber auch zeigt, dass die Demokratie in der Schweiz verbessert werden kann (Economist 2011: 3).²

In der Forschung ist umstritten, wann eine angemessene Repräsentation gegeben ist.³ Eine Frage, die in diesem Zusammenhang immer wieder aufgeworfen wird, ist, warum die zahlenmässige Vertretung von Frauen und Männern wichtig sei, aber beispielsweise diejenige von Braun- und Schwarzhaarigen nicht. Die Antwort darauf ergibt sich aus der gesellschaftlichen Bedeutung einer Gruppe. Während die Haarfarbe kaum eine Kategorie ist, die über eine sozial ordnende Kraft verfügt, weist das Geschlecht diese Eigenschaft in einem sehr hohen Mass auf. Dies gilt selbstverständlich auch für andere Kategorien, wie beispielsweise das Alter, die soziale Klasse oder das Einkommen. Wird ein Merkmal einer Gruppe als relevant erachtet, ist es aus demokratietheoretischer Sicht notwendig, dass die Gruppe und ihre spezifischen Interessen in der Politik repräsentiert sind (Phillips 1994: 63–76).

² Für den Demokratieindex des «Economist» werden 60 Indikatoren aus fünf Bereichen gemessen. Die Schweiz hat Defizite im Bereich der politischen Partizipation, wo nur 7,78 von 10 möglichen Punkten erreicht werden. In diesem Bereich kommen zahlreiche Indikatoren zur Stimmbeteiligung, zur politischen Bildung, zum politischen Interesse sowie zur Einstellung zur Demokratie zum Tragen. Ein hier besonders interessanter Indikator misst die Prozentzahl weiblicher ParlamentarierInnen (Economist 2011: 35–39).

Dieser Demokratieindex ist nicht unumstritten, zumal in den Publikationen die Bewertungsgrundlagen nicht bis ins Detail ersichtlich sind. Ein weiteres Projekt zur Messung von Demokratie stammt vom National Center of Competence in Research (NCCR). Auch im hier ermittelten «Demokratiebarometer» weist die Schweiz erhebliche Defizite im Bereich der politischen Partizipation auf (Merkel 2011: 36; Bühlmann et al. 2009: 454–467).

³ Auf eine umfassende Aufarbeitung demokratietheoretischer Debatten wird hier verzichtet. Diese kann beispielsweise in den Publikationen von Fuchs (2008: 12–15), Rielle (2005: 12–23) oder Hoecker (1995: 17–36) nachgelesen werden.

1.1 Fragestellung

Das Thema dieser Studie ist die Repräsentation der Geschlechter in der Politik des Kantons Basel-Landschaft. Die Fragestellung gliedert sich in zwei Teile. Auf der einen Seite steht eine deskriptive Auswertung innerhalb der verschiedenen kantonalen und nationalen politischen Gremien im Vordergrund. Dazu werden die Auswertungen, welche Gesine Fuchs 2008 im Auftrag der Fachstelle für Gleichstellung Baselland vorgenommen hat, weitergeführt und ergänzt.

Auf der anderen Seite sollen die Ergebnisse miteinander verglichen und in einen Interpretationsrahmen gestellt werden. Die Vergleiche finden auf zwei Ebenen statt: Einerseits zwischen den verschiedenen Gremien innerhalb des Kantons, andererseits – wo dies möglich ist – mit ähnlichen Daten aus anderen Kantonen. Durch das Vergleichen der Resultate werden mit Hilfe der einschlägigen Literatur Erklärungsansätze für die unterschiedliche Repräsentation von Frauen und Männern gesucht. Es wird versucht zu verstehen, welche Einflüsse auf die numerische Anwesenheit von Frauen und Männern in politischen Gremien einwirken. Davon wiederum lassen sich Massnahmen ableiten, die zu einer Erhöhung der Frauenanteile beitragen können oder diese zumindest konsolidieren.

Es ist nicht möglich, mit den vorhandenen Ressourcen und Daten diese Fragen abschliessend zu beantworten. Dazu wären umfassendere Erhebungen nötig. Aus diesem Grund soll die Fragestellung auch dahin zielen, weiterführende Fragen aufzuwerfen und Forschungspotentiale aufzuzeigen. Zudem musste leider eine weitere Einschränkung gemacht werden: In der Interpretation der Ergebnisse kann nur teilweise auf die Ebene der einzelnen Parteien eingegangen werden, obschon diese selbstverständlich die Baselbieter Politik in einem hohen Masse strukturieren.

1.2 Forschungsstand

Die politische Repräsentation der Geschlechter im Kanton Baselland wurde schon in mehreren Arbeiten untersucht. Grundlegend sind die Arbeiten von Gesine Fuchs. Neben der bereits zitierten Studie «Das Volk vertreten» (Fuchs 2008) erschien bereits im Jahr 1996 eine fundierte politikwissenschaftliche Untersuchung über die Partizipation von Politikerinnen im Landrat (Fuchs 1996). Regula Stämpfli verfasste 1994 im Auftrag der Fachstelle eine Analyse, die konkrete Massnahmen zur Erhöhung der Frauenanteile in der Baselbieter Politik enthält (Stämpfli 1994). Des Weiteren untersuchte Christine Scheidegger 2005 in einer Seminararbeit die Abgabe von Panaschierstimmen bei den Landratswahlen 2003.

Interessante Vergleichsmöglichkeiten bieten Studien zur Gemeinde- und Kantonspolitik in anderen Schweizer Kantonen. Im Kanton Graubünden erarbeitete die Stabsstelle für Gleichstellungsfragen 2004 eine Studie zur politischen Partizipation auf Gemeindeebene (Hofmann-Conrad 2004). Die Autorinnen gehen der wichtigen Frage nach, warum in der Lokalpolitik Graubündens der Frauenanteil nur sehr bescheiden ist. Nicht minder bedeutsam ist ein vom Büro für die Gleichstellung und für Familienfragen des Kantons Freiburg im Jahr 2010 publizierter Bericht (Bauer 2010). Die Autorin Tanja Bauer beschreibt darin die Vertretung von Frauen auf den verschiedenen politischen Ebenen, analysiert die Strategien der politischen Parteien zur Rekrutierung und gibt Empfehlungen für eine Steigerung der Frauenanteile. Auch

hier ergeben sich interessante Vergleiche zur Situation im Kanton Baselland. Larissa Plüss und Marisa Rusch untersuchen in ihrer Studie den «Gender Gap» in Schweizer Stadtparlamenten (Plüss/Rusch 2012). Der mittels Fragebogen ermöglichte Fokus auf Rekrutierung und Karrieremuster ist insofern interessant, als er ein hohes Erklärungspotential für die verschiedenen Geschlechteranteile auf unterschiedlichen Staatsstufen aufweist. Der hier verwendete Datensatz erlaubt keine derartigen Rückschlüsse. Dennoch wird es interessant sein, an gewissen Stellen die Ergebnisse von Plüss und Rusch in hypothetischer Weise auf die Situation im Kanton Baselland anzuwenden.⁴

Für die kantonalen Vergleiche sei auf die Lizentiatsarbeit von Yvan Rielle verwiesen (Rielle 2005). Rielle unterzieht darin verschiedene Faktoren statistischen Tests, um die unterschiedlichen Repräsentationsverhältnisse in den Kantonen zu verstehen. Hilfreich war in diesem Zusammenhang auch die Studie von Raphael Magin, welche mit einem vergleichbaren Ansatz die Verhältnisse in Deutschland untersucht (Magin 2011).

Auf einer internationalen Ebene gibt es zahlreiche Studien, welche sich mit der Repräsentation der Geschlechter beschäftigen. Es würde zu weit führen, den diesbezüglichen Forschungsstand hier abzuhandeln. Es sei deshalb auf das entsprechende Kapitel bei Magin verwiesen (Magin 2011: 19ff.).

1.3 *Datengrundlage*

Als Datengrundlage der meisten Auswertungen dient die Datenbank «Politisches Personal BL», welche die Fachstelle für Gleichstellung Baselland für die Studie «Das Volk vertreten» angelegt hat. Die Datenbank umfasst sämtliche Frauen und Männer, die von 1971 bis 2008 in den Landrat oder in einen Gemeinderat gewählt wurden.⁵ Für die vorliegenden Analysen wurde dieser Datensatz um die Wahljahre 2011 und 2012 ergänzt. Zudem wurde eine komplette Überarbeitung des Datensatzes vorgenommen. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass das kantonale Erfassungssystem der Wahlergebnisse keine einfache Auswertung möglich macht. Gerade für die Gemeinderäte existiert keine Systematik, welche eine Fehlerlosigkeit garantieren könnte. Nach den Wahlen übermitteln die Gemeinden die Resultate telefonisch an die Landeskanzlei, welche diese dann auf ihrer Website publiziert.⁶ Durch dieses Vorgehen ist beispielsweise nicht zu vermeiden, dass einzelne Namen auf den Listen der Gewählten falsch geschrieben sind. Beim Übertragen dieser Listen in die Datenbank kann dies dann dazu führen, dass Personen doppelt aufgeführt werden. Die durchgeführten Bereinigungen sollten solche Ungenauigkeiten weitgehend behoben haben. Gerade für die früheren Jahre, für welche die Quellenlage noch schwieriger ist, sind jedoch weiterhin kleine Abweichungen möglich.

Wir haben uns dafür entschieden, dass der Stichtag der Wahltag ist. Das heisst, dass Rücktritte und Nachrücken während der Legislaturperioden nicht berücksichtigt werden können. Aus anderen Studien ist bekannt, dass Frauen in vielen Fällen in die

⁴ Zudem existieren einige ältere Studien. Diese werden hier nur punktuell erwähnt, zumal sich im letzten Jahrzehnt wichtige Entwicklungen vollzogen haben (siehe: Seitz 1997; Ballmer-Cao 1989; Stämpfli 1994; Burger 1980).

⁵ Im Kanton Baselland wurde das Stimm- und Wahlrecht für Frauen bereits im Jahr 1968 eingeführt. Die ersten Wahlen, an denen Frauen gewählt werden konnten, fanden im Jahr 1971 statt.

⁶ Die Listen sind unter folgender Internetadresse abrufbar: <http://www.baselland.ch/Abstimmungen-Wahlen.310245.0.html>, Stand: 3.12.2012.

Räte nachrücken. Es kann also durchaus sein, dass während der Legislaturperioden teilweise andere Repräsentationsverhältnisse vorkommen, als sie in dieser Studie dargestellt sind.

1.4 *Aufbau*

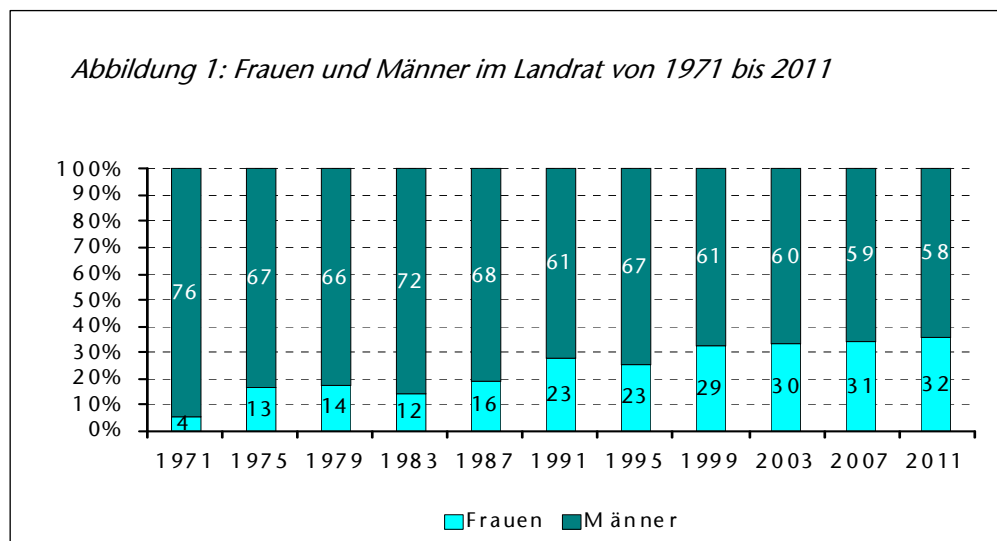
Der Aufbau der vorliegenden Studie gestaltet sich folgendermassen: Das nächste Kapitel befasst sich mit den Repräsentationsverhältnissen auf der kantonalen Ebene. Anschliessend wird auf die Vertretung des Kantons Baselland in National- und Ständerat eingegangen. Das vierte Kapitel beinhaltet eine Darstellung der Verhältnisse auf Gemeindeebene. In Kapitel fünf werden die Resultate der vorangehenden Teile zu einer Synthese verarbeitet und mit den Ergebnissen anderer Studien verglichen. Dabei wird zum einen der Vergleich zu anderen Kantonen gesucht und werden zum anderen eine Erweiterung der Perspektive und der Einbezug von Erklärungsansätzen angestrebt. Der Schlussteil bietet schliesslich einen kurzen Überblick über die Resultate und zeigt konkrete Handlungsmöglichkeiten auf.

2 Die Repräsentation auf kantonaler Ebene

2.1 Der Landrat

Der Landrat ist die Legislative des Kantons Baselland. Seit dem Anschluss des Laufentals an den Kanton 1994 hat das Gremium 90 Sitze. Die Volksvertreterinnen und -vertreter werden in einem Proporzwahlssystem für eine vierjährige Amtszeit gewählt.⁷

Seit der Jahrtausendwende stabilisiert sich das Verhältnis von Frauen und Männern im Landrat bei rund 30 zu 60 Mitgliedern (siehe Abb. 1), mit einer leichten Tendenz zur Erhöhung des Frauenanteils. Die Vertretung der Frauen stagniert also bei rund einem Drittel. Es kann demnach nicht davon ausgegangen werden, dass in nächster Zukunft ein Sprung in Richtung einer paritätischen Vertretung geschieht. Andererseits sind aber die kleinen Schritte zu einer ausgeglichenen Zusammensetzung des Landrats auch nicht zu unterschätzen: Immerhin konnte der 1999 erreichte Zustand von rund 30 Sitzen mit einer leichten und stetigen Aufwärtstendenz gehalten werden.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Ein Blick auf die Wahllisten 2011 zeigt, dass die KandidatInnenanteile insgesamt den Geschlechterverhältnissen der Gewählten entsprechen. Mit 35,43% liegt der Anteil der Frauen auf den Wahllisten leicht unter demjenigen der Gewählten (35,56%).⁸

⁷ Eine schöne Beschreibung der Funktionsweise des Landrats bietet die Publikation «Der Landrat. Ein Tag im Parlament des Kantons Basel-Landschaft» (Ott/Stucki 1996).

⁸ Daten gemäss Erhebung Jugendrat 2011. Siehe auch Kapitel 2.1.2 Wahlquoten.

2.1.1 Parteien

Die Wähleranteile der Parteien im Baselbieter Kantonsparlament sind in Tabelle 1 dargestellt. Bei den Wahlen 2011 waren die SVP und die SP mit Abstand die stärksten Parteien, wobei die SVP 1,5% hinzu gewinnen konnte und nun erstmals die grösste Fraktion im Landrat bildet. Die FDP wurde zur grossen Verliererin der Wahlen und büsste 5,9% ein. Auch die CVP musste Verluste hinnehmen. Mit der BDP und der GLP traten zwei neue Parteien an. Sie konnten zusammen 9,7% der Wählerstimmenanteile erringen, was in etwa den Verlusten von FDP und CVP entspricht. Am rechten Rand büssten die Schweizer Demokraten weitere Stimmen ein und sind nun nicht mehr im Landrat vertreten. Die linken Parteien SP und Grüne erreichen zusammen eine unveränderte Sitzzahl von 33, wobei die SP einen Sitz an die Grünen verlor.

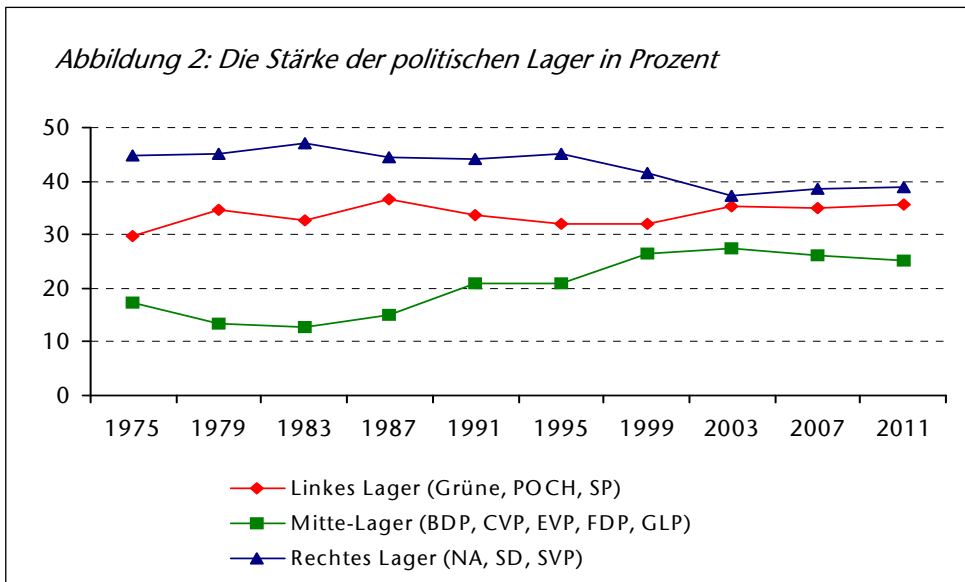
Insgesamt zeichnet sich das Parteiensystem des Baselbiets durch eine hohe Fragmentierung aus. Es herrscht also ein ausgeprägtes Mehrparteiensystem mit einer hohen Polarisierung vor, wobei der Links-rechts-Konflikt die kantonale Politik dominiert (Vatter 2002: 433). Aktuell äussert sich dies beispielsweise darin, dass für die Regierungsratsersatzwahl im März 2013 sowohl die CVP wie auch die FDP den Kandidaten der SVP unterstützen, um eine rot-grüne Regierungsmehrheit zu verhindern.

Tabelle 1: Stimmenanteile der Parteien bei den Landratswahlen von 1975 bis 2011 in Prozent

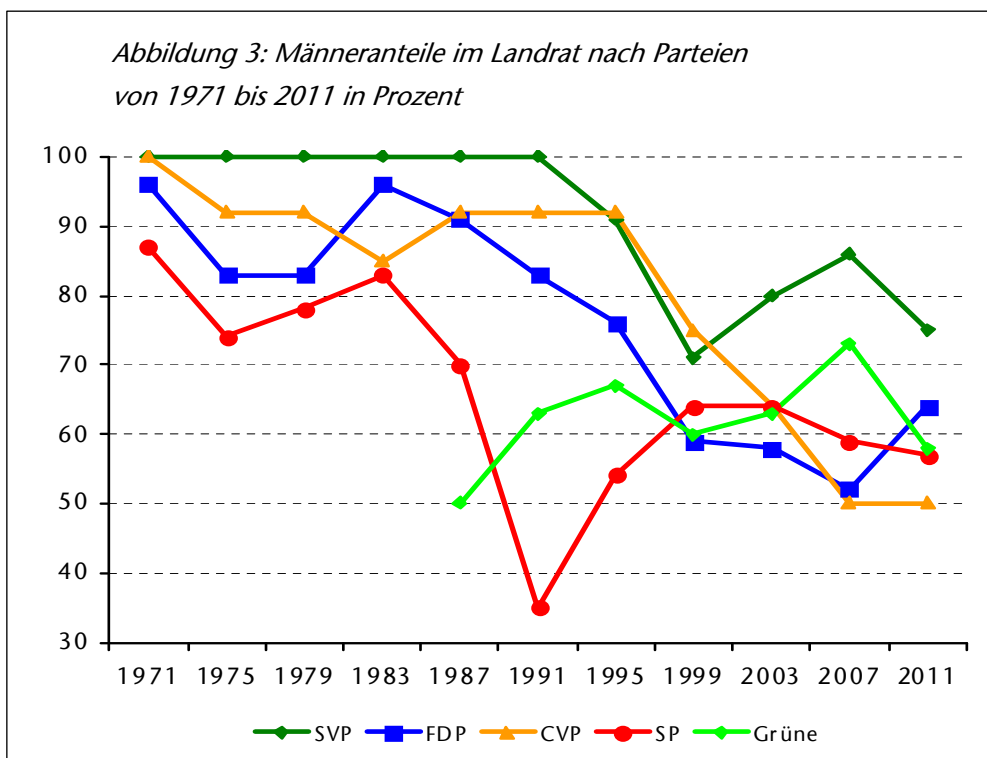
Partei	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003	2007	2011
FDP	26,5	27,8	26	24,5	25,6	26,2	23,6	21,3	20,9	15,2
CVP	12,6	13,1	15,6	13,5	14,1	14	13	11,3	12,1	9,3
SP	26,4	29,8	25,9	24,1	22,6	23,7	24,8	25,9	22,9	22
SVP	12,7	12,3	10,8	10,4	11,7	11,7	15,9	21,8	22,5	24
BDP	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5,4
GLP	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4,5
LP	0	1,6	3,4	1,4	0	0	0	0	0	0
LdU	7,2	4,4	3,7	3,3	1,3	0,9	0	0	0	0
EVP	5,6	4,3	5,6	5,6	4,4	5	5	4,7	5,6	4,7
PdA	1,1	0,9	0,2	0	0	0	0	0	0	0
Poch/Grüne	3,5	4,8	6,9	12,5	11,1	8,4	7,1	9,4	12,1	13,7
NA/SD	4,5	1,1	1,9	4,7	7,3	8,6	10,6	5,6	3,5	1,2
Übrige	0	0	0	0	2	1,5	0	0	0,3	0

Quelle: Angaben der Landeskanzlei, 2012

Die Stärke der politischen Lager (Abb. 2) ist in ihrer Reihenfolge seit 1975 unverändert: Das grösste Lager bilden die Mitteparteien, gefolgt von den linken und den rechten Parteien. Insgesamt haben sich die Stärken der Lager aber bis zu den Wahlen 2003 einander angenähert und sind seither relativ stabil.



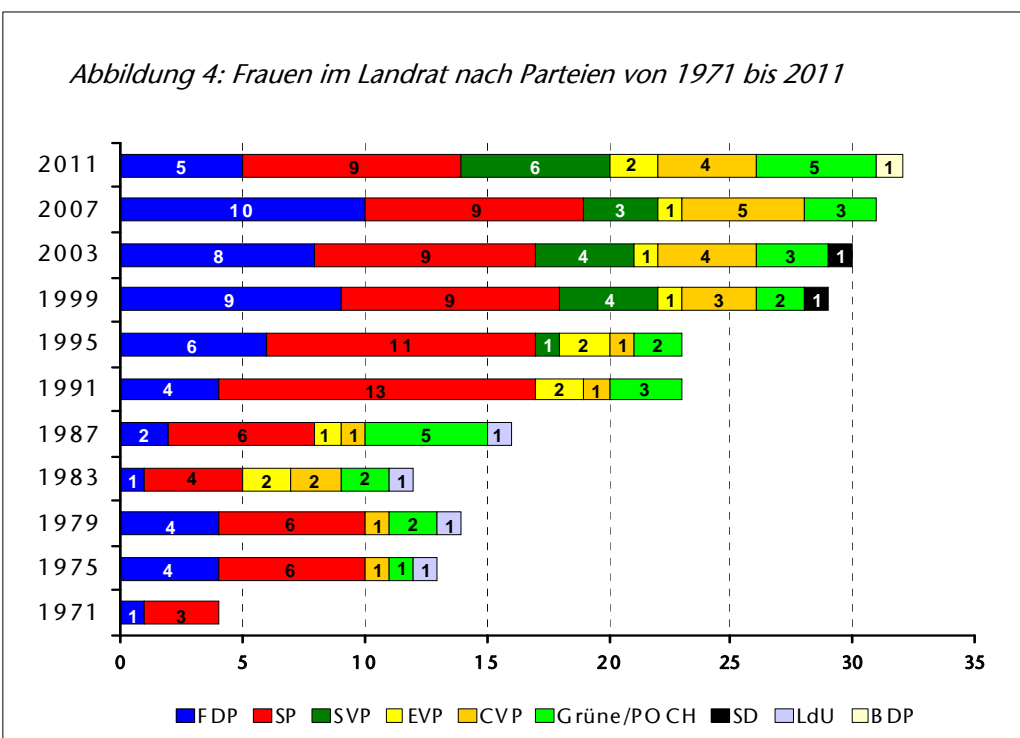
Die in Abbildung 3 dargestellten Verläufe der prozentualen Männeranteile pro Partei zeichnen ein Bild, welches von einer gewissen Unstetigkeit geprägt ist. Der Anteil von nur 38% Männern bei der SP im Jahr 1991 fällt beispielsweise stark aus dem Rahmen und ist die einzige Situation in der Geschichte, in der eine Landratsfraktion mehrheitlich aus Frauen bestand. Was jedoch bereits in verschiedenen Parteien vorkam, ist eine paritätische Vertretung der Geschlechter. Gerade bei der EVP, die aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht in der Abbildung dargestellt ist, wurde schon fünf Mal die gleiche Anzahl an Frauen und Männern in den Landrat gewählt.



Bis zum Jahr 1995 ist klar ersichtlich, dass in den bürgerlichen Parteien hochprozentual Männer in den Landrat gewählt wurden, während in den linken Parteien Frauen

schon früher zum Zuge kamen. Die Fraktion der SVP beispielsweise setzte sich bis zur Wahl 1995 nur aus Männern zusammen. Bei den Grünen hingegen wurden schon beim erstmaligen Antritt 1987 50% Frauen und 50% Männer gewählt. Seit 1999 gestalten sich die Geschlechteranteile im Verhältnis zum politischen Lager im Landrat nicht mehr so eindeutig. Bei den Wahlen 2007 waren die Mitteparteien FDP und CVP führend, was ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis betrifft. Die Verluste der FDP bei den jüngsten Wahlen trafen in erster Linie die Frauen, so dass der Anteil der Männer wieder auf 64% stieg. Bei der CVP hingegen waren die Männer stärker von den Verlusten betroffen. Innerhalb der SVP scheinen die aktiven Massnahmen zur Rekrutierung von Frauen zu greifen – der Männeranteil im Landrat sank von 86% auf 75%.⁹ Die beiden neuen Parteien, die BDP und die GLP, fallen durch einen sehr hohen Männeranteil auf: Bei der BDP wurden drei Männer und eine Frau, bei der GLP drei Männer in den Landrat gewählt. Aufgrund der geringen Anzahl an Mandaten und des erstmaligen Antretens dieser zwei Parteien können aber noch keine weiteren Schlüsse gezogen werden.

Abbildung 4: Frauen im Landrat nach Parteien von 1971 bis 2011

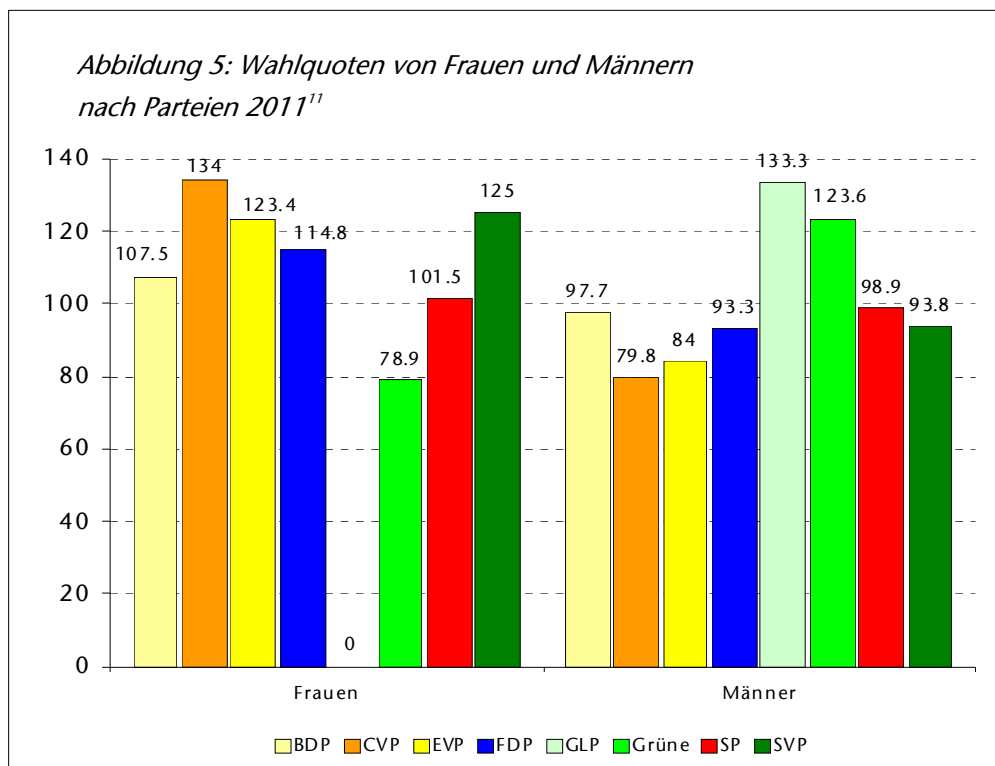


Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

⁹ Ein Blick auf die Website der SVP Baselland genügt, um festzustellen, dass die Partei eine aktive Kampagne zur Erhöhung ihres Frauenanteils betreibt. An prominenter Stelle auf der Startseite werden Frauen mit dem Slogan «An alle Frauen, werdet aktiv!» direkt angesprochen und dazu ermuntert, sich in der SVP zu engagieren (<http://www.svp-bl.ch>). Siehe auch Fuchs 2008: 74–77.

2.1.2 Wahlquoten

Die Wahlquoten von Frauen und Männern in den verschiedenen Parteien sind in Abbildung 5 dargestellt. Die Wahlquote ist das Verhältnis der Kandidierenden zu den Gewählten.¹⁰ Eine Wahlquote von 100 bedeutet, dass eine Gruppe genau im Verhältnis zu ihrer Vertretung auf den Listen gewählt wird. Kandidieren also beispielsweise 70% Männer für zehn Sitze und es werden sieben gewählt, entspricht dies einer Wahlquote von 100. Liegt der Wert darüber, wird eine Gruppe überproportional zur Anzahl der Kandidaturen gewählt, während bei einem Wert von unter 100 die Wahlchancen einer Gruppe unterproportional sind (Seitz 1994: 238). Die Wahlquote zeigt die Wahlchancen einer Gruppe an, sagt jedoch nichts über deren zahlenmässige Vertretung aus.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Die Wahlquote der Frauen liegt für die Wahlen 2011 im Mittel bei 100,3 und diejenige der Männer bei 99,8. Frauen und Männer haben also in etwa dieselben Wahlchancen. Oder anders ausgedrückt: Frauen sind in etwa zu gleichen Teilen auf den Wahllisten vertreten, wie sie gewählt werden.

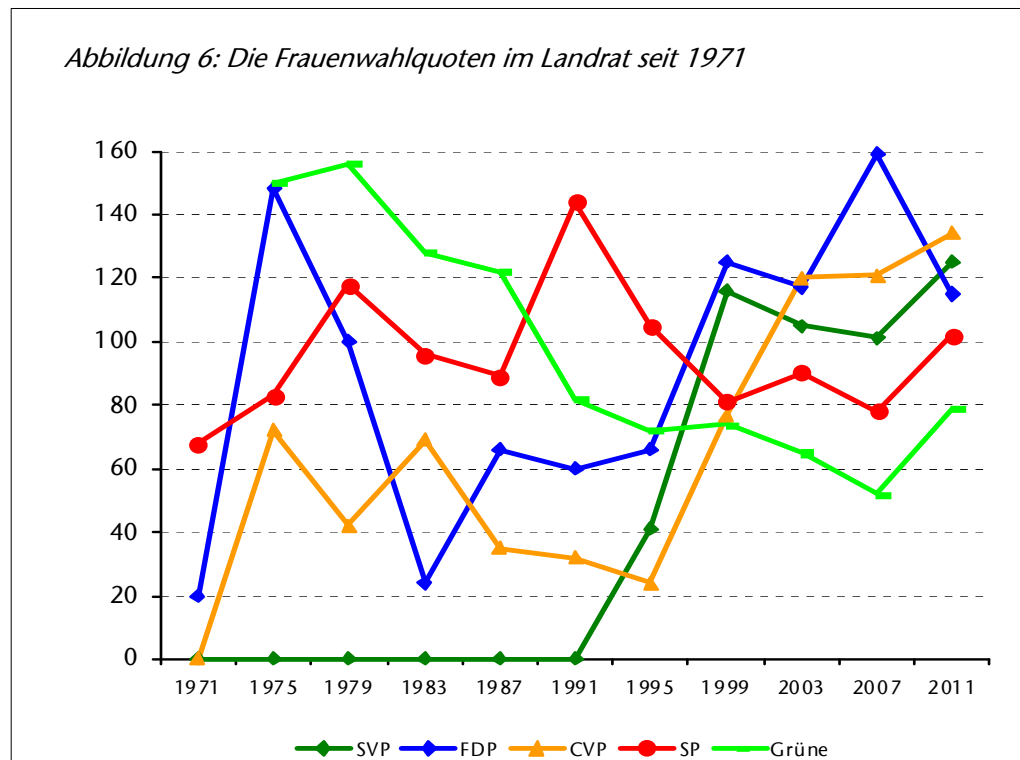
Betrachtet man nun die Frauenwahlquoten der einzelnen Parteien, liegen diese mit zwei Ausnahmen über 100. Die Frauen der meisten Parteien werden also bei der Wahl im Vergleich zu ihren Kandidaturen überdurchschnittlich berücksichtigt. Am stärksten ausgeprägt ist dies bei der CVP, wo von 25 Kandidatinnen vier gewählt wurden, während sich die vier gewählten Männer gegen 38 Mitbewerber durchsetzen mussten.

Die unterdurchschnittlichen Frauenwahlquoten bei der GLP und den Grünen sind auf unterschiedliche Gründe zurückzuführen. Bei der GLP wurden ausschliesslich Männer gewählt, obwohl sich zehn Frauen (von insgesamt 40 Kandidierenden) zur

¹⁰ Berechnung: Anteil der Gewählten geteilt durch den Anteil auf den Wahllisten multipliziert mit 100.

¹¹ Es war technisch nicht möglich, die Dezimalwerte in den Abbildungen durch Kommata zu trennen. Dass in den Abbildungen Punkte verwendet werden, hat daher keine inhaltliche Bedeutung.

Wahl stellten. Insofern resultiert bei den Frauen eine Wahlquote von null. Bei den Grünen kommt die tiefe Wahlquote der Frauen hingegen in erster Linie durch den hohen Anteil an Kandidatinnen auf den Wahllisten zustande. Mit einem Frauenanteil von 52,8% weisen die Grünen als einzige Partei mehr Kandidatinnen als Kandidaten auf. Dadurch, dass von den zwölf gewonnenen Sitzen sieben an Männer gingen, waren die Wahlchancen der Frauen bei diesen Wahlen deutlich kleiner als diejenigen der Männer. Scheinbar waren die WählerInnen der Grünen nicht bereit, den Kandidaturen entsprechend Frauen zu wählen. Interessant wäre, dazu detaillierte Auswertungen zu machen. Es müsste beispielsweise geschaut werden, auf welchen Listenplätzen die Frauen standen oder wie sich die Vergabe von Panaschierstimmen auswirkte.

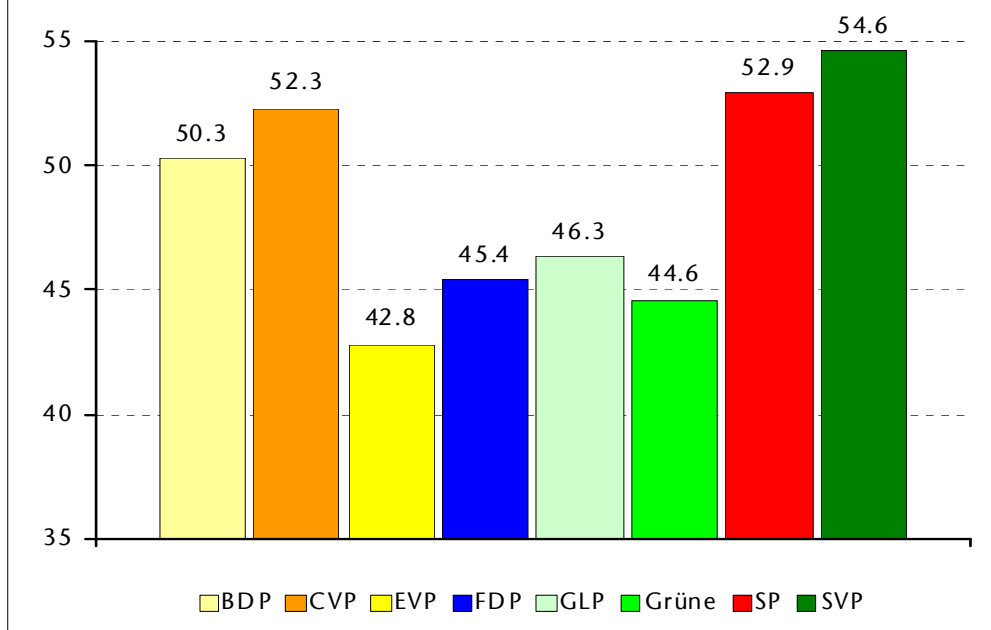


Die Wahlquoten haben sich seit 1971 (siehe Abb. 6) innerhalb der verschiedenen Parteien sehr unterschiedlich entwickelt. In den bürgerlichen Parteien ist seit Ende der neunziger Jahre eine starke Zunahme zu beobachten, während in den linken Parteien die Wahlchancen der Frauen zurückgingen (vgl. auch: Fuchs 2008: 34). Seit den Wahlen 2007 haben die Frauenwahlquoten in allen Parteien mit Ausnahme der FDP zugenommen.

2.1.3 Das Alter

Im Jahr 2011 lag das Durchschnittsalter aller Landrätinnen und Landräte bei 50,23 Jahren – jenes der Frauen bei 49,8, dasjenige der Männer wenig höher bei 50,47. Die jüngste Partei ist die EVP mit einem Altersdurchschnitt von 42,8, die älteste die SVP, deren Fraktionsmitglieder durchschnittlich 54,7 Jahre alt sind (siehe: Abb. 7). Bis auf die BDP scheinen sich die Parteien in zwei Gruppen zu teilen: EVP, FDP, GLP und Grüne haben einen Altersdurchschnitt um die 45 Jahre; CVP-, SP- und SVP-Landrätinnen und -Landräte sind im Schnitt zwischen 52 und 55 Jahre alt.

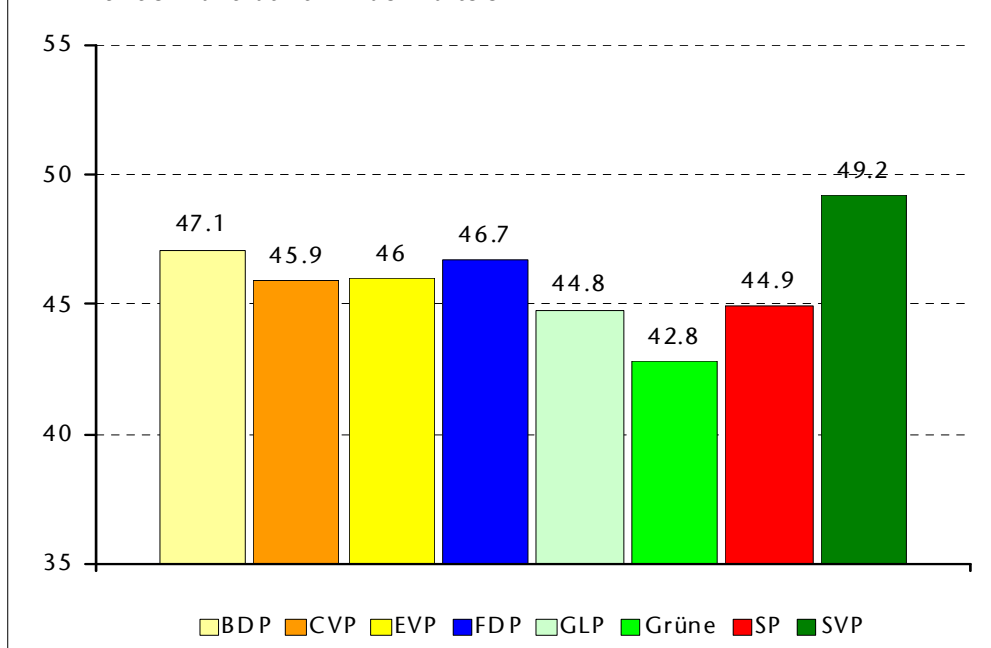
Abbildung 7: Das Durchschnittsalter der gewählten LandrätInnen 2011 nach Parteien



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

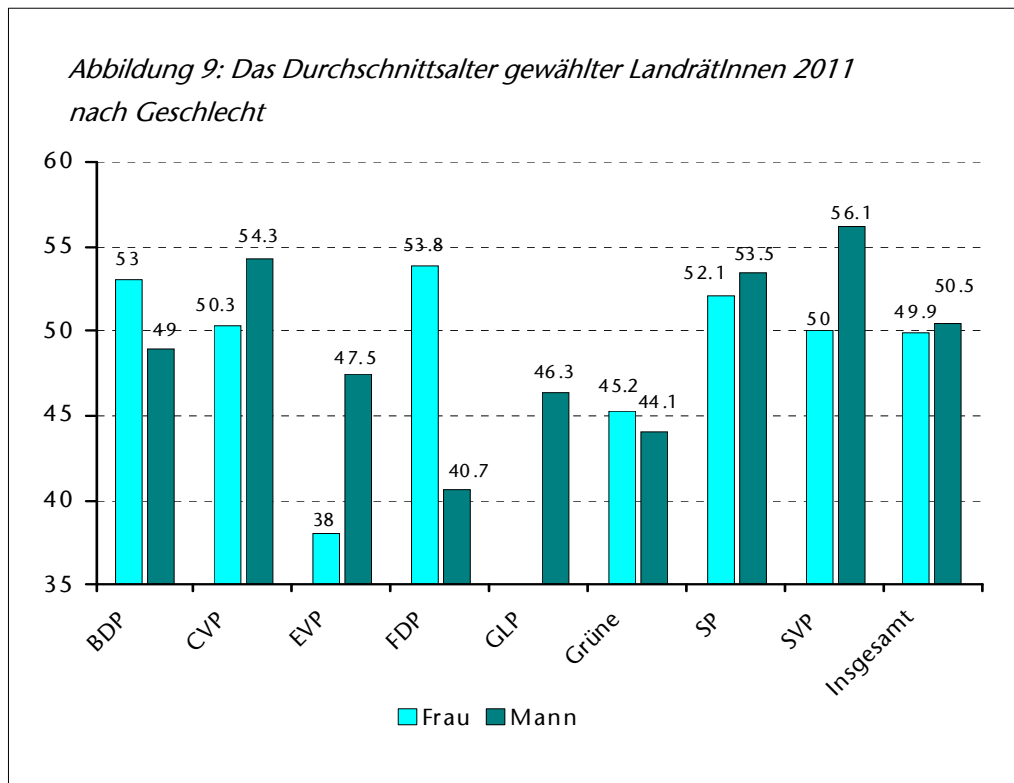
Eine weitere interessante Perspektive bietet der Blick auf die Wahllisten zu den Landratswahlen 2011. Der Jugendrat BL hat diese ausgewertet und die Resultate publiziert (Jugendrat BL 2011). Bei einem Vergleich der Kandidierenden mit den gewählten LandrätInnen und Landräten fällt auf, dass die Altersdurchschnitte nicht linear zusammenhängen. Erwartungsgemäss sind die Kandidierenden im Schnitt jünger als die Gewählten. Nur bei der FDP und der EVP liegt der Altersdurchschnitt der gewählten LandrätInnen und Landräte unter demjenigen der Kandidierenden. Die SVP weist auch auf den Wahllisten den höchsten Durchschnitt auf. Die SP und die CVP hingegen haben viele jüngere Kandidatinnen und Kandidaten auf ihren Listen, die nicht gewählt wurden. Dies zeigt der grosse Unterschied in den beiden Altersdurchschnitten.

Abbildung 8: Das Durchschnittsalter der Kandidierenden für den Landrat 2011 nach Parteien



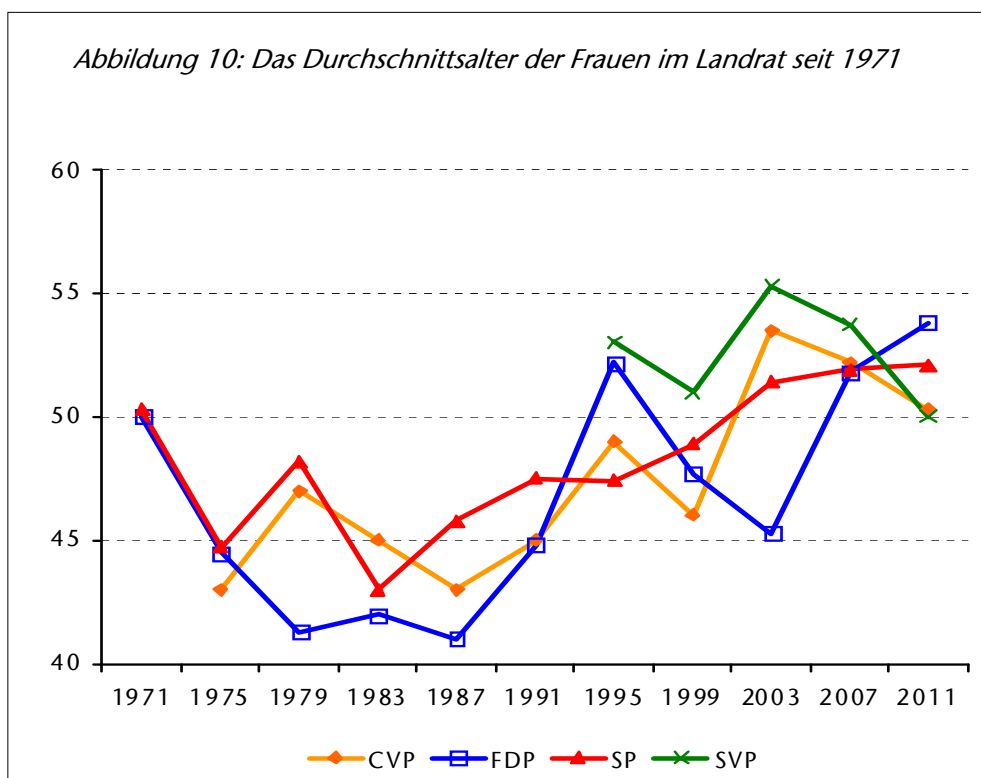
Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Werden die Altersdurchschnitte der gewählten Landrätinnen und Landräte nach Geschlecht aufgeschlüsselt, ergibt sich das in Abbildung 9 dargestellte Bild. In den teilweise beträchtlichen Unterschieden zwischen den Geschlechtern können keine Regelmässigkeiten festgestellt werden. In einigen Parteien sind die Frauen durchschnittlich älter, in anderen die Männer. Auch in Bezug auf die politischen Lager sind keine Tendenzen abzulesen. Das Ausmass der Unterschiede differiert sehr stark: Während bei der SP und den Grünen der Unterschied etwas mehr als ein Jahr beträgt, sind die FDP-Landrätinnen im Schnitt rund 13 Jahre älter als ihre männlichen Kollegen. Dies könnte heissen, dass die FDP bei jüngeren Frauen an Attraktivität verloren hat oder dass die Rekrutierungsprozesse innerhalb der Partei ältere Frauen gegenüber jüngeren bevorzugen. Hier wären vertiefende Analysen sinnvoll. Gerade für die Rekrutierungsverantwortlichen der FDP könnten die daraus resultierenden Erkenntnisse sehr wertvoll sein.



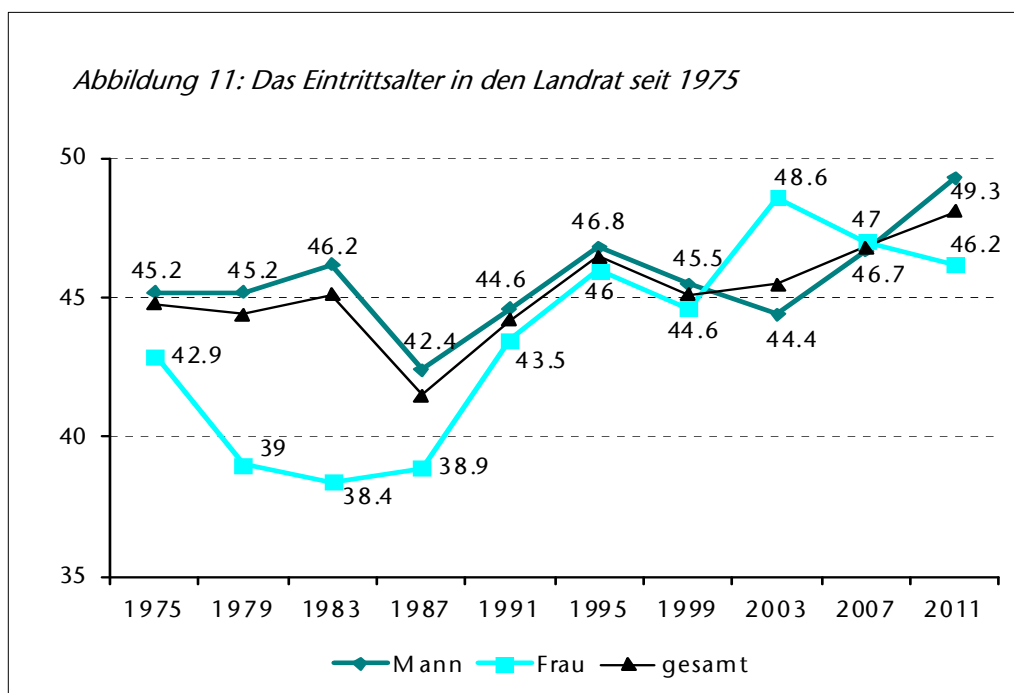
Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

In Abbildung 10 ist die Entwicklung des Durchschnittsalters der Frauen nach Partei seit 1971 dargestellt. Auffällig ist hier, dass die SP-Frauen seit 1983 kontinuierlich älter werden. Die Frauen der SVP werden hingegen seit 2003 immer jünger. Diese Erkenntnis wirft einige Fragen auf, die als Anhaltspunkte für weitere Forschungen dienen können: Ist es tatsächlich so, dass die SVP vermehrt für jüngere Frauen attraktiv geworden ist und die SP für ältere? Greifen die Rekrutierungsbemühungen der SVP vor allem bei den Jungen? Wählen die SVP-Wählenden eher jüngere Frauen, während die SP-WählerInnenschaft eher erfahrene Politikerinnen bevorzugt? Oder hängen die Altersunterschiede mit Zyklen von Politikerinnengenerationen zusammen?



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Das Eintrittsalter in den Landrat zeigt, in welchem Alter politische Karrieren im Landrat beginnen. Natürlich muss dabei bedacht werden, dass viele Personen zuvor Erfahrungen auf lokaler Ebene sammeln. Das durchschnittliche Eintrittsalter liegt 2011 bei 48,4 Jahren. Abbildung 11 zeigt, dass sich dieses seit 1999 zunehmend erhöht. Die Geschlechterverhältnisse sind dabei seit 1999 abwechselnd. Es fällt auf, dass das durchschnittliche Eintrittsalter der Frauen steigt, wenn dasjenige der Männer sinkt. Dieses Phänomen scheint nicht einfach erklärbar. Sollte sich abzeichnen, dass dieser Effekt in Zukunft weiter existiert, wären detailliertere Untersuchungen dazu vorzusehen. Hypothetisch könnte angenommen werden, dass diese Entwicklungen mit einem Generationenzyklus von politisch engagierten Frauen und Männern zusammenhängt. Oder ist es denkbar, dass Parteien eine gewisse Regulierung des Eintrittsalters anstreben, indem sie bei einem hohen Anteil älterer Kandidaten verstärkt auf jüngere Kandidatinnen setzen und umgekehrt? Oder sind es die Wählenden, die eine solche Strategie verfolgen?



2.1.4 Die Kommissionen des Landrats

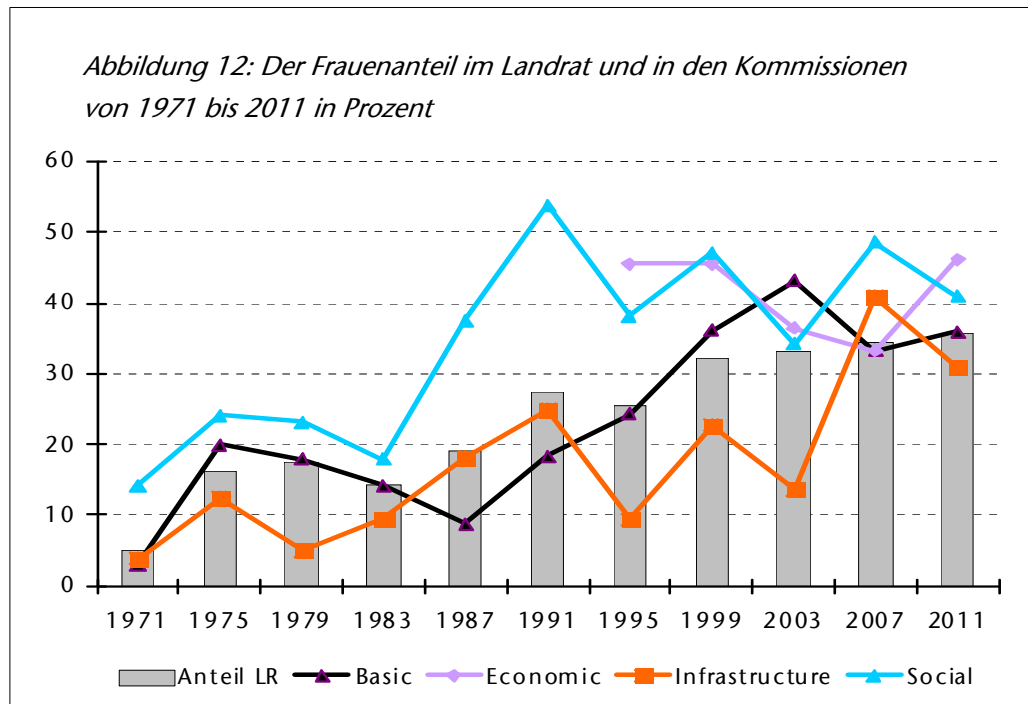
Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft hat aktuell neun ständige Kommissionen, welche die zentralen Gremien der landrätlichen Arbeit bilden (Fuchs 2008: 34ff.). In Tabelle 2 ist die Einteilung der Kommissionen in die BEIS-Typologie dargestellt. Dabei werden die Kommissionen nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt vier Feldern – staatliche Basisfunktionen, wirtschaftliche Themen, Infrastruktur und Soziales – zugeordnet. Über die Zuordnung der einzelnen Kommissionen lässt sich freilich streiten. Die BEIS-Typologie kann daher nicht als starres System verstanden werden, sie soll lediglich dazu dienen, einen Anhaltspunkt für die inhaltliche Kommissionstätigkeit von Frauen und Männern zu geben.

Tabelle 2: Die BEIS-Typologie

Art	Name	Bemerkungen
B – staatliche Basisfunktionen	Geschäftsprüfungskommission	
	Finanzkommission	
	Justiz- und Polizeikommission	seit 1983
	Petitionskommission	
E – wirtschaftliche Themen	Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission	seit 1995
I – Infrastruktur	Bau- und Planungskommission	
	Umwelt- und Gesundheitskommission	bis 1995
	Umweltschutz- und Energiekommission	seit 1995
S – Soziales	Personalkommission	
	Spitalkommission (nur 1971)	
	Bildungskommission	seit 1995 Erziehungs- und Kulturkommission, ab 2007 Bildung, Kultur und Sport

Quelle: Zusammengestellt nach den Amtskalendern des Kantons Basel-Landschaft

Die Auswertung der BEIS-Zuteilung nach Geschlecht zeigt, in welchen Feldern sich Frauen und Männer mehrheitlich engagieren. In Abbildung 12 wird deutlich, dass sich die Vertretungen der Geschlechter in den verschiedenen Kommissionen spätestens mit den Wahlen 2007 einander angeglichen haben. Die Grundtendenz bleibt aber – mit einigen Ausnahmen – bestehen: Frauen sind verstärkt im sozialen Bereich vertreten, Männer verstärkt in den Bereichen Infrastruktur und staatliche Basisfunktionen. Der BEIS-Indikator «Economic» ist insofern etwas irreführend, als er nur die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beinhaltet. Während der Bereich Volkswirtschaft klar ökonomischer Natur ist, könnte der Bereich Gesundheit genauso gut dem Sozialen zugeordnet werden.



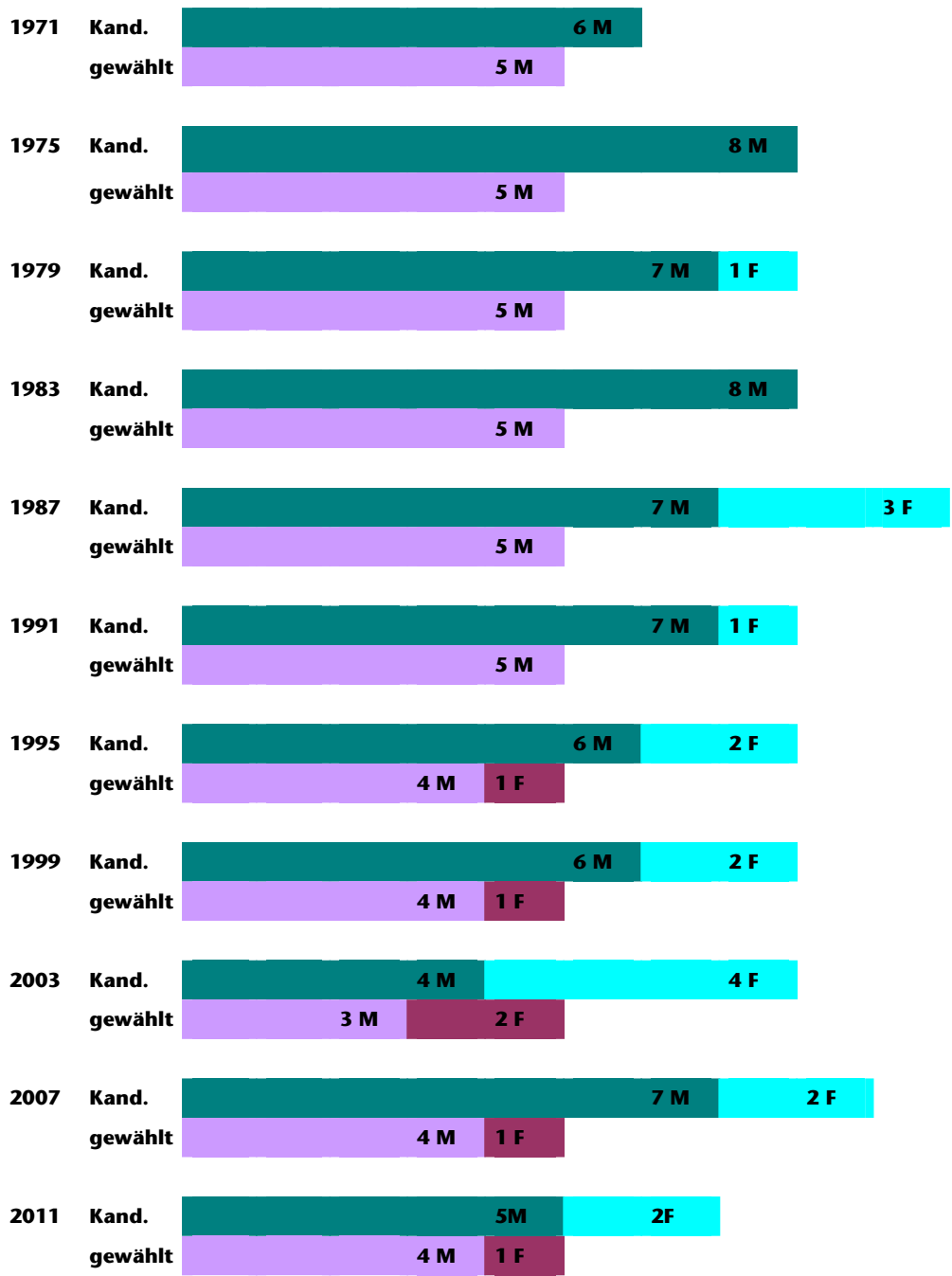
Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

2.2 Der Regierungsrat

Die Wahlen für den Regierungsrat – die kantonale Exekutive – werden nach dem Majorzverfahren durchgeführt. Sie fallen seit 1971 durch eine geringe Anzahl an Kandidierenden auf. 1987 wurde der Maximalwert von drei Kandidatinnen und sieben Kandidaten für die fünf zu besetzenden Sitze erreicht. In der Ersatzwahl für den 1994 zurückgetretenen SVP-Regierungsrat Werner Spitteler schaffte Elsbeth Schneider-Kenel (CVP) als erste Frau den Sprung in die Kantonsregierung, wo sie bis 2007 verblieb.¹² Bei den Gesamterneuerungswahlen 2003 kandidierten erstmals gleichviele Frauen und Männer. Während der Amtsperiode 2003 bis 2007 waren mit Elsbeth Schneider-Kenel und der neu gewählten Sabine Pegoraro (FDP) zum bisher einzigen Mal zwei Regierungssitze durch Frauen besetzt. Beide bisherigen Regierungsrätinnen entstammen bürgerlichen Mitteparteien.

¹² Siehe: Regierungsratswahlen seit 1963 auf der Internetseite des Kantons Baselland unter http://www.baselland.ch/rr-wahlen_1963-hm.274950.0.html, Stand: 20.12.2012.

Abbildung 13: Kandidierende und Gewählte für den Regierungsrat seit 1971 nach Geschlecht

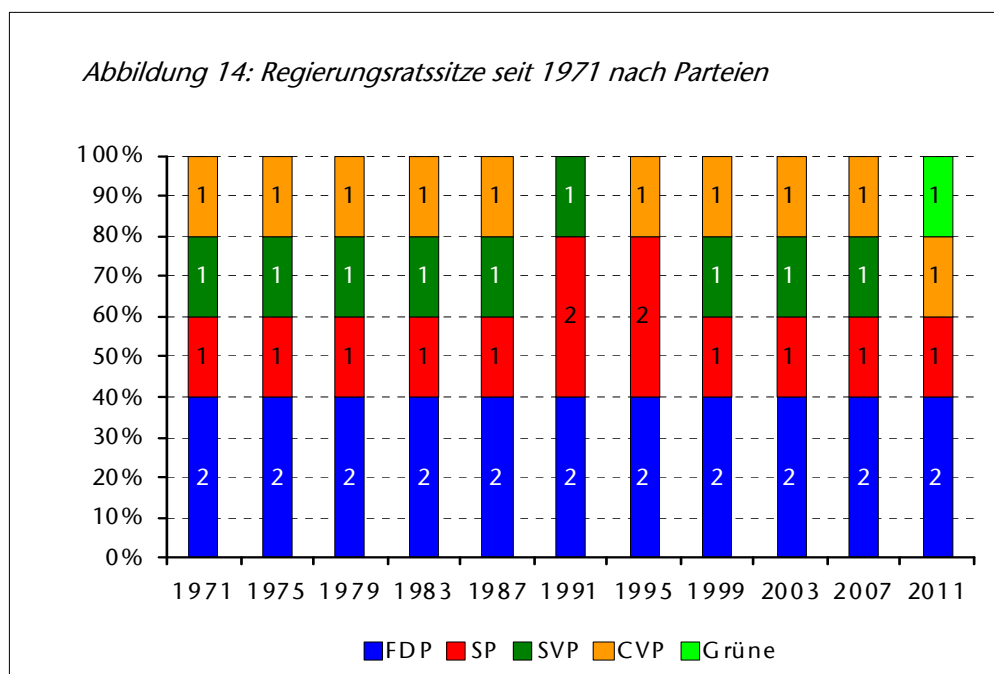


Legende:

Kandidaten	Kandidatinnen
Regierungsräte	Regierungsrätinnen

Quelle: Staatsarchiv, Regierungsratswahlen seit 1963 (http://www.baselland.ch/rr-wahlen_1963-hm.274950.0.html)

Die im Regierungsrat vertretenen Parteien widerspiegeln nur bis zu einem gewissen Punkt die Kräfteverhältnisse im Landrat. Bei den Wahlen 2011 verlor die SVP ihren Sitz an die Grünen und ist nun als stärkste Landratspartei nicht in der Regierung vertreten. Diese Entwicklung entspricht den allgemeinen Exekutivproblemen der SVP. Auch in anderen Kantonen ist die SVP in den Regierungen im Verhältnis zu ihrer Stärke im Parlament untervertreten.¹³ Die FDP hingegen ist mit zwei Sitzen klar überrepräsentiert. Die Entwicklung der Anzahl Sitze nach Parteien ist in Abbildung 14 dargestellt.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Für eine Wahl in den Regierungsrat ist in aller Regel eine nachweisbare, langjährige politische Erfahrung notwendig (Fuchs 2008: 51ff.). Ist die Wahl geschafft, sind mehrere Amtsperioden üblich. Insofern erstaunt es nicht, dass sich Veränderungen in der Zusammensetzung des Regierungsrats eher langsam vollziehen. Die politische Erfahrung als Voraussetzung für dieses Amt schlägt sich auch im Alter der Regierenden nieder. Der Altersdurchschnitt von 55 Jahren im Jahr 2011 liegt rund fünf Jahre über demjenigen des Landrats.

Tabelle 3: Der Regierungsrat 2011

Name	Geschlecht	Partei	Direktion	Jahrgang	bis-her
Adrian Ballmer	M	FDP	Finanz- und Kirchendirektion	1947	ja
Sabine Pegoraro	W	FDP	Bau- und Umweltschutz-direktion	1958	ja
Isaac Reber	M	Grüne	Sicherheitsdirektion	1961	nein
Urs Wüthrich-Pelloli	M	SP	Bildungs-, Kultur- und Sport-direktion	1954	ja
Peter Zwick	M	CVP	Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	1960	ja

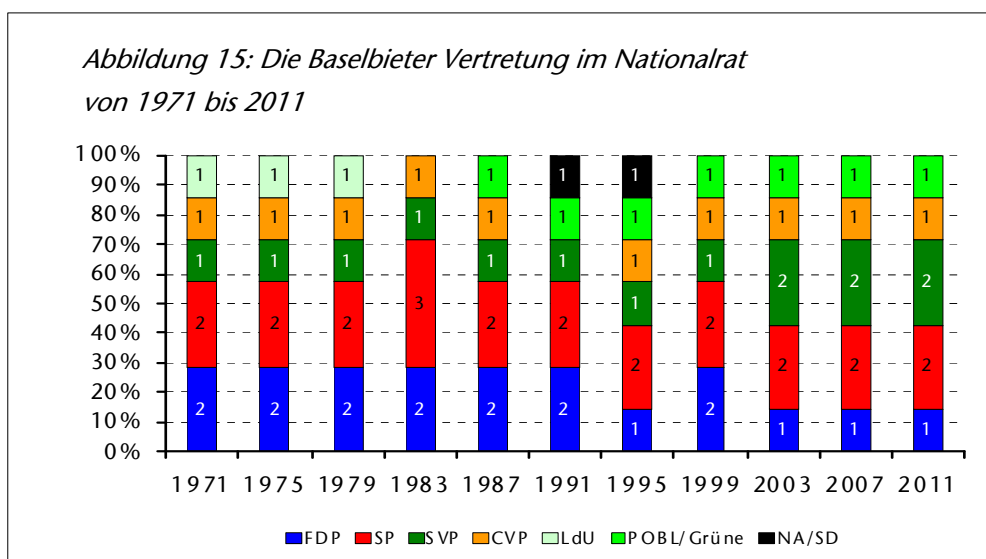
Quelle: Angaben der Landeskanzlei

¹³ Vgl. mit den Daten des Bundesamts für Statistik unter:
http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/kantonale_regierungen.html?sc=1,
 Stand 3.12.2012.

3 Die Vertretung des Kantons Baselland auf nationaler Ebene

3.1 Der Nationalrat

Der Kanton Baselland ist mit sieben Mandaten im Nationalrat vertreten, welche im Proporzwahlsystem vergeben werden. In der Regel sind drei Sitze durch die linken politischen Parteien SP und Grüne besetzt. Die restlichen vier Sitze wurden in den letzten vier Amtsperioden unter FDP, SVP und CVP aufgeteilt, wobei die SVP seit 2003 jeweils zwei Sitze gewinnen konnte.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Im Jahr 2011 wurden die in Tabelle 4 aufgeführten Personen in den Nationalrat gewählt. Mit vier Frauen beträgt der Frauenanteil 57% und ist damit so hoch wie nie zuvor. Das Durchschnittsalter der Baselbieter Vertretung ist 52 Jahre und liegt damit zwei Jahre über dem Gesamtdurchschnitt. Das Eintrittsalter der drei Neuen liegt bei 46 Jahren.

Tabelle 4: Die Nationalrätinnen und Nationalräte aus dem Kanton Basel-Landschaft 2011

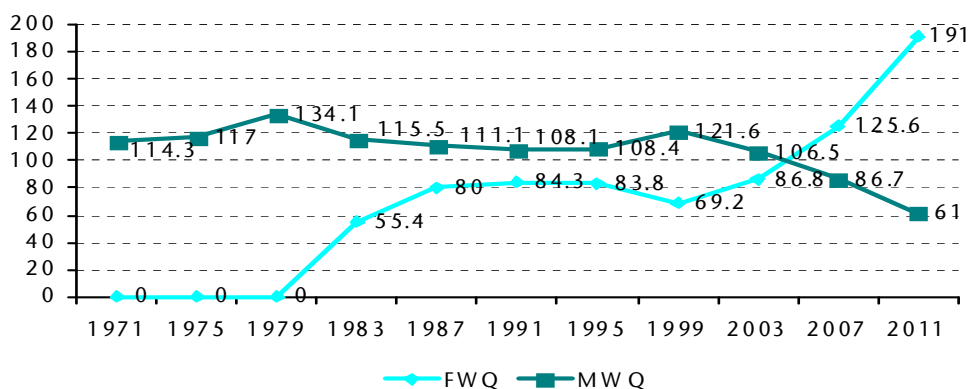
Name	Partei	Beruf	Jahrgang	bisher
Daniela Schneeberger	FDP	Steuerexpertin	1967	nein
Thomas de Courten	SVP	Unternehmer	1966	nein
Caspar Baader	SVP	Rechtsanwalt	1953	ja
Elisabeth Schneider-Schneiter	CVP	Juristin	1964	nein
Eric Nussbaumer	SP	Elektroingenieur	1960	ja
Susanne Leutenegger Oberholzer	SP	Advokatin	1948	ja
Maya Graf	Grüne	Mitbewirtschafterin Bio-Bauernbetrieb	1962	ja

Quelle: Internetseite des Nationalrats: <http://www.parlament.ch/d/organe-mitglieder/nationalrat/mitglieder-kanton/mitglieder-nr-kanton-bl/Seiten/default.aspx>, Stand: 21.03.2013

Die Wahlquote der Frauen hat 2011 mit 191 einen sehr hohen Wert angenommen (siehe Abb. 16).¹⁴ Dieser resultiert daraus, dass bei 57% der Gewählten nur rund 29% der Kandidierenden Frauen waren.

Bei einem kleinen Gremium wie der Baselbieter Nationalratsvertretung sind die künftigen Entwicklungen nur schwer abzuschätzen, zumal sich durch die Wahl oder Nichtwahl einer Person die Geschlechterverhältnisse stark verändern können. Es ist aber davon auszugehen, dass die Stimmbevölkerung und die Parteien einen gewissen Wert auf eine geschlechtlich ausgewogene Nationalratsdelegation legen. Insofern wird sich möglicherweise in Zukunft ein Geschlechterverhältnis von drei zu vier etablieren. Damit dies möglich ist und kein allzu grosses Missverhältnis zu den Wahllisten entsteht, wäre es wichtig, dass diese auch über ein in etwa ausgeglichenes Geschlechterverhältnis verfügen.

Abbildung 16: Die Wahlquoten von Frauen und Männern für den Nationalrat seit 1971



Quelle: Eigene Berechnung nach den Angaben des Statistischen Amtes BL

¹⁴ Zur Erklärung der Wahlquoten vgl. Kapitel 2.1.2

3.2 Der Ständerat

In Tabelle 5 sind alle Baselbieter Kandidierenden und Gewählten für den Ständerat aufgeführt. Gewählt wurden bisher nur Männer. Mit Elisabeth Schneider-Schneiter kandidierte 2011 erstmals eine bürgerliche Frau für dieses Amt. Zuvor waren ausschliesslich Frauen der linken Parteien (SP, Grüne, POBL) zur Wahl angetreten.

Tabelle 5: Kandidierende und Gewählte für den Ständerat von 1971 bis 2007

	Kandidierende	Politische Erfahrungen	Gewählt
1971	Werner Jauslin, FDP Heinrich Ott, SP	LR LR	Werner Jauslin, FDP
1975	René Broder, SP Werner Jauslin, FDP	GR SR	Werner Jauslin, FDP
1979	Eduard Belser, SP Madeleine Jaques, POBL/Grüne Werner Jauslin, FDP	LR, GR LR, VR SR	Eduard Belser SP
1983	Eduard Belser, SP Paul Nyffeler, FDP	LR, GR RR	Eduard Belser SP
1987	René Rhinow, FDP Adelheid Strub, SP	VR LR	René Rhinow, FDP
1991	Angeline Fankhauser, SP Rudolf Keller, SD René Rhinow, FDP	LR, NR LR VR, SR	René Rhinow, FDP
1995	Rudolf Keller, SD Manfred Reist, «wild» René Rhinow, FDP	NR ER VR, SR	René Rhinow, FDP
1999	Hans Fünfschilling, FDP Ruth Gonseth, Grüne Claude Janiak, SP Rudolf Keller, SD Manfred Reist, «wild»	LR, RR LR, NR LR, GR LR, NR ER	Hans Fünfschilling, FDP
2003	Hans Fünfschilling, FDP Röbi Ziegler, SP	LR, RR, SR LR	Hans Fünfschilling, FDP
2007	Claude Janiak, SP Erich Straumann, SVP	LR, GR, NR LR, GR, RR	Claude Janiak, SP
2011	Caspar Baader, SVP Claude Janiak, SP Elisabeth Schneider-Schneiter, CVP	LR, GR, NR, SR LR, GR, SR LR, NR	Claude Janiak, SP

Legende: ER – Einwohnerrat, GR – Gemeinderat, LR – Landrat, NR – Nationalrat, RR – Regierungsrat, SR – Ständerat, VR – Verfassungsrat

Quelle: Amtsblätter des Kantons Basel-Landschaft (VR) und Datenbank Politisches Personal BL

Beim Blick auf die Wahlergebnisse der Ständeratswahlen 2011 fällt auf, dass die Kandidatur Schneider-Schneiters wenig erfolgreich war. Ein Grund dafür liegt wohl in ihrer Parteizugehörigkeit: Die CVP kann als fünftgrösste Partei nur schwer einen Anspruch auf den Ständeratssitz rechtfertigen und hat auch keine genügend grosse WählerInnenschaft, um einen solchen zu erobern. Die Kandidatur Baaders hatte dieses Problem nicht. Die SVP könnte als grösste Fraktion im Landrat problemlos den Anspruch auf den Ständeratssitz rechtfertigen. Dementsprechend gelang es dem national bekannten Baader auch, mehr als doppelt so viele Stimmen im Vergleich zu Schneider-Schneiter zu holen. Mit Claude Janiak stand den Nichtgewählten ein sehr starker Kandidat gegenüber. Janiak hatte dabei den Bonus des Bisherigen. So konnte

er bereits auf eine erfolgreiche Amtsperiode im Ständerat zurückblicken und verfügte über einen hohen nationalen Bekanntheitsgrad. Die Medienlandschaft zeigte sich daher nicht sehr erstaunt über diese Wahl – die Deutlichkeit, mit der Janiak bereits im ersten Wahlgang das absolute Mehr erreichte, verlangte jedoch schon nach einer Interpretation. Die Basler Zeitung titelte am 24. Oktober 2011: «Bürgerliche haben gegen Janiak keine Chance.» Im Kommentar von David Thommen werden zwei Gründe angeführt: «Einerseits verfügt die SP mit Claude Janiak über einen Politiker, der das Amt verdient. Andererseits bestätigt sich, dass die SVP – selbst mit dem besten Kandidaten Caspar Baader – bei Majorzwahlen keine Chance hat.» Neben der Stärke Janiaks und den Problemen der SVP, die sich auch in anderen Kantonen abzeichneten, wurde weiter angemerkt, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine Einerkandidatur hätten einigen müssen, um Janiak zu schlagen (Basler Zeitung 24.10.2011: 38).

Diese Diskussionen zeigen auch auf, warum die Wahl in den Ständerat für Frauen schwierig ist. Zum einen haben die Bisherigen meist einen Bonus. Da diese bisher immer Männer waren, wirkt sich dies negativ auf die Chancen der Frauen aus. Zum anderen ist das KandidatInnenfeld jeweils sehr beschränkt. Die Wahlanalyse der Basler Zeitung zeigt, dass aus Sicht der Bürgerlichen sogar mit zwei Kandidierenden bereits eine Kandidatur zu viel lanciert wurde. Eine derart starke Fokussierung auf wenige herausragende PolitikerInnen wirkt sich schlecht auf die Vielfalt und damit auf die Vertretung von Frauen aus.

Tabelle 6: Ergebnisse der Ständeratswahlen 2011

Name	Partei	Wahlergebnis
Caspar Baader	SVP	24'291
Claude Janiak	SP	45'203
Elisabeth Schneider-Schneiter	CVP	9'633
Übrige	—	5'355
Absolutes Mehr	—	42'242

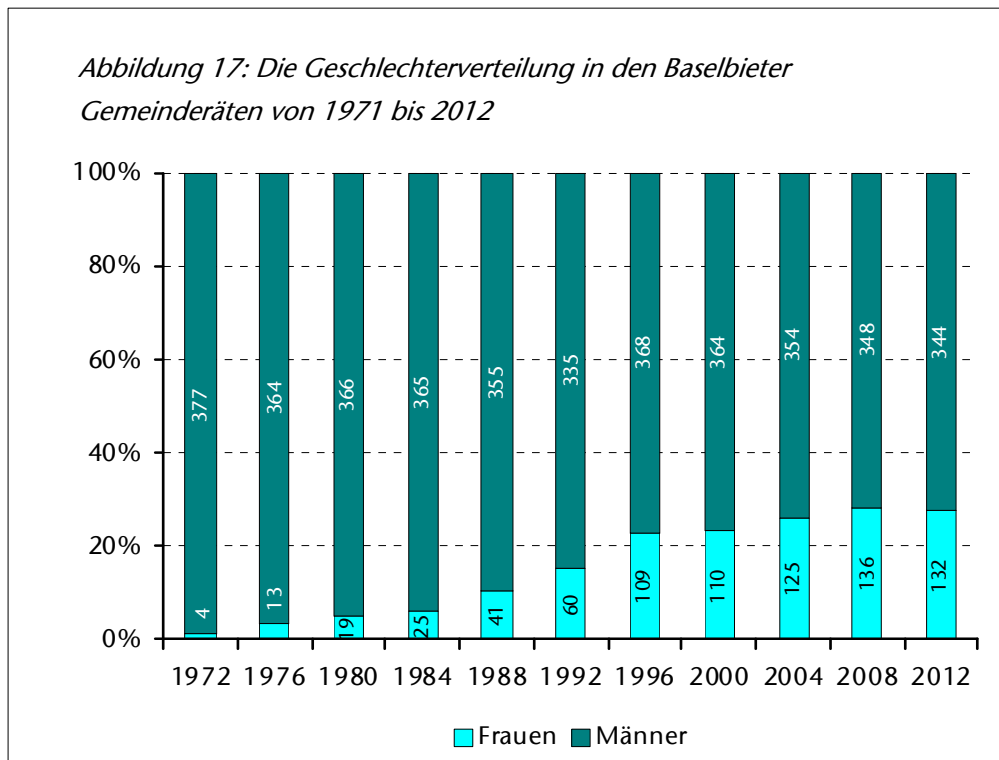
Quelle: Statistisches Amt BL

4 Die Entwicklungen in den Gemeinden

4.1 Die Gemeinderäte

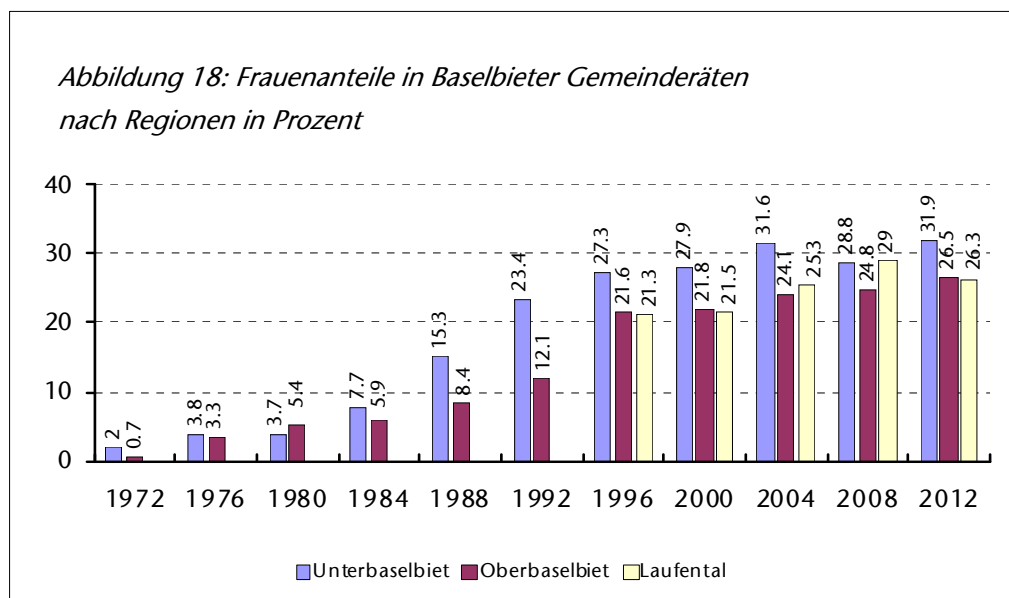
In diesem Kapitel sollen die politischen Repräsentationsverhältnisse in den 86 Gemeinderäten des Baselbiets untersucht werden. In elf Gemeinden wird im Proporzwahlssystem gewählt, in den anderen nach dem Majorzverfahren. Die Gemeinderäte haben drei, fünf oder sechs Sitze (Fuchs 2008: 54).

Die Entwicklung der Partizipation von Frauen in den Gemeinderäten des Baselbiets ist in Abbildung 17 dargestellt. Nach einer langsamen Entwicklung von 1972 bis 1984 erfolgte eine starke Erhöhung der Frauenanteile bis 1996. Anschliessend verlangsamte sich das Wachstum wieder. 2008 erreichte der Frauenanteil in den Gemeinderäten mit 28,1% den bisherigen Höchststand. Bei den Wahlen 2012 nahm der Anteil erstmals wieder ab – er beträgt nun 27,7%. Es zeichnet sich demnach nicht ab, dass in den Gemeinderäten in absehbarer Zukunft grössere Schritte in die Richtung einer ausgeglichenen Repräsentation der Geschlechter gemacht würden; vielmehr scheint der Frauenanteil bei zwei bis drei Punkten unter der 30%-Marke zu stagnieren.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Werden die Frauenanteile nach Regionen aufgeführt, wird ein deutlicher Stadt-Land-Unterschied sichtbar. Die eher ländlichen und kleinen Gemeinden des Oberbaselbiets und des Laufentals weisen seit 1994 durchwegs einen merklich kleineren Anteil an weiblichen Exekutivmitgliedern auf als die urbanen, grossen Vorortsgemeinden der Stadt Basel im Unterbaselbiet. Eine Ausnahme bilden das Laufental bei den Wahlen 2004 sowie die früheren Entwicklungen von 1972 bis 1980. In der Anfangsphase nach der Einführung des Frauenwahlrechts waren die Unterschiede geringer. 1980 war im Oberbaselbiet der durchschnittliche Frauenanteil in den Gemeinderäten gar höher als im Unterbaselbiet. Urs Meuli und Andreas Ladner führen dies auf zwei Gründe zurück: In den urbanen Gebieten seien die Gemeinden und damit die Exekutiven meist grösser und das Proporzwahlssystem weiter verbreitet (Meuli/Ladner 2000: 41). Der Einfluss der Gremiumsgrösse und des Wahlsystems auf die Frauenanteile wird in Kapitel 5.1 näher erläutert. Für den Kanton Baselland kann ein Einfluss des Wahlsystems nicht eindeutig festgestellt werden (Fuchs 2008: 54). Die Gemeindegrosse spielt hingegen eine wesentliche Rolle (Ladner 2011: 78). Hinzu kommt, dass in den Gemeinden des Unterbaselbiets die linken Parteien verhältnismässig stärker vertreten sind. Dies wirkt sich insofern auf höhere Frauenanteile aus, als Frauen in der SP und bei den Grünen am stärksten vertreten sind (vgl. Kapitel 5.1).



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

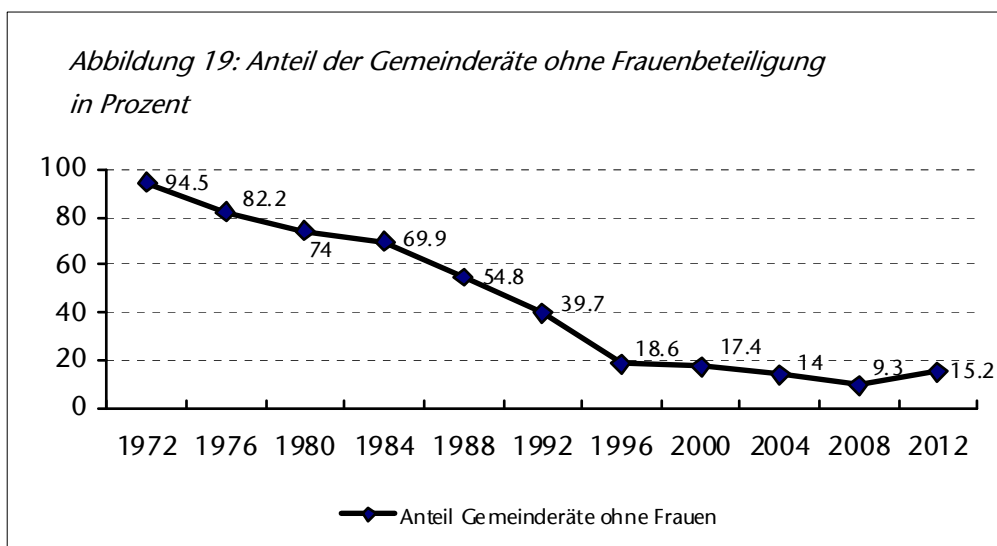
Der Anteil an Gemeinden, die nur Männer in ihren Exekutiven haben, nahm bis 2008 ab. Mit den Wahlen 2012 erhöhte sich dieser erstmals wieder (siehe Abb. 19). Auch hier scheint sich also eine Stagnation abzuzeichnen. Politische Soziologen gehen davon aus, dass ein Amt in einem Gemeinderat zunehmend mit einem grossen Zeitaufwand und mit steigenden Anforderungen verbunden ist (Geser et al. 2011: 6ff.).¹⁵ Insofern nimmt insgesamt die Zahl der Personen ab, die gewillt sind, ein solches Amt zu übernehmen. Stehen schlussendlich nur wenige Personen zur Wahl und sind dies hauptsächlich Männer, steigt die Chance, dass auch nur Männer gewählt werden. Hier wären detaillierte Forschungen nötig, damit dieser Effekt genauer un-

¹⁵ Geser et al. gehen davon aus, dass die Exekutivfunktionen in den Schweizer Gemeinden eine zunehmende qualitative und quantitative Herausforderung darstellen würden. Dies vor allem aus zwei Gründen: Zum einen würden die Gemeinden verstärkt als Vollzugsorgane des Bundes und der Kantone dienen, was mitunter mit einem erhöhten Anspruch an die Geschäftsführung verbunden sei. Zum anderen seien die Ansprüche der BürgerInnen an die Gemeindeorgane gestiegen (Geser et al. 2011: 6ff.).

tersucht werden könnte. Es ist zum Beispiel denkbar, dass aufgrund der steigenden Anforderungen an die Ämter berufliche Qualifikationen erforderlich sind, die Frauen in geringerem Mass erfüllen oder denken zu erfüllen.

Die 13 Gemeinden ohne Frauenbeteiligung im Gemeinderat sind eher klein. Vier davon haben immerhin zwischen 1300 und 1700 Einwohnerinnen und Einwohner. Zuzgen ist mit rund 2500 Einwohnerinnen und Einwohnern die grösste Gemeinde ohne Gemeinderätin. Die restlichen Gemeinden haben alle eine Bevölkerung, welche die Tausendermarke bei Weitem nicht erreicht. In fast allen Fällen gibt es keine oder nur sehr wenige Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht gewählt wurden. Die Unterpräsenz von Frauen in den Gemeinderäten ist demnach keine Frage von schlechteren Wahlchancen für Frauen, sondern der Rekrutierung weiblichen politischen Personals.

Bisher gab es einen einzigen Fall, in dem sich ein Gemeinderat nur aus Frauen zusammensetzte. Dies war in der Gemeinde Nussdorf nach den Wahlen 1996. Nach den Wahlen 2012 sind die drei Gemeinden Brislach, Eptingen und Hersberg von einer Frauenmehrheit regiert.

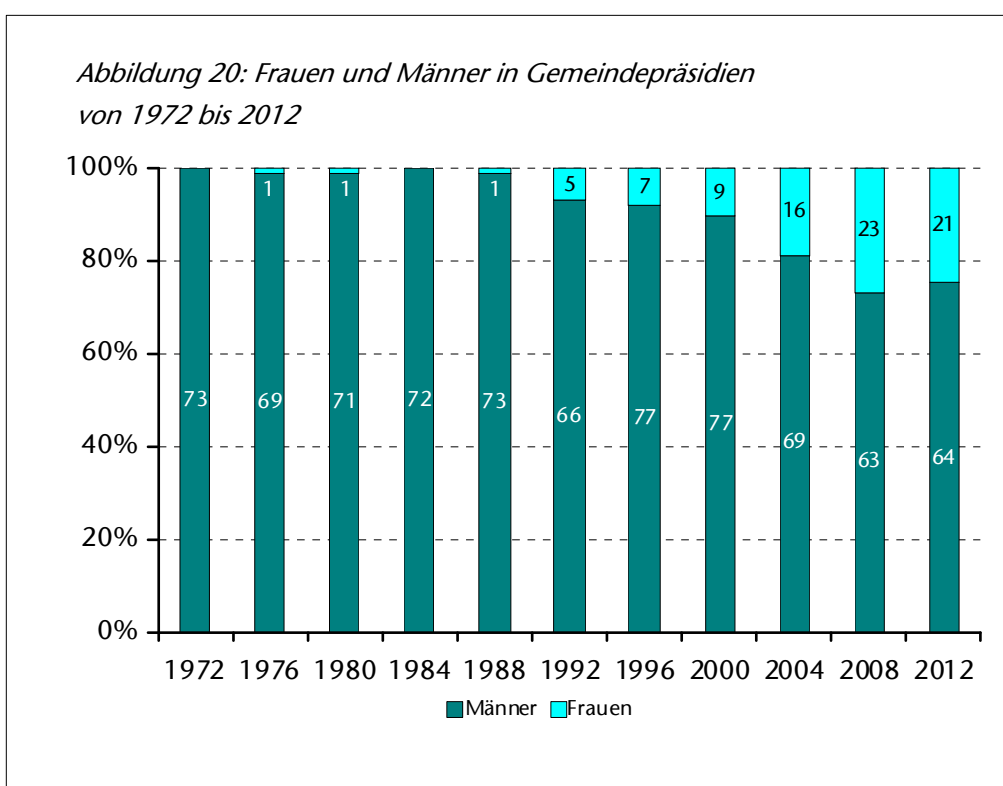


Quelle: Eigene Berechnung nach den Angaben des Statistischen Amtes BL

4.1.1 Gemeindepräsidentien

Im Jahr 2012 wurden in 21 Gemeinden Frauen in das Gemeindepräsidium gewählt, was einem Anteil von 24,7% entspricht. Es wurden zwei Präsidentinnen weniger gewählt als bei den Wahlen 2008. Frauen werden im Verhältnis zu ihrem Gesamtanteil in den Gemeinderäten seltener in das Präsidium gewählt. Der Unterschied hat aber stark abgenommen. Werner Seitz stellte 2001 in einem gesamtschweizerischen Vergleich fest, dass rund 25% der Gemeinderatssitze von Frauen besetzt sind, während nur rund 11% der untersuchten Gemeinden eine Präsidentin haben (Seitz 2001: 22). Dies entspricht in etwa den Werten des Kantons Baselland in dieser Zeit. Im Jahr 2000 hatten nur 10,5% der Gemeinden eine Präsidentin, während in den Gesamtgemeinderäten ein Frauenanteil von 23,2% vorhanden war.

Die Entwicklung seit der Jahrtausendwende ging schnell vonstatten. Der erstmalige Rückgang bei den letzten Wahlen kann aber darauf hinweisen, dass die Untervertretung von Frauen in den Präsidiumspositionen weiterhin bestehen bleibt.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Seit 1976 hatten 37 der 86 Gemeinden im Kanton mindestens eine Gemeindepräsidentin (siehe Tabelle 7). Mehrheitlich absolvierten die Frauen etwas weniger als zwei Amtsperioden, nachdem sie ins höchste Gemeindeamt gewählt wurden. Bei den Männern liegt dieser Wert knapp über zwei.

Tabelle 7: Chronologie der Gemeindepräsidentinnen von 1972 bis 2012

Gemeinde	Präsidentin	Partei	Amtsperioden
Frenkendorf	Vreni Martin	—	1976, 1980
Arisdorf	Madeleine Häring	—	1988, 1992, 1996
Binningen	Pia Glaser	SP	1992, 1996
	Bea Fünfschilling	FDP	2000
Allschwil	Ruth Greiner	SP	1992, 1996, 2000
Reinach	Eva Rüetschi	SP	1992, 1996, 2000
Hölstein	Anita Schweizer	SVP	1992, 1996, 2000, 2004, 2008
	Monica Gschwind	FDP	2012
Nusshof	Ursula Handschuch	—	1996
Diegten	Myrta Stohler	SVP	1996, 2000, 2004, 2008
Röschenz	Veronika Karrer	CVP	2000
Bottmingen	Anne Merkofer	ÜWBo	2000, 2004, 2008, 2012
Ettingen	Käthy Zwicky	CVP	2000, 2004
	Silvia Wetzol	FFO	2008
Läufelfingen	Margrit Balscheit	—	2000, 2004
Aesch	Marianne Hollinger	FDP	2004, 2008, 2012
Bretzwil	Monika Alispach	—	2004
Brislach	Doris Scheunemann	FDP	2004, 2008, 2012
Giebenach	Katharina Thommen	—	2004, 2008, 2012
Hersberg	Anna Kümin	—	2004
	Tanja Kalt	—	2008
Laufen	Brigitte Bos	CVP	2004, 2008
Liesberg	Ursula Brem	CVP	2004, 2008, 2012
Liestal	Regula Gysin	FDP	2004, 2008
Pfeffingen	Maya Greuter	—	2004, 2008, 2012
Sissach	Petra Schmidt	FDP	2004, 2008
Zunzgen	Ruth Sprunger	Freie Wähler	2004, 2008
Dittingen	Verena Giger	—	2008
	Regina Weibel		2012
Eptingen	Renate Rothacher	—	2008, 2012
Gelterkinden	Christine Mangold	FDP	2008, 2012
Känerkinden	Christine Bürgin	—	2008, 2012
Kilchberg	Myriam Wyprächtiger	—	2008, 2012
Liedertswil	Sonja Gschwind	SP	2008, 2012
Oberwil	Lotti Stokar	Neue Liste Oberwil, Grüne	2008, 2012
Rünenberg	Astrid Buser	—	2008, 2012
Nenzlingen	Therese Conrad	—	2012
Ormalingen	Vreni Schürmann-Itin	—	2012
Ramlinsburg	Christine Massafara	—	2012
Waldenburg	Andrea Kaufmann-Werthmüller	FDP	2012
Wittinsburg	Regula Blochwitz	—	2012
Ziefen	Christine Brander	—	2012
37 Gemeinden	42 Gemeinde- präsidentinnen	22 partei- gebunden	durchschnittlich 1,98 Amts- perioden

Quelle: Fuchs 2008, aktualisiert nach Datenbank Politisches Personal BL

4.2 Die Einwohnerräte

Die Einwohnerräte sind die legislativen Organe der fünf grössten Gemeinden des Kantons Baselland. Die Parlamente haben jeweils 40 Sitze, welche nach dem Proporzsystem vergeben werden. Die Wahllisten setzen sich nach den nationalen Parteien zusammen. In einigen Fällen schliessen sich Parteien mit geringerem Stimmenanteil in einer Listenverbindung zusammen. Im Jahr 2012 war die einzige antretende Lokalpartei die Unabhängige Pratteln. Die Einwohnerräte sind insofern ein interessantes Organ für diese Untersuchung, als sie einen guten Einstieg in die Politik bieten.

Im Jahr 1980 publizierte Rudolf Burger seine Untersuchungen zu Einwohnerräten in den Kantonen Basel-Landschaft und Aargau. In Bezug auf die Vertretung von Frauen kommt er dabei zu folgendem Schluss: *«Die Repräsentativität ihrer Wahlvorschläge glauben die meisten Parteien bereits gewährleistet, wenn nebst Vertretern aus allen sozialen Schichten auch Frauen und Jugendliche die Liste zieren. Vielfach gibt man sich aber bereits mit einer Frau oder einem Jugendlichen zufrieden, Kandidaten aus diesen Gruppen haben mitunter eindeutige Alibi-Funktionen zu erfüllen.»* (Burger 1980: 347).

Von solchen Verhältnissen, wie sie Burger festhielt, kann heute glücklicherweise nicht mehr die Rede sein. Frauen spielen seit geraumer Zeit eine wichtige Rolle in den Baselbieter Einwohnerräten. Dennoch gilt auch hier, dass Frauen nach wie vor untervertreten sind.

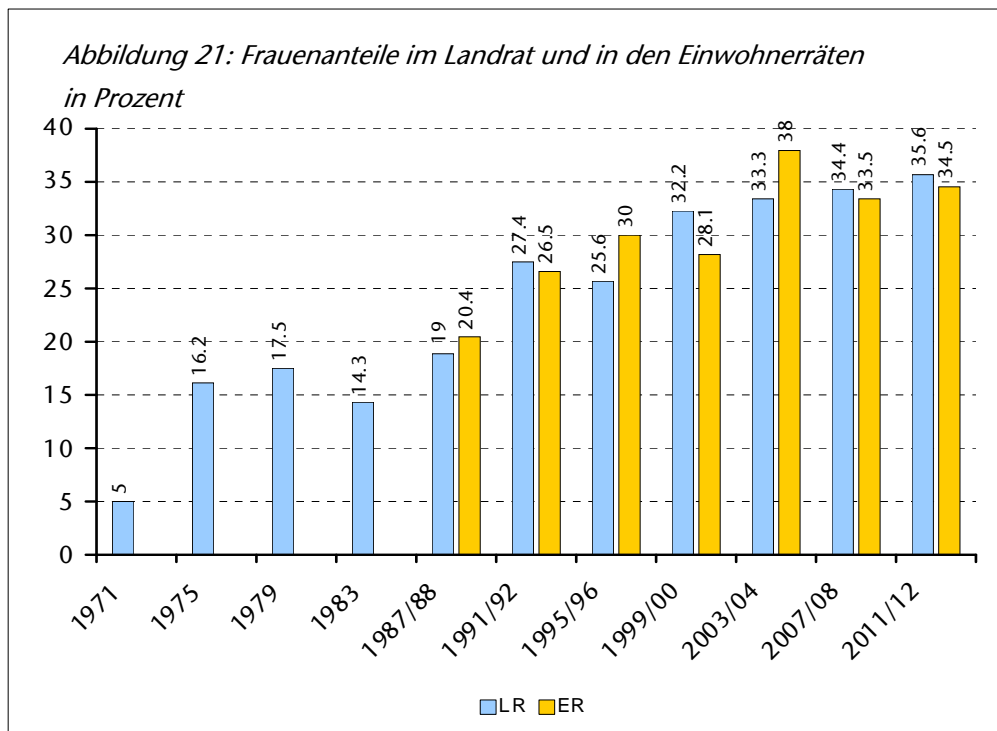
Tabelle 8: Frauenanteile in den Einwohnerräten von 1988 bis 2012

Gemeinde	1988	1992	1996	2000	2004	2008	2012
Allschwil	15%	22,5%	22,5%	27,5%	35%	32,5%	32,5%
Binningen	27,5%	40%	37,5%	27,5%	37,5%	35%	40%
Birsfelden	17,5%	—	—	—	—	—	—
Liestal	20%	20%	32,5%	30%	45%	35%	32,5%
Pratteln	22,5%	17,5%	17,5%	keine Daten	32,5%	25%	25%
Reinach	20%	32,5%	40%	27,5%	37,5%	40%	42,5%
Durchschnitt	20,4%	26,5%	30%	28,1%	38%	33,5%	34,5%

Quelle: Fuchs 2008, aktualisiert mit Angaben der Landeskantlei

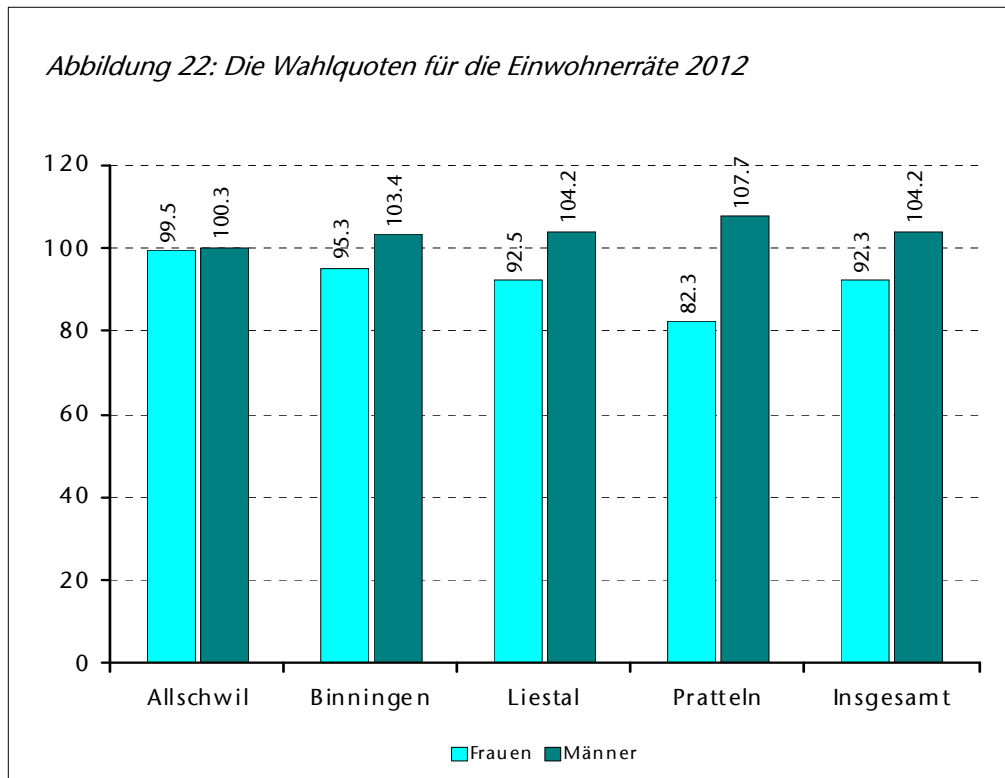
Die in Tabelle 8 dargestellten Frauenanteile zeigen die Entwicklungen seit 1988. Diese können sich zwischen den Gemeinden relativ stark unterscheiden. Während in Reinach im Jahr 2012 mit 42,5% beinahe von einer paritätischen Vertretung gesprochen werden kann, ist in Pratteln nur ein Viertel der Sitze mit Frauen besetzt. Interessant ist hier, dass die Lokalpartei Unabhängige Pratteln mit sieben Sitzen die drittstärkste Kraft in der Gemeinde ist, jedoch ausschliesslich durch Männer vertreten wird.

Im Vergleich zum Landrat sind die Entwicklungen in den Einwohnerräten unsteeter. Zwischen den Jahren 2000 und 2008 entwickelten sich die Anteile beispielsweise von 28,1% auf 38% und fielen dann wieder auf 33,5% zurück. Für fundierte Erklärungen dieser Tendenzen wären detaillierte Untersuchungen nötig. So könnten beispielsweise qualitative Interviews mit Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten wichtige Informationen zu den Rekrutierungs- und Nominationsmechanismen in den einzelnen Gemeinden liefern. Als Hypothese könnte beispielsweise formuliert werden, dass sich die Frauenanteile da positiv entwickeln, wo die Parteien eine bewusste Strategie zur Rekrutierung von Frauen anwenden.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Für die vier in Abbildung 22 dargestellten Einwohnerräte kandidieren verhältnismässig mehr Frauen, als schlussendlich gewählt werden. Dies zeigen die Wahlquoten, die für Frauen überall unter 100 liegen.¹⁶ In Pratteln, wo der Frauenanteil im Einwohnerrat mit 25% am tiefsten liegt, haben es die Frauen am schwersten, eine Kandidatur erfolgreich abzuschliessen. Beinahe ausgeglichene Wahlchancen haben Frauen und Männer in Allschwil, wo der Frauenanteil im Einwohnerrat bei 32,5% liegt.

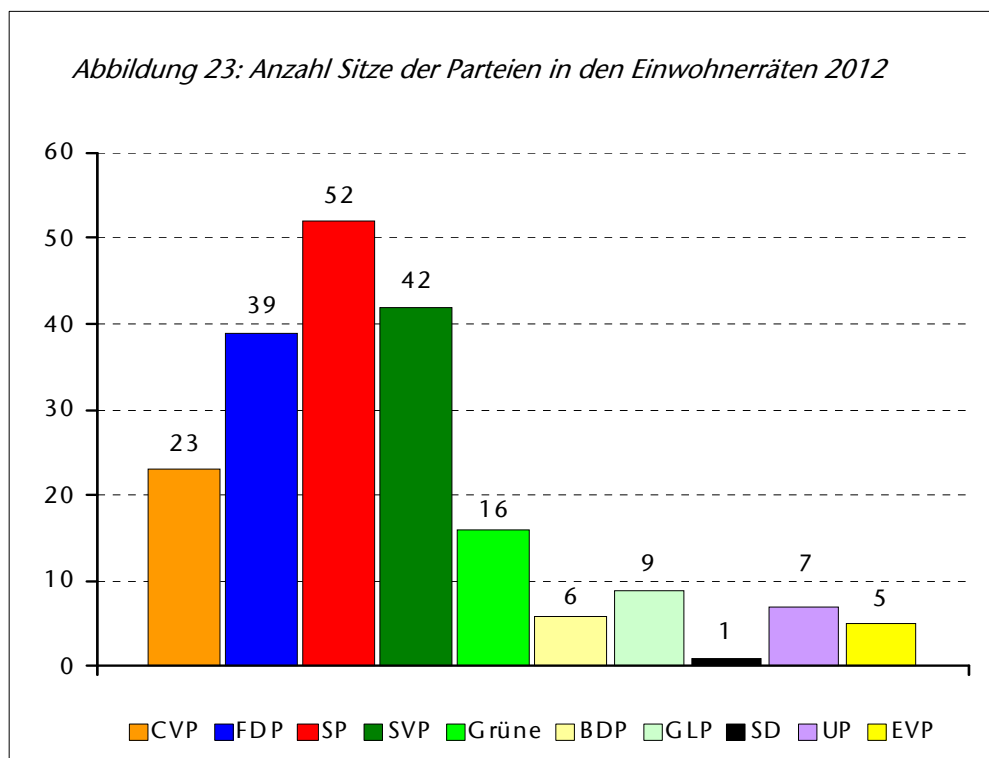


Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

¹⁶ Die Wahlquote für den Einwohnerrat in Reinach konnte leider nicht berechnet werden, weil die Gemeinde nur die Namen der Gewählten, nicht aber jene der Kandidatinnen und Kandidaten publiziert. Zur Definition der Wahlquote siehe Kapitel 2.1.2.

4.2.1 Parteien in den Einwohnerräten

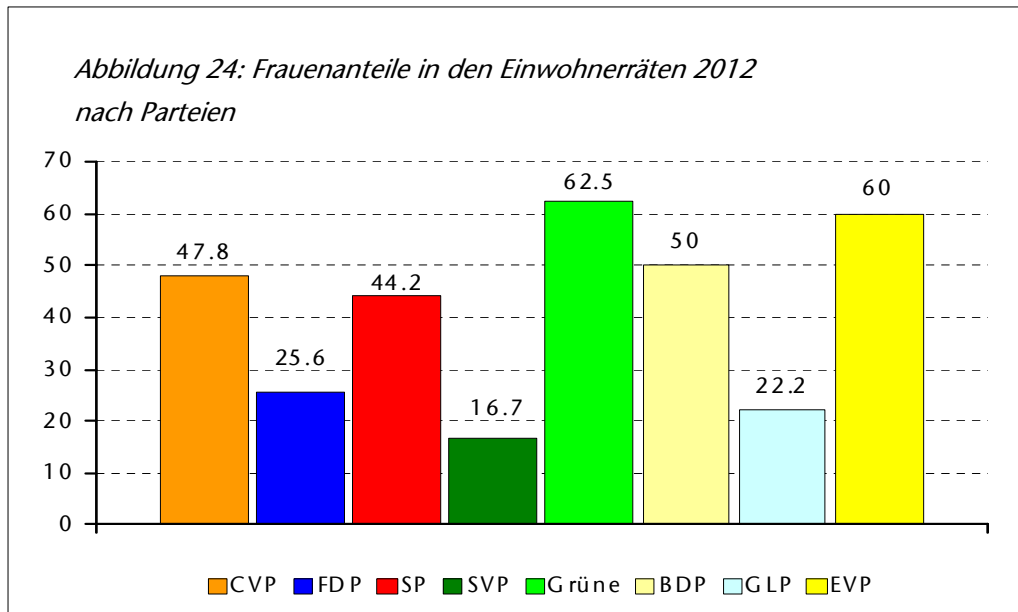
Wie oben erwähnt, wird in allen fünf Einwohnerräten nach dem Proporzsystem gewählt. Auf den Wahllisten sind sämtliche nationalen Parteien vertreten. Die einzige Lokalpartei ist die Unabhängige Pratteln (UP). Werden alle Einwohnerräte zusammengerechnet, ergibt sich folgende Sitzverteilung zwischen den Parteien: Die SP ist mit Abstand die stärkste Partei, gefolgt von der SVP und der FDP. Die neuen Parteien BDP und GLP konnten bei ihren ersten Wahlen sechs resp. neun Sitze gewinnen. Der im Vergleich zum Landrat höhere Stimmenanteil der SP ist damit zu erklären, dass die fünf Gemeinden mit Einwohnerräten die grössten des Kantons sind und bis auf Liestal alle im Unterbaselbiet liegen. Bekanntlich sind die linken Parteien in urbanen und semi-urbanen Gebieten stärker vertreten, als dies in eher ländlichen Teilen des Kantons der Fall ist.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

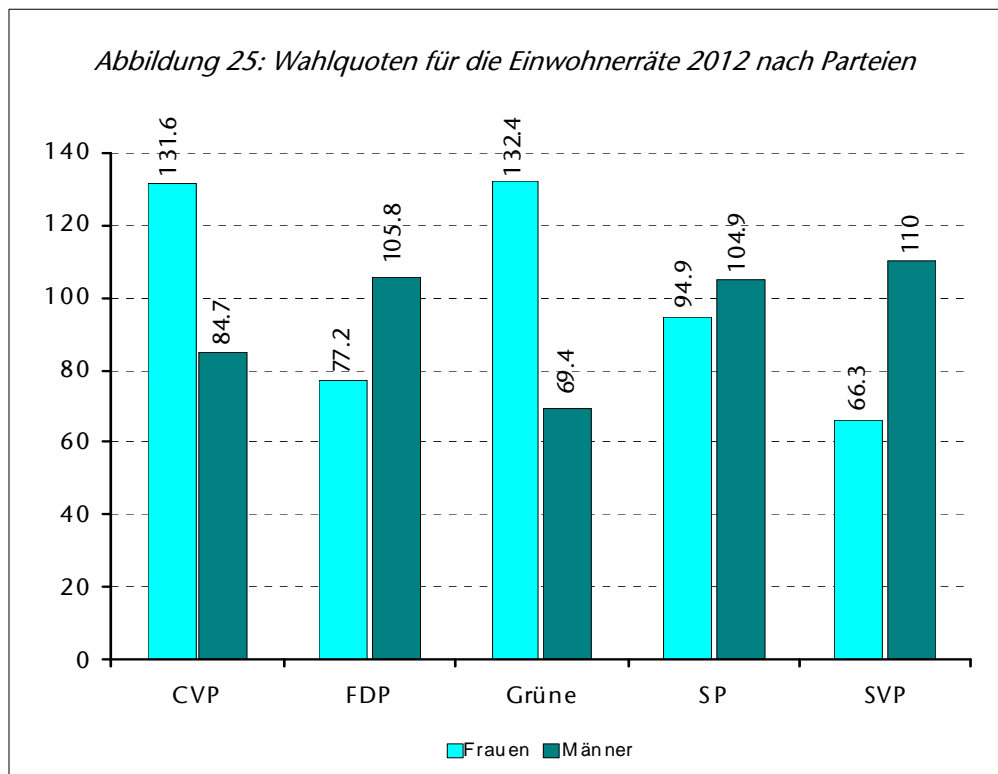
Wie in den anderen in dieser Studie untersuchten Gremien unterscheiden sich die Geschlechteranteile nach Partei beträchtlich. Die in Abbildung 24 dargestellten Frauenanteile reichen von 62,5% bei den Grünen bis hin zu 0% bei den Schweizer Demokraten und den Unabhängigen Pratteln. Die Unterschiede sind damit noch ausgeprägter als auf der Ebene des Landrats. Dass die beiden linken Parteien Grüne und SP relativ hohe Frauenanteile aufweisen und die rechten SVP und SD niedrige, deckt sich mit anderen Erkenntnissen. Interessant ist der grosse Unterschied zwischen den beiden Mitteparteien FDP und CVP: Während die CVP beinahe die Hälfte der gewonnenen Mandate mit Frauen besetzen konnte, liegt dieser Wert bei der FDP nur bei rund einem Viertel. Die BDP fällt durch ein paritätisches Geschlechterverhältnis auf. Dies ist insofern erstaunlich, als die BDP im Landrat einen sehr kleinen Frauenanteil aufweist. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass die BDP durchaus attraktiv für Frauen ist und dass auch eine entsprechende Parteipolitik betrieben wird, dass aber bei den Wahlen für den Landrat noch zu wenige qualifizierte Frauen kandidierten. Die Zahlen aus den Einwohnerräten wecken jedenfalls die Hoffnung, dass

die BDP künftig auch im Landrat mit einer ausgeglicheneren Delegation vertreten sein wird. Die zweite neue Partei, die GLP, weist hingegen sowohl im Landrat wie auch in den Einwohnerräten einen tiefen Frauenanteil auf.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

Ausgesprochen hohe Wahlquoten für Frauen weisen die Grünen und die CVP aus; die tiefsten die SVP und die FDP. Bei der SP haben es die Frauen auch verhältnismässig schwerer, gewählt zu werden, als die Männer, wobei der Unterschied nicht sehr ausgeprägt ist.



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

5 **Erklärungsansätze zur anhaltenden politischen Unterrepräsentation von Frauen**

Nachdem in den vorangehenden Kapiteln die vorhandenen Daten umfassend ausgewertet wurden, soll es nun darum gehen, diese zu interpretieren. Von zentralem Interesse ist dabei, nach Gründen für die nach wie vor starke Untervertretung von Frauen in den verschiedenen politischen Ämtern zu suchen. In einem ersten Schritt sollen hier die in der Forschung erarbeiteten Erklärungsmöglichkeiten aufgearbeitet werden. Dies geschieht auf zwei Ebenen: Auf der ersten werden die drei zentralen Faktorenbündel ausgeführt, wie sie in verschiedenen politikwissenschaftlichen Publikationen herausgearbeitet wurden. In einem zweiten Schritt soll der Fokus speziell auf den Zugang zur Politik gerichtet werden. Dieser Schritt ist aus folgendem Grund wichtig: In den vorhergehenden Kapiteln zeigte sich, dass die Wahlquoten von Frauen in den meisten Fällen, vor allem auf den höheren Staatsebenen, gleich gut oder besser als diejenigen der Männer sind. Insofern muss besonders in den Bereichen der Mobilisation und Nomination nach Gründen für die Untervertretung gesucht werden.

Die zwei hier vorgeschlagenen Ebenen sind in sich verschränkt. Die drei zentralen Faktorenbündel politischer Partizipation entfalten freilich auch im Zugang zur Politik ihre Wirkung. Dennoch ist es wichtig, diese zweite Ebene einzuführen. Während die traditionellen politikwissenschaftlichen Forschungen Repräsentation als logische Konsequenz von institutionellen, sozioökonomischen und kulturellen Strukturen sehen, bietet der Blick auf die individuellen Zugangschancen eine Erweiterung der Perspektive. So werden Menschen nicht als Spielbälle der strukturellen Gegebenheiten verstanden, sondern als aktiv handelnde Subjekte innerhalb der bestehenden strukturellen Möglichkeiten.

5.1 **Die drei zentralen Faktorenbündel**

Zur Erklärung der politischen Partizipation von Frauen dominieren in der politikwissenschaftlichen Forschung drei Ansätze: politisch-institutionelle, sozialstrukturelle und politisch-kulturelle Erklärungsmodelle. Diese Ansätze sind aber nicht als Alternativen zu verstehen, sondern als Faktoren, die sich gegenseitig beeinflussen. Zu Recht sprechen Gesine Fuchs und Beate Hoecker deshalb vom «magischen Dreieck zur Erklärung der politischen Beteiligung» (Fuchs 2008: 15; Hoecker/Fuchs 2004: 3). Yvan Rielle hat in seiner Lizentiatsarbeit einen umfassenden Forschungsüberblick über die Argumente und Thesen dieser drei Erklärungsmodelle erarbeitet (Rielle 2005). Fuchs (2008: 15–21) leistet zudem eine Einordnung dieser Faktoren in den Kontext des Kantons Baselland. Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit diesen Erklärungsmodellen sei auf diese beiden Studien verwiesen. Nachfolgend werden die im Hinblick auf unsere Fragestellung wichtigsten Punkte zusammengefasst.

5.1.1 Politisch-institutionelle Faktoren

Die politisch-institutionellen Erklärungsansätze betonen den Einfluss der politischen Rahmenbedingungen auf die Repräsentation. In zahlreichen empirischen Studien wurden verschiedene politisch-institutionelle Einflüsse auf die numerische Präsenz von Frauen in Parlamenten ausgemacht. Fördernd können sich demnach ein striktes Proporzwahlssystem, grosse Wahlkreise mit einer grossen Anzahl zu vergebender Sitze, ein hoher WählerInnenanteil linker Parteien in einem stark fragmentierten Parteiensystem und eine frühe Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts auswirken. Die zu diesen Ergebnissen kommenden Studien vergleichen in der Regel Parlamente auf nationaler Ebene (Rielle 2005: 70–73). In seiner neuen Studie zur politischen Repräsentation von Frauen in Deutschland misst Raphael Magin diesen Erklärungsansätzen die grösste Bedeutung zu. Eine Besonderheit im Kontext Deutschlands sind die unterschiedlichen freiwilligen Frauenquoten in Parteien. Den Einfluss dieser ordnet Magin auch den politisch-institutionellen Ansätzen zu. Seine empirischen Daten scheinen klar zu belegen, dass diese Quoten den einzigen Erklärungsansatz darstellen, der auf allen politischen Ebenen signifikant zum Tragen kommt (Magin 2011: 196).

Die meisten Faktoren, die in dieser Kategorie genannt werden, haben eher eine verstärkende als eine ursächliche Wirkung. So benachteiligen ein Majorzsystem oder kleine Wahlkreise Frauen nicht per se. Vielmehr fördern sie den status quo, was sich in Anbetracht der hohen Männeranteile in der Politik und der relativ kurzen Zeit seit der Einführung des Frauenwahlrechts natürlich gegen eine angemessene Vertretung von Frauen in politischen Ämtern auswirkt. Dasselbe gilt für ein stark fragmentiertes Parteiensystem, welches allgemein die Vielfalt begünstigt. Stehen sich viele Parteien gegenüber, dann stehen diese in einem stärkeren Wettbewerb, als dies zum Beispiel in einem dualen Parteiensystem der Fall ist. Einige Autoren gehen davon aus, dass dies die verstärkte Nomination von Frauen vorantreibt, da sich Parteien dadurch von anderen abgrenzen und gezielt Wählerinnen ansprechen können. Andere Parteien wiederum sehen sich dann im Wettbewerb gezwungen, mitzuziehen und auch Frauen zu nominieren (Ladner 2003: 10; Magin 2011: 130; Rielle 2005: 49). Dies gilt auch für die Anzahl von Sitzen, die zu vergeben sind. Kandidieren viele Personen für viele Ämter, neigen die Parteien dazu, den Wählenden eine ausgeglichene Liste zu unterbreiten. In der Fachliteratur wird dies als «Ticket Balancing» bezeichnet (Plüss/Rusch 2012: 60).

Die Stärke linker Parteien ist in der Schweiz ein klares Indiz für höhere Frauenanteile in der Politik. Auch die Daten in dieser Studie belegen dies, zumal die SP und die Grünen auf allen verglichenen Ebenen die grösste Anzahl an Politikerinnen stellen. Dies kann verschiedene Ursachen haben: Erstens muss festgehalten werden, dass rechte, wertkonservative Parteien ein eher traditionelles Geschlechterverhältnis vertreten. Daher wird Politik tendenziell als Männerfeld verstanden (vgl. Kapitel 5.2.1). Zweitens hat sich die Frauenbewegung der siebziger Jahre in den Ausläufen der 68er-Bewegung entwickelt. Die Aktivistinnen und Aktivistinnen dieser Zeit waren klar dem linken Politikspektrum zuzuordnen. Nach dem Abflauen der Bewegung begannen sich zahlreiche Bewegte, in linken politischen Parteien zu organisieren. Dazu gehörten auch viele Frauen. Es kann daher angenommen werden, dass diese Parteien dadurch einen höheren Frauenanteil haben und eine konsequentere innerparteiliche Frauenförderung betreiben. Drittens kann der Frage nachgegangen werden, inwiefern Frauen überhaupt zu linken Ansichten neigen. Hans Geser geht so weit zu

sagen, dass Frauen sogar in rechten Parteien linkere Positionen vertreten als Männer. *«Während der Einfluss der Frauen in sozialdemokratischen und grünen Parteien zur Verstärkung linksextremistischer Tendenzen beitragen mag, scheint er in der SVP und anderen rechtsbürgerlichen Gruppierungen eher eine Abschwächung extrem rechter Positionen zu bewirken [...]»* (Geser 2009: 21). Das Problem an der Studie Gesers ist, dass er diese Tendenzen als naturgegeben hinnimmt. So sollte es nicht darum gehen, Unterschiede zwischen Frauen und Männern zu betonen, sondern nach Gründen für die grössere Attraktivität linker Positionen bei Frauen zu suchen.

5.1.2 Sozialstrukturelle und ökonomische Faktoren

Die sozialstrukturellen und ökonomischen Faktoren weisen auf die Wirkung der sozialen Rahmenbedingungen hin. Da sich Politikerinnen und Politiker in der Regel aus bestimmten gesellschaftlichen Kreisen – vornehmlich aus den Bildungs- und Wirtschaftseliten – rekrutieren, sind die Sozialstrukturen potentiell dafür verantwortlich, wer gewählt wird und wer sich überhaupt für Politik interessiert. Das Standardmodell politischer Partizipation geht davon aus, dass ein politisches Engagement einer Person von deren Ausstattung mit Ressourcen abhängig ist. Als Ressourcen können beispielsweise Bildung, Beruf, soziale Netzwerke, Selbstvertrauen, Zeit oder Geld gelten. Die Ressourcenausstattung begründet gemäss diesem Modell erstens das grundsätzliche Interesse an Politik. Das heisst, dass Ressourcen für die Entwicklung einer politischen Einstellung notwendig sind. Zweitens werden die individuellen Ressourcen zur Lancierung einer politischen Karriere und zum Bestehen in einem politischen Amt benötigt (Magin 2011: 131). In der feministischen Forschung wurde dieses Modell stark kritisiert, zumal es *«Geschlecht nicht als Strukturkategorie fasst und das Problem der Unterrepräsentation auf individuelle Merkmale verengt.»* (Fuchs 2008: 16). Um den potentiellen Einfluss dieser Faktoren auf die Frauenanteile in politischen Gremien zu untersuchen, gilt es herauszufinden, ob und inwiefern Frauen mit geringeren oder anderen Ressourcen ausgestattet sind als Männer und welche Einflüsse dies auf die Repräsentation hat. Rielle zufolge ist aber eine effektive Messung dieser Einflüsse durch die Methoden der Statistik aufgrund der Datenlage in der Schweiz schwierig (Rielle 2005: 73ff.). Die erzielten Resultate fallen teilweise auch widersprüchlich aus. Es ist zum Beispiel durchaus zu beobachten, dass ein Gebiet mit einer hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen einen geringen Frauenanteil in den politischen Gremien aufweist (Fuchs 2008: 16ff.). Elisabeth Bühler erfasste für den Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz die Gleichstellung von Frau und Mann in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und stellte regionale Vergleiche an. Dabei kommt sie zum Schluss, dass Werte in einem Bereich nicht unbedingt mit denjenigen in einem anderen Bereich zusammenhängen müssen. *«Höhere Frauenanteile in wirtschaftlichen Führungspositionen sind beispielsweise nicht automatisch und in allen Regionen mit einer höheren Repräsentation der Frauen in politischen Behörden gekoppelt, denn die gesellschaftlichen Prozesse, welche diese Geschlechterverhältnisse bewirken, sind komplex und teilweise widersprüchlich.»* (Bühler 2001: 9).

Trotz der hohen Komplexität und der berechtigten Kritik ist eine Berücksichtigung sozialstruktureller und ökonomischer Faktoren wichtig. Zwar ist es nicht einfach, diese statistisch nachzuweisen, dennoch muss davon ausgegangen werden, dass Politik auch eine Frage der Ressourcen ist und dass die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen die politische Partizipation massgeblich beeinflussen. Die Be-

tonung muss dabei eher auf die Zugangschancen und nicht auf das Interesse gelegt werden. Es ist eine zu grosse Verallgemeinerung zu behaupten, dass sich Frauen aufgrund mangelnder Ressourcen weniger für Politik interessieren würden. In einer Studie beispielsweise, die das politische Interesse von Frauen im Kanton Graubünden mittels Fragebogen ermittelte, kommen die Autorinnen zum Schluss, dass diese sehr wohl ein starkes politisches Interesse haben (Hofmann-Conrad 2004: 159).¹⁷ Damit dieses jedoch geäußert werden kann, sind Ressourcen nötig, die für Frauen und Männer unterschiedlich sein können.

5.1.3 Kulturelle Faktoren

Der dritte Erklärungsansatz betont die kulturellen Faktoren. Der Kulturbegriff kennt zahlreiche verschiedene Definitionen, weshalb es nicht einfach ist, die kulturellen Faktoren systematisch und abschliessend zu benennen.¹⁸ Für diese Arbeit wird von einem Konzept der Geschlechterkulturen ausgegangen. Geschlechterkultur meint hier die in einer Gruppe dominierenden Normen, Werte und Leitbilder zum Verhältnis der Geschlechter (Rielle 2005: 58). In Bezug auf die Politik heisst dies, dass in einem traditionellen Verständnis Politik als eine männliche Sphäre aufgefasst wird, in welcher Frauen höchstens als Aussenseiterinnen etwas zu suchen haben. Rielle spricht sich klar dafür aus, dass die kulturellen Faktoren die zentralen sind und die anderen beiden Faktorenbündel überwiegen: *«Überlegungen aus der Geschlechterforschung legen allerdings nahe, dass weniger solche Institutionen und Strukturen den Frauen den Zutritt zur Politik erschweren als vielmehr die männliche Prägung des Politischen an sich.»* (Rielle 2010: 5).

Rielle wählt in seiner Studie das Vorgehen, die politische Geschlechterkultur anhand von Abstimmungsergebnissen zu geschlechterpolitischen Vorlagen zu messen und mit den Frauenanteilen in politischen Gremien zu vergleichen (Rielle 2005: 77ff.). Seine Resultate weisen eine eindeutige Korrelation zwischen den kantonalen Abstimmungsergebnissen zu gleichstellungsrelevanten Vorlagen und der Repräsentation in den Kantonsparlamenten auf. Was die von Rielle gewählte Methode nicht zu erklären vermag, ist, wie eine Geschlechterkultur zustande kommt und wovon sie abhängt. Um Massnahmen zu ergreifen und die Partizipation von Frauen richtig zu verstehen, wäre dies jedoch von grosser Wichtigkeit.

Weitere kulturelle Faktoren, die in verschiedenen Studien untersucht werden, sind die Religion (Konfessionszugehörigkeit), der Urbanisierungsgrad und der Stellenwert der Ehe (Magin 2011: 137ff.; Rielle 2005: 77ff.). Bei all diesen Faktoren werden weniger eindeutige Resultate erzielt als mit dem Faktor der Abstimmungsergebnisse.

Gemeinsam ist diesen Faktoren, dass sie zwar statistisch als Erklärung für Frauenanteile in politischen Gremien herangezogen werden können, aber keinen Blick auf die Entstehung und Entwicklung einer Geschlechterkultur ermöglichen. Mit anderen Worten: Es scheint gut nachvollziehbar, dass an einem Ort, wo gleichstellungspolitische Vorlagen gute Abstimmungsergebnisse erzielen, tendenziell höhere Frauenanteile in den politischen Gremien vorhanden sind. Es wäre aber wünschenswert, Konzepte

¹⁷ In diesem Zusammenhang könnte der Frage nachgegangen werden, inwiefern die politischen Interessen von Frauen und Männern unterschiedlich gelagert sind und wie sich dies auf die politische Repräsentation auswirkt. Dies ist jedoch im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich.

¹⁸ Ein kurzer Abriss über die verschiedenen Kulturbegriffe findet sich bei Reckwitz (2004: 7).

zu finden, die einen Schritt weiter gehen. Die zu beantwortende Frage müsste lauten: Wie entsteht eine Geschlechterkultur und wie kann diese beeinflusst werden?

5.2 *Der Zugang zu einem politischen Amt*

Regula Stämpfli bezeichnet in ihrer Studie «Schweizer Politik, weiss auf schwarz» den Weg von Frauen in politische Ämter sinnbildlich als «Hürdenlauf im Rock». Dabei benennt sie drei Hürden, die sich Frauen in den Weg stellten: Die Mobilisation, die Nomination und die Wahl (Stämpfli 2011: 17). Eine zentrale Feststellung der Auswertungen in dieser Studie ist, dass Frauen mittlerweile auf den meisten Ebenen im Kanton Baselland gute Wahlchancen haben. Dementsprechend scheint das hiesige Repräsentationsproblem nicht aufgrund der dritten Hürde zu entstehen, sondern im Zugang zur Politik, bei den Hürden Mobilisation und Nomination. Insofern sollen in diesem Kapitel die Mobilisations- und Nominationsvorgänge genauer beleuchtet werden. Diese beruhen freilich auf den strukturellen Faktoren, die im vorangehenden Abschnitt dargelegt sind. Hier soll der Blick aber verstärkt auf die Individuen gerichtet werden, welche innerhalb dieser Strukturen ihre persönlichen Weltbilder und Identitäten gestalten und Entscheidungen treffen. Die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Lebensentwürfe von Männern und Frauen sind der Ausgangspunkt. Dabei sollen Unterschiede nicht als naturgegeben verstanden werden. Stattdessen gilt es, Geschlecht als gesellschaftlich ordnendes Prinzip zu verstehen, welches das Leben von Frauen und Männern von Geburt an strukturiert und beeinflusst.

5.2.1 *Geschlechterbilder und Stereotype in Gesellschaft und Politik*

Die vorherrschenden Geschlechterbilder und Stereotype sind in Bezug auf die Mobilisierung von Frauen für politische Ämter von grundlegender Bedeutung. Obwohl sich diese fortwährend verändern, bleibt eine zentrale Zuordnung in vielen Gesellschaftssegmenten bestehen: Der Mann bewegt sich vornehmlich in der Berufswelt und der Öffentlichkeit, die Frau konzentriert sich im Zweifelsfall auf die Familien- und Hausarbeit. Dementsprechend wird, gerade in bürgerlich konservativen Kreisen, Politik als männliche Sphäre definiert, in welcher Frauen – teilweise durchaus erwünschte – Aussenseiterinnen sind. Die CVP Luzern wird beispielsweise in der Studie von Stämpfli folgendermassen zitiert: «*Innerhalb der CVP Luzern beobachten wir, dass die Zahl der politisierenden Frauen eher am Ab- als am Zunehmen ist. Persönlich führe ich dies darauf zurück, dass Personen, welche sich in unserer Partei beheimatet fühlen, eher die traditionelle Rollenteilung in der Familie leben.*» (Stämpfli 2011: 28). Freilich gilt dieses Bild bei weitem nicht für alle. Gerade die linken Parteien fallen seit längerer Zeit durch eine aktive interne Gleichstellungsarbeit und hohe Frauenanteile auf. Dennoch ist anzunehmen, dass diese Rollenbilder einen merkba- ren Einfluss auf die Entscheidung haben, ob sich jemand in der Politik engagiert. Es wäre nötig, mittels qualitativer Untersuchungen mehr über diese Rollenbilder und Stereotype herauszufinden.

Mit Zahlen belegbar ist die gelebte Arbeitsteilung im Kanton Baselland.¹⁹ Dabei fällt auf, dass sich Frauen immer stärker, aber nach wie vor mit Klein- und Kleinstpensen an der Erwerbsarbeit beteiligen und auch Männer vermehrt Familienpflichten übernehmen. Die Daten des Statistischen Amtes belegen zudem klar, dass der Grossteil der Familien- und Hausarbeit nach wie vor von Frauen geleistet wird und Männer grösstenteils für das Haupteinkommen einer Familie verantwortlich sind.

Genau wie im Job scheint es für viele Frauen schwierig, eine politische Aktivität mit ihrer Arbeit in der Familie zu vereinbaren. Dieser Faktor potenziert sich noch dadurch, dass auch für eine Frau in den meisten Fällen ausgesprochene berufliche Kompetenzen für ein politisches Amt notwendig sind. Überspitzt ausgedrückt, muss eine Frau daher in einer qualifizierten Position arbeiten und die Haus- und Familienarbeit zuhause leisten, um dann zusätzlich noch politisch aktiv zu werden. Hoecker hielt diesen Punkt schon 1995 fest, indem sie schrieb: «*Obwohl sich die Lebensformen von Frauen und Männern pluralisiert haben, stehen Frauen doch immer noch stärker unter dem Druck der Vereinbarkeit von politischer Partizipation mit Erwerbsarbeit und Familien- bzw. Mutterpflichten als Männer.*» (Hoecker 1995: 34). Es kann davon ausgegangen werden, dass seit der Studie Hoeckers eine weitere Pluralisierung der Lebensmodelle stattgefunden hat. Und dennoch sind die Geschlechterunterschiede weiterhin virulent: Noch immer sind beispielsweise die Frauenanteile in Kaderpositionen sehr bescheiden.²⁰ Insofern scheint die Feststellung Hoeckers weiterhin Gültigkeit zu haben.

5.2.2 Motivation für ein politisches Amt

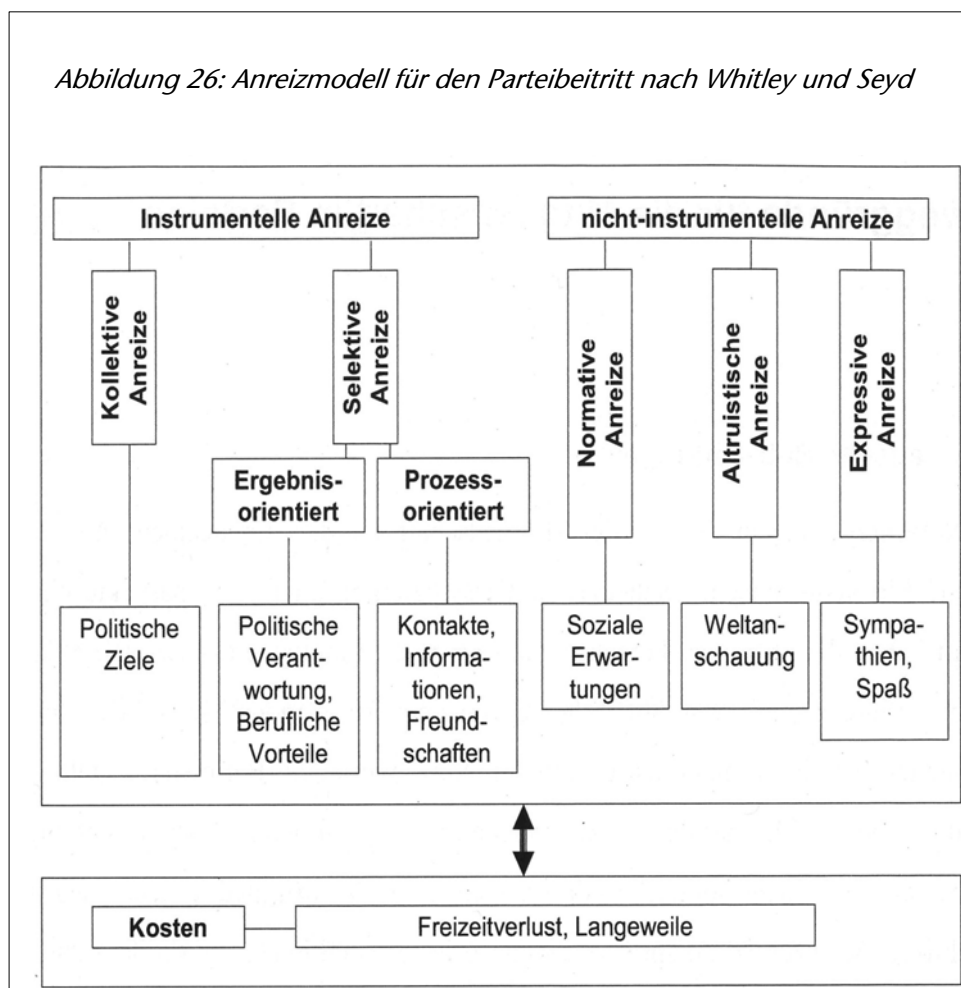
Eine interessante Studie aus Deutschland untersucht die Motivation von Bürgerinnen und Bürgern, in einer Partei aktiv zu werden (Heinrich et al. 2002). Aus einer Warte der rationalen Entscheidung heraus betrachtet, wird gefragt, warum sich Menschen in einer Partei engagieren. Den theoretischen Rahmen dazu liefert das allgemeine Anreizmodell (siehe Abb. 26) von Whitley und Seid (1994: 80ff.). Dieses Modell hat den Anspruch, alle Möglichkeiten abzubilden, die eine Person zu einem Parteibeitritt motivieren können. Obwohl diese Studie eine wichtige zusätzliche Perspektive auf die hier untersuchten Fragen aufzeigt, muss sie mit Vorsicht genossen werden, zumal der Rational-Choice-Ansatz in der Forschung umstritten ist. Die folgenden Ausführungen sollen daher nicht als abschliessende Betrachtungen verstanden werden, sondern vielmehr als Anhaltspunkte für weitere Betrachtungen.

Instrumentelle Anreize versprechen einen Nutzen, der sich durch die effektive Mitarbeit in der Partei ergeben kann. Diese sind kollektiv, wenn es sich dabei um die eigentlichen politischen Ziele der Partei handelt, und selektiv, wenn persönliche Anreize wie Karriere, berufliche Vorteile oder ein Informationsvorsprung im Vordergrund stehen. Ein Beispiel für einen instrumentellen kollektiven Anreiz ist demnach, wenn eine Person einer Partei beiträgt, um ein politisches Ziel zu verwirklichen. Aus einem selektiven Anreiz heraus würde die Person beispielsweise handeln, wenn sie sich aus der politischen Arbeit Kontakte erhofft, die sie in ihrer beruflichen Laufbahn weiterbringen. Nicht-instrumentelle Anreize begründen sich schon in der Parteimitgliedschaft an sich und kommen nicht erst durch die politische Arbeit zum Tragen. Hier

¹⁹ Siehe dazu die Zahlen auf <http://www.statistik.bl.ch/>, Stand: 12.12.2012.

²⁰ Siehe: Daten der Schweizerischen Arbeitskräfte Erhebung (SAKE) des Bundesamts für Statistik unter <http://www.bfs.admin.ch>.

wird zwischen normativen, altruistischen und expressiven Anreizen unterschieden. Personen, die einer Partei beitreten, weil es ihrer Weltanschauung entspricht, eine staatsbürgerliche Pflicht ist, sozial erwartet wird oder einfach Spass macht, handeln also zum Beispiel aufgrund von nicht-instrumentellen Motiven.



Quelle: Heinrich et al. 2002: 2

Die Studie kommt zum Schluss, dass in Deutschland parteiübergreifend kollektive instrumentelle Anreize und die nicht-instrumentellen Anreize dominieren. Leider findet in diesem Punkt keine Geschlechterdifferenzierung statt. In den Augen der Autoren ist erstaunlich, dass die selektiven Anreize kaum eine Rolle spielen, obwohl doch hier subjektiv der grösste Nutzen erzielt werden könnte. In Anbetracht der häufigen Nennung von kollektiven Anreizen weisen die Autoren darauf hin, dass ein Individuum durch seine persönliche Mitarbeit wenig Einfluss auf die tatsächliche Ausgestaltung von politischen Entscheidungen habe (Heinrich et al. 2002: 3–8). Im Bereich der kollektiven Anreize scheint daher die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht aufzugehen. Hier kann freilich die Frage gestellt werden, inwiefern die Interviewten offen zu ihren selektiven Anreizen stehen und nicht die parteipolitischen Zielsetzungen ihren eher verdeckten persönlichen Zielsetzungen vorlagerten. Rudolf Burger kam in seiner älteren Studie zum ähnlichen Befund, dass bei der Kandidatur für ein Amt nur selten persönlicher Ehrgeiz im Spiel sei. Auch Burger weist darauf hin, dass nicht überprüft werden kann, ob die Befragten in diesem Punkt ehrlich seien (Burger 1980: 348).

In Bezug auf die nicht-instrumentellen Anreize wird in der deutschen Studie folgendes Fazit gezogen: «Bei dieser Gruppe von Anreizen ist es unerheblich, ob der Ein-

zelne mit seiner Mitgliedschaft effektiv etwas für die Partei und deren politische Ziele erreichen kann. Der Bürger engagiert sich parteipolitisch, weil die Mitgliedschaft im Einklang steht mit seinen weltanschaulichen Vorstellungen, seiner Parteinähe oder aber eigenen bzw. gesellschaftlichen Werten und Normen.» (Heinrich et al. 2002: 3).

Wie auch an diesem Zitat zu erkennen ist, fehlt hier eine Geschlechterperspektive. Die grundsätzliche Erkenntnis, dass solche Anreize über die Parteigrenzen hinweg eine wichtige Rolle spielen, ist aber dennoch interessant. So stellt sich nämlich die Frage, ob Frauen im selben Masse wie Männer eine Parteimitgliedschaft mit persönlichen Werten und Normen oder weltanschaulichen Vorstellungen verbinden. Hier wären weitere Untersuchungen mit einem direkten Bezug zur Schweiz und zum Kanton Baselland nötig. Als Forschungshypothese könnte angenommen werden, dass weniger Frauen nicht-instrumentelle Anreize in einer Parteimitgliedschaft sehen und dass sie deshalb in vielen Parteien untervertreten sind. Weiter müsste danach gefragt werden, ob es weitere Anreize gibt, welche dieses Modell nicht abdeckt oder ob die Parteien durch eine aktive Strukturveränderung für Frauen attraktiver werden könnten.

In diesem Zusammenhang gilt es auch darauf hinzuweisen, dass die Bedeutung der Parteimitgliedschaft allgemein – also auch bei Männern – bei einem gleichzeitig wachsenden politischen Interesse abnimmt (Stämpfli 2011: 27). Viele Frauen und Männer engagieren sich heute ausserhalb der klassischen Parteipolitik (Linder 2006: 24).²¹ Die Frage nach der Attraktivität von Parteien stellt sich daher nicht nur aus einer Gleichstellungsperspektive, sondern in einem allgemeinen Zusammenhang von Demokratiesystem und Repräsentation.

5.2.3 BürgerInnenpflicht und Milizsystem

In einer sich individualisierenden Gesellschaft wird die politische Partizipation vermehrt als «individuelles Recht» und nicht als «staatsbürgerliche Pflicht» verstanden (Linder 2006: 23). Diese These wird durch eine relativ geringe Wahl- und Stimmbeteiligung in der Schweiz unterstützt. Auf der anderen Seite sind die demokratischen Volksrechte ein wichtiges Element des «typisch Schweizerischen». So werden beispielsweise das Milizsystem und die direkte Demokratie spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg zum nationalen Identitätsmerkmal hochstilisiert (vgl. Linder 2006: 19ff.). Neben der Politik gilt dies vor allem für die Armee. Mit der Rekrutenschule sollen junge Männer das Bewusstsein erhalten, «richtige Staatsbürger und Männer» zu werden, indem sie ihrem Land einen Dienst erweisen. Den Zusammenhang zwischen Wehrpflicht und Politik bringt Regula Stämpfli treffend auf den Punkt: «Schweizspezifisch ist auch die althergebrachte, äusserst männerzentrierte Tradition der direkten Demokratie. So bleibt der Zusammenhang zwischen Wehrpflicht und Stimmrecht in der Schweiz trotz Globalisierung, Google, Facebook und Co. identitätsstiftend und besonders stark.» (Stämpfli 2011: 18). Der Einfluss der Wehrpflicht geht möglicherweise über die von Stämpfli benannte Identitätsstiftung hinaus. So machen junge Männer im Rahmen ihrer Wehrpflicht – sei dies nun im Militär, im Zivildienst oder -dienst – die Erfahrung, als Staatsbürger einen Dienst an der Gesellschaft zu leisten. Aus dieser Erfahrung leitet sich wohl in manchen Fällen ein staats-

²¹ Für eine detaillierte Analyse der Entwicklungen in der Parteilandschaft der Schweiz siehe: Ladner 2006.

politisches Bewusstsein ab, welches die betroffenen Personen auch ihre politischen Rechte wahrnehmen lässt und ihre Partizipation im Milizsystem fördert. Da Frauen keine Dienstpflicht haben, kann hypothetisch angenommen werden, dass sie verhältnismässig weniger BürgerInnenpflicht-Erfahrungen machen und daher ein weniger starkes Interesse entwickeln, ihre politischen Rechte als Bürgerinnen wahrzunehmen.²²

Das soll nicht heissen, dass Frauen kein gesellschaftliches Engagement leisten würden. Dies geschieht jedoch vorwiegend in anderen Bereichen. Forschungen zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz zeigen beispielsweise auf, dass sich Frauen eher informell, Männer eher formell betätigen.²³ Es wären in jedem Fall weitere Untersuchungen nötig, um dem Zusammenhang zwischen subjektiven BürgerInnenpflichten und der politischen Partizipation detaillierter nachzugehen.

5.2.4 *Nominationsmechanismen*

Nachdem sich eine Frau dazu entschlossen hat, sich politisch zu engagieren und möglicherweise einer Partei beigetreten ist, gilt es eine zweite Hürde zu überspringen: Sie muss für ein Amt nominiert werden.

Eine interessante Studie, die genau auf solche Nominationsmechanismen fokussiert, verfassten Larissa Plüss und Marisa Rusch (2012). Die Autorinnen kommen in ihrer vergleichenden Studie von Schweizer Stadtparlamenten zum Schluss, dass die drei im vorangehenden Kapitel ausgeführten Erklärungsansätze nur bedingtes Erklärungspotential aufweisen und schlagen deshalb eine Betrachtung individueller Variablen vor (Plüss/Rusch 2012: 62).

Ihr Ansatz basiert auf dem Rekrutierungsmodell von Pippa Norris (Norris 1996: 67). Eine zentrale Funktion kommt in Norris' Modell dem sogenannten Gatekeeper zu. Dieser ist eine Art Vermittler zwischen dem Kandidierenden-Angebot und der tatsächlichen Kandidatur für ein politisches Amt. In der Regel wird die Funktion des «Gatekeepers» von altgedienten Parteimitgliedern oder wichtigen externen Akteuren übernommen.

Mit Blick auf die «Gatekeeper» stellen Plüss und Rusch zweierlei fest: Erstens neigt das System ohne expliziten äusseren Druck dazu, den status quo aufrechtzuerhalten. «Gatekeeper» sind meist Männer, welche – ohne ihnen dabei eine Absicht unterstellen zu wollen – sich bei ihren Entscheidungen an ihren persönlichen Erfahrungen und damit am vorherrschenden Normalbild des politischen Akteurs orientieren. Noch immer ist dieses Normalbild ein Mann mittleren Alters mit einem hohen Bildungsabschluss aus einer hohen sozio-professionellen Schicht (Plüss/Rusch 2012: 63). Daraus folgern Plüss und Rusch, dass eine Frau über überdurchschnittliche Voraussetzungen verfügen muss, um als potentielle Kandidatin auf dem Radar zu erscheinen.

Zweitens stellten die beiden Autorinnen mittels Interviews fest, dass Frauen öfter zu einer Wahl vorgeschlagen werden als ihre männlichen Kollegen, die sich häufiger

²² Eine interessante Vergleichsmöglichkeit könnte in diesem Zusammenhang das Engagement von Frauen in der Feuerwehr bieten. Im Gegensatz zur Militärdienstpflicht gilt die Feuerwehrdienstpflicht vielerorts auch für Frauen. Die Mehrzahl aller Frauen und Männer leisten ihre Pflicht jedoch in Form einer finanziellen Abgabe. Leider existieren keine Studien zur Präsenz von Frauen in der Feuerwehr. Es wäre beispielsweise interessant zu schauen, ob an Orten mit einer hohen Beteiligung Frauen auch verstärkt in der Politik verankert sind. Für theoretische Überlegungen zur Entstehung der Feuerwehrdienstpflicht von Frauen siehe: Kägi-Diener 1993: 129ff.

²³ Siehe dazu Schön-Bühlmann 2004: 27ff. und die Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamts für Statistik unter <http://www.bfs.admin.ch>.

selber zu einer Kandidatur entscheiden (Plüss/Rusch 2012: 65). Der Vorschlag, für ein Amt zu kandidieren, erfolgt in der Regel durch einen «Gatekeeper». Plüss und Rusch gehen davon aus, dass die Selbstnomination eines Mannes vom «Gatekeeper» besser akzeptiert wird und dass deshalb mehr Frauen darauf warten, dass sie zur Kandidatur vorgeschlagen werden (Plüss/Rusch 2012: 54ff.).

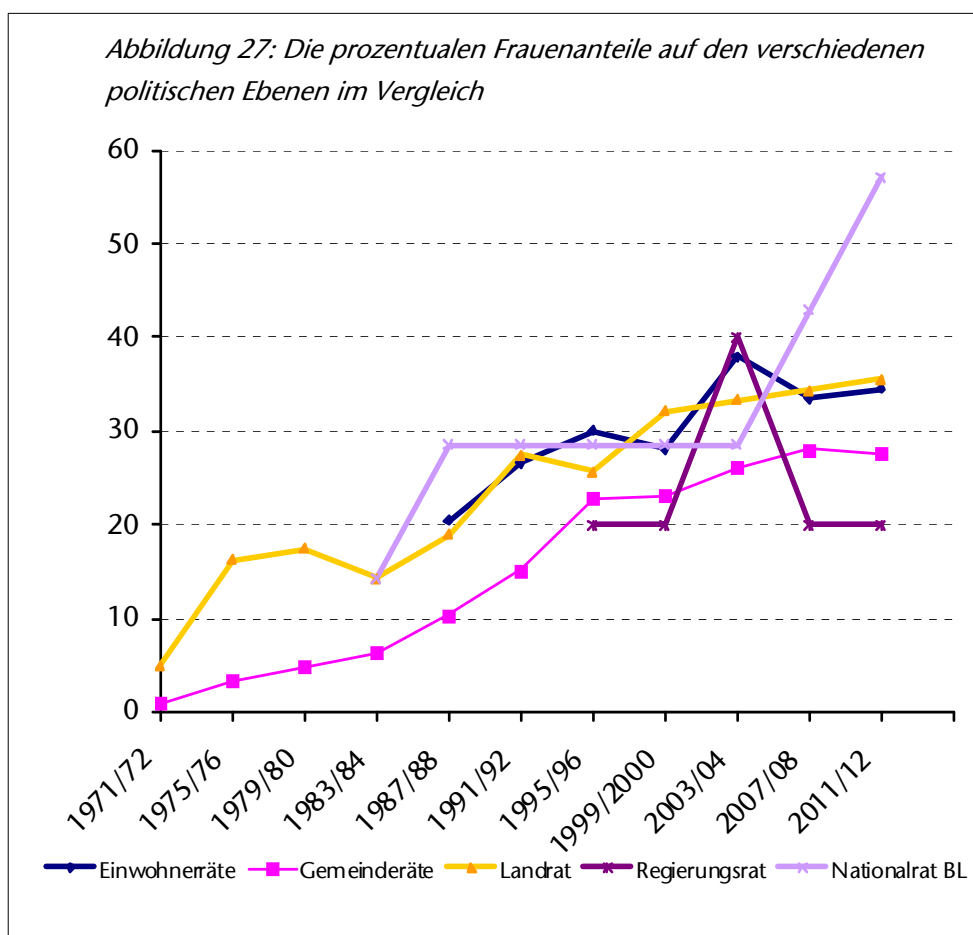
In diesem Zusammenhang gilt es, die Personennetzwerke in den Parteien zu untersuchen. Es könnte angenommen werden, dass Frauen in den Parteien eine Kandidatur weniger oft selbst vorschlagen, weil sie in geringerem Mass in die oft männerdominierten Netzwerke eingebunden sind und deshalb die Kommunikationsdistanzen höher sind. So scheint es plausibel, dass jemand, der mit dem «Gatekeeper» eng verbunden ist, seine Ambitionen schneller mitteilt als jemand, der über weniger enge Kontakte verfügt.

6 Die Ergebnisse im Vergleich

Wie ein Vergleich der oben dargestellten Auswertungen zeigen wird, sind die Unterschiede zwischen den einzelnen politischen Ebenen gross. Falls es möglich ist zu erklären, warum vier Frauen und drei Männer in den Nationalrat gewählt wurden, während im Regierungsrat eine Frau vier Männern gegenübersteht, lassen sich daraus möglicherweise Rückschlüsse auf die Funktionsweise von Repräsentationsmechanismen an sich ziehen. In einem weiteren Schritt wird ein Vergleich des Kantons Baselland mit anderen Kantonen angestrebt. Bei diesem Vergleich steht der Kanton Baselland seit Jahren gut da. In diesem Analyseteil wird daher nach Gründen gesucht, welche die politische Partizipation von Frauen im Kanton Baselland positiv beeinflussen. Durch eine genaue Benennung dieser Faktoren kann sich die Möglichkeit eröffnen, gezielte Massnahmen zu einer weiteren Stärkung der weiblichen Repräsentation zu definieren und zu verhindern, dass sich die Frauenanteile – wie dies in einigen anderen Kantonen der Fall war – rückläufig entwickeln.

6.1 Die Repräsentation auf den politischen Ebenen innerhalb des Kantons Baselland

Werden die Frauen- und Männeranteile auf den verschiedenen in dieser Arbeit dargestellten politischen Ebenen miteinander verglichen, ergibt sich folgendes Bild:



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbank Politisches Personal BL

6.1.1 Exekutiv- und Legislativämter

Auffälligstes Merkmal ist, dass Frauen in den beiden Exekutivgremien durchwegs wesentlich schlechter vertreten sind als in den Legislativen. Einzige Ausnahme war die Amtsperiode 2003 bis 2007, als zwei Frauen in den Regierungsrat gewählt wurden. Für die Erklärung dieses Unterschieds können politisch-institutionelle Erklärungsansätze und solche auf der individuellen Ebene ins Feld geführt werden.

Politisch-institutionell unterscheiden sich die Exekutiven in drei wesentlichen Punkten von den Legislativen: im Wahlsystem, in der Anzahl zu vergebender Sitze und in der Fragmentierung des Parteiensystems. Sowohl der Regierungsrat wie auch die Mehrzahl der Gemeinderäte (75 von 86) werden im Majorzsystem bestellt, während die Legislativen in einem Proporzverfahren gewählt werden. Wie in Kapitel 5.1.1 dargelegt, führt ein Majorzwahlsystem tendenziell zur Beibehaltung des status quo und ist dementsprechend nicht förderlich für die Erhöhung von Frauenanteilen. Dasselbe gilt für die Situation, wenn nur wenige Sitze zu vergeben sind. In Bezug auf das Parteiensystem ist die Fragmentierung ausschlaggebend, was natürlich auch mit der Anzahl zu vergebender Sitze zusammenhängt. Kandidieren viele Parteien für viele Sitze, steigen die Chancen, dass diese eine ausgeglichene Kandidatur als erfolgversprechend ansehen und dementsprechend auch verstärkt Frauen portieren.

In Bezug auf die Gemeinden geht Geser davon aus, dass die Bedeutung der Parteien in den Gemeinden allgemein abnimmt (Geser 2011: 46). Im Rahmen der hier durchgeführten Auswertungen kann für den Kanton Baselland nicht eindeutig beurteilt werden, ob die These Gesers zutrifft. Festgestellt werden kann aber, dass bei den Wahlen 2012 in 63 von 86 Gemeinden keine Parteiangaben auf den Listen der Gewählten zu finden sind. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass auf Gemeindeebene Parteiensysteme eine untergeordnete Rolle spielen. In einer Studie zum freiwilligen Engagement in Schweizer Gemeinden gelangen Richard Traunmüller et al. zur These, dass in Gemeinden mit einem hohen Autonomieempfinden die Bevölkerung stärker partizipiert (Traunmüller et al. 2012: 218). Es wäre zu prüfen, inwiefern sich diese Hypothese auch auf die Politik übertragen lässt und welche Auswirkungen dies auf die Geschlechter hat.

Bei der Wahl des Regierungsrats fällt auf, dass seit 1971 immer nur relativ wenige Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung standen. In Bezug auf die Parteien heisst dies, dass kaum eine Partei mit mehr als einer Kandidatur antritt. Somit stellt sich die Frage nach einem «Balanced Ticket» nicht. Die Wahl von Regierungsrat Isaac Reber der Grünen zeigt, dass auch kleinere Parteien die Möglichkeit haben, einen Sitz in der Regierung zu gewinnen. Dieser einmalige Vorfall in der Geschichte seit 1971 ist bisher jedoch die Ausnahme, so dass nicht von einem fragmentierten Parteiensystem gesprochen werden kann. Zudem fördern die erwähnten langen Amtszeiten bei einer kleinen Anzahl Sitze die Erhaltung des status quo. Insgesamt muss daher festgehalten werden, dass auf politisch-institutioneller Ebene die verstärkte Beteiligung von Frauen im Regierungsrat eher behindert wird.

Die schlechtere Vertretung von Frauen in Exekutivämtern kann zudem auch auf sozialstruktureller und individueller Ebene erklärt werden. Während in der Legislative die Ausübung eines Amtes weniger stark an einen Beruf gekoppelt ist, sind in den Exekutiven ausgesprochene berufliche Fähigkeiten gefordert. Das Amt eines Regierungsrats beinhaltet die strategische und personelle Führung einer Direktion und die Fe-

derführung in zahlreichen Sachgeschäften. Wird davon ausgegangen, dass eine Person vor der Wahl in den Regierungsrat berufliche Erfahrung in einer Kaderposition sammeln muss, schränkt sich die Auswahl an potentiellen Kandidatinnen durch die grosse Untervertretung von Frauen in solchen beruflichen Positionen stark ein. Im Vergleich zur Vertretung in wirtschaftlichen Kaderfunktionen ist die Vertretung im Regierungsrat mit 20% gar höher.²⁴

Auch auf Gemeindeebene kann von zunehmenden beruflichen Anforderungen in den Exekutivämtern ausgegangen werden. Geser et al. sagen, «*dass die Gemeinden im Zuge der ‹vertikalen Politikverflechtung› zunehmend als Vollzugsorgane von Kanton und Bund in Anspruch genommen werden und seitens der Behörden einen immer stärkeren Druck auf sorgfältige Geschäftsführung erfahren.*» (Geser et al. 2011: 6). Diese steigenden Anforderungen, die mit einem grossen Zeitaufwand verbunden sind, lassen das Interesse an diesen Ämtern insgesamt sinken. Im Kanton Baselland zeigt sich dies daran, dass zahlreiche Gemeinden ihre Gemeinderäte in stiller Wahl bestellen. Dies bedeutet, dass nicht mehr Personen für die Wahl kandidieren, als Sitze zu vergeben sind (Fuchs 2008: 54). In Bezug auf die Vertretung von Frauen muss daher angenommen werden, dass sich auch hier vor allem ein Mobilisations- und ein Nominationsproblem bemerkbar machen.

6.1.2 Verschiedene Staatsebenen

Neben dem Vergleich von Exekutiv- und Legislativämtern lassen sich auch die Frauenanteile auf den verschiedenen politischen Ebenen miteinander vergleichen.

Larissa Plüss und Marisa Rusch vertreten die These, dass die Frauenanteile auf der kommunalen Ebene höher sind als auf höheren Staatsstufen. Sie gehen davon aus, dass die typische politische Karriere in der Schweiz auf der Lokalebene beginnt und sich innerhalb der Staatsstrukturen nach oben fortsetzt. Den Grund für den kleineren Frauenanteil auf höheren Stufen sehen die Autorinnen im früheren Ausstieg der Frauen aus der Politik (Plüss/Rusch 2012: 57).

Auf den Fall des Kantons Baselland trifft diese These kaum zu. Plüss und Rusch untersuchen Stadtparlamente. Insofern können ihre Resultate nicht mit den Gemeinderäten verglichen werden, da es sich hierbei um Exekutivorgane handelt. Die Stadtparlamente im Kanton Baselland sind die Einwohnerräte. Der Vergleich mit dem Landrat zeigt, dass sich hier kein eindeutiges Bild von einer Abnahme der Frauenanteile auf der höheren Landratsebene abzeichnet. Nur in zwei von sechs Fällen sind die durchschnittlichen Anteile in den Einwohnerräten höher als im Landrat. Auf der übergeordneten Legislativebene, dem Nationalrat, wird noch deutlicher sichtbar, dass im Fall des Kantons Baselland die Frauenanteile auf höheren Staatsebenen zunehmen. Gründe dafür lassen sich nur vermuten. Womöglich sind sich die Parteien und die Wählenden im Kanton Baselland gerade auf den höheren Staatsebenen der Wichtigkeit einer ausgeglichenen Partizipation bewusst. Zudem gilt für den Nationalrat, dass der Kanton über einige herausragende Frauen aus verschiedenen Parteien verfügt, die eine solche Vertretung überhaupt erst möglich machen.

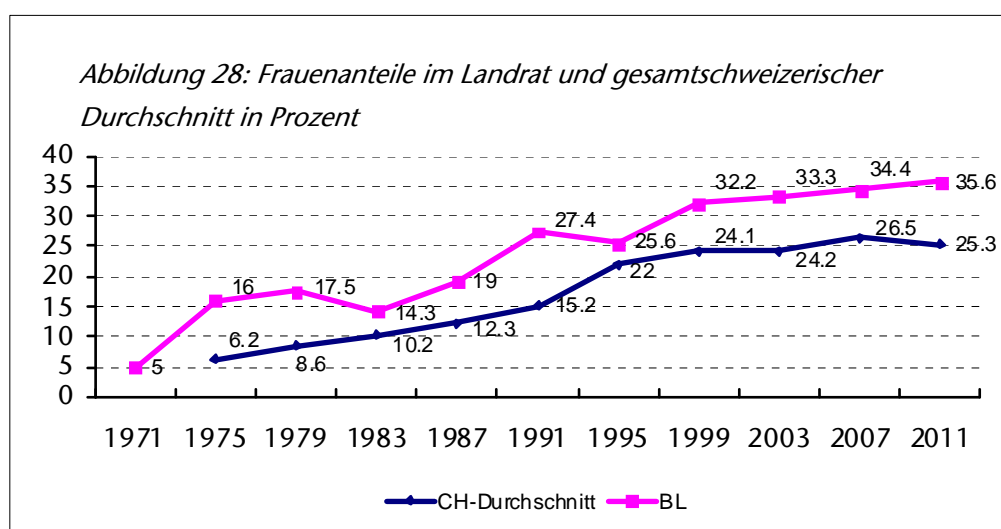
Werden die Wahlquoten der einzelnen politischen Ebenen miteinander verglichen, zeigt sich, dass Männer bei den Einwohnerräten durchschnittlich höhere Wahlchancen haben als Frauen. Auf allen anderen untersuchten Legislativebenen hingegen

²⁴ Siehe dazu die Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamts für Statistik unter <http://www.bfs.admin.ch>.

sind die Frauen im Vorteil. Im Vergleich mit dem Landrat heisst dies, dass bei einem ähnlichen Frauenanteil – im Landrat liegt dieser 2011 rund 1% höher – mehr Frauen für ein Amt kandidieren und etwa gleich viele gewählt werden. Auf den ersten Blick ist erstaunlich, dass Frauen einzig auf der tiefsten Staatsebene noch immer mit einem (leichten) Wahlproblem zu kämpfen haben. Um dieses Phänomen genauer zu beurteilen, wären Studien nötig, welche die Wahllisten und die Wahlen im Detail untersuchen. Zudem müsste beobachtet werden, wie sich die Wahlquoten in den Einwohnerräten künftig entwickeln.

6.2 Der nationale Vergleich

Im nationalen Vergleich steht der Kanton Baselland an einer absoluten Spitzenposition. Der Landrat liegt 2012 mit einem Anteil von 35,6% Frauen über zehn Prozentpunkte über dem landesweiten Mittel der Kantonsparlamente. Auch in der historischen Entwicklung war der Kanton Baselland immer über dem Durchschnitt.



Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbank Politisches Personal BL und Angaben des Bundesamts für Statistik

Der einzige Kanton, der jemals einen höheren Frauenanteil in seinem Parlament aufwies als der Kanton Basel-Landschaft nach den Wahlen 2011, ist der Kanton Basel-Stadt nach den Wahlen 2008.

Zu den Spitzenkantonen mit einem Frauenanteil von mindestens 30% zählen auch die Kantone Zürich (33,3%), Luzern (30,8%), Obwalden (32,7%) und Waadt (30%). Eine interessante Entwicklung machte der Kanton Aargau: Im Jahr 2001 wurden 29% Frauen in das Kantonsparlament nach Aarau entsandt. Dieser Wert stieg mit den Wahlen 2005 auf 36,4%, um dann 2009 wieder auf 26,4% zu sinken.²⁵

Auch bei den Wahlen im Kanton Basel-Stadt im Herbst 2012 sank der Frauenanteil markant. Basel-Stadt war mit einem Wert von 37% der führende Schweizer Kanton nach den Wahlen im Jahr 2008. Bei der diesjährigen Bestellung des Kantonsparlaments wurden lediglich 31% Frauen gewählt. Dadurch fällt der Kanton auf den fünften Platz im interkantonalen Vergleich zurück (vgl. Basler Zeitung vom 30.10.2012, Die Männer regieren Basel).

Diese Beispiele – bei weitem nicht die einzigen – zeigen deutlich auf, dass einmal erreichte gute Werte auch wieder sinken können. Es würde zu weit führen, an dieser

²⁵ Quelle aller in diesem Abschnitt zitierten Werte: Bundesamt für Statistik, Statistisches Lexikon der Schweiz, 2012.

Stelle nach Gründen für solche massiven Rückschläge in der ausgeglichenen Repräsentation der Geschlechter in anderen Kantonen zu suchen. Festzuhalten bleibt jedoch, dass die Spitzenposition, welche der Kanton Baselland im Moment belegt, durch geeignete Massnahmen gefestigt werden muss. Zudem muss auch darauf hingewiesen werden, dass ein Frauenanteil von über einem Drittel im Vergleich hoch ist, dass er aber vom Idealzustand der Parität immer noch weit entfernt ist.

Eine Spitzenposition erreicht der Kanton Basel-Landschaft auch bei der Vertretung im Nationalrat. Es ist ein Novum in der Geschichte des schweizerischen Parlaments, dass ein Kanton mit mehr als einem Sitz durch eine Frauenmehrheit in der grossen Kammer vertreten wird.²⁶ Auch in früheren Jahren stellte Baselland im Vergleich immer eine relativ ausgeglichene Nationalratsdelegation. Seit 1983 die erste Frau für den Kanton Baselland im Nationalrat Einsitz nehmen durfte, lag der kantonale Frauenanteil immer über dem nationalen Durchschnitt.²⁷ Werner Seitz (2012) analysierte die nationalen Wahlen 2011 umfassend. Im Nationalrat nahm gesamthaft der Frauenanteil erstmals ab, während im Ständerat zum zweiten Mal in Folge eine Frau weniger gewählt wurde. Seitz spricht deshalb von einer Stagnation (Seitz 2012: 18). Dies lässt die frauendominierte Delegation des Kantons Baselland noch stärker in einem aussergewöhnlichen Licht erscheinen. Das erfreuliche Resultat der letzten Wahlen muss mit Vorsicht genossen werden. Die enorm grosse Frauenwahlquote (vgl. Kapitel 3.1) zeigt das Problem, dass zu wenige Frauen für den Nationalrat kandidieren, damit längerfristig ein solcher Frauenanteil gehalten werden kann. Es bleibt zu hoffen, dass die gewählten Politikerinnen viele nachkommende Frauen zu einer politischen Laufbahn inspirieren und dass die Parteien erkennen, dass eine gezielte Förderung von Frauen wichtig ist und mit einem guten Wahlresultat belohnt werden kann.

Der interkantonale Vergleich auf Gemeindeebene ist nicht einfach, da kaum neuere systematische Daten für alle Kantone vorliegen. Eine umfassende Analyse liegt für das Jahr 2009 vor. Andreas Ladner erfasste darin 1372 Gemeindeexekutiven und ermittelte dabei einen durchschnittlichen Frauenanteil von 23,4% (Ladner 2011: 78). Der Kanton Baselland liegt mit 27,7% im Jahr 2012 resp. 26,8% im Jahr 2008 über diesen Vergleichswerten, wenn auch nicht so deutlich wie auf den höheren politischen Ebenen. Den Berechnungen Ladners zufolge waren die Frauenanteile in den Gemeindeexekutiven im Jahr 2009 in zwei Kantonen höher als in Baselland: In Luzern mit einem Anteil von rund 34% und im Aargau mit rund 30%.

Neuere Daten sind für die Kantone Freiburg und Bern verfügbar: Im Kanton Freiburg wurden 2011 24,7% Frauen in die Gemeindeexekutiven gewählt (Bauer 2011: 11). Im Kanton Bern wuchs der durchschnittliche Frauenanteil in den Gemeinderäten von 24,2% im Jahr 2001 auf 27,8% im Jahr 2011 (Gleich&Anders 2011: 52) und ist dementsprechend nun knapp höher als im Kanton Baselland.

Es stellt sich nun die Frage, aus welchen Gründen der Kanton Baselland – vor allem auf den höheren politischen Ebenen – im Vergleich zu anderen Kantonen eine Spitzenposition einnimmt. Treffen die oben erwähnten Erklärungsmodelle zu, müsste sich der Kanton Baselland in einem der Bereiche massgeblich von Kantonen mit

²⁶ In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Uri, die je nur einen Nationalratssitz haben, wurde der Sitz auch schon an Frauen vergeben, was dann einem Frauenanteil von 100% entspricht. Für Uri sitzt seit 2003 Gabi Huber im Nationalrat, für Appenzell Ausserrhoden Marianne Kleiner von 2003 bis 2011. In Kantonen mit zwei Nationalratssitzen kam es schon mehrfach dazu, dass eine Frau und ein Mann gewählt wurden (Jura 1983; Schaffhausen 1987, 1991, 1995; Appenzell Ausserrhoden 1995, 1999).

²⁷ Vgl. Bundesamt für Statistik, Statistik der Nationalratswahlen. Verfügbar unter: <http://www.bfs.admin.ch>.

tiefere Frauenanteile in der Politik unterscheiden. Umfassende statistische Analysen zu den Einflüssen dieser Faktoren wären methodisch sehr aufwendig und können im Rahmen dieser Studie nicht durchgeführt werden. Die folgenden Überlegungen sind daher hypothetischer Natur.

Rielle testete die in Kapitel 5.1.1 erklärten Faktoren einzeln auf ihre Erklärungskraft zu den kantonalen Unterschieden. Im politisch-institutionellen Bündel weist er Effekte nach, die jedoch für die jüngeren Wahljahre schwindend sind. Einzige Ausnahme ist die Stärke der linken Parteien. Dieser Faktor weist nach wie vor einen sehr starken Einfluss auf die kantonalen Unterschiede aus (Rielle 2005: 97). Als Hypothese kann hier für den Kanton Baselland angenommen werden, dass sich dieser zusätzlich durch die grössere Präsenz von bekannten Politikerinnen aus den bürgerlichen Parteien von anderen Kantonen unterscheidet. Im Bereich der sozialstrukturellen Faktoren vermag gemäss Rielle nur der Frauenanteil bei den Personen mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss eindeutig kantonale Unterschiede zu erklären (Rielle 2005: 103). Die zentrale Erklärungskraft weist Rielle den kulturellen Faktoren zu. Sein Geschlechterkulturindex, welcher auf den Resultaten zu gleichstellungsrelevanten Abstimmungen basiert, vermag die kantonalen Unterschiede hochsignifikant zu erklären. Auch Rielles Modernisierungsindex, welcher den Urbanisierungsgrad und den Anteil an Personen im Dienstleistungssektor misst, ist signifikant (Rielle 2005: 104).

Mir scheinen diese Ergebnisse wenig überraschend zu sein. So scheint gut nachvollziehbar, dass eine Stimmbevölkerung, die gleichstellungsrelevanten Themen gegenüber positiv eingestellt ist, auch bewusster Frauen in politische Ämter wählt. Der Urbanisierungsgrad ist selbstverständlich eine interessante Grösse, die ich jedoch eher den sozialstrukturellen Faktoren zuordnen würde. Zudem zeigt sich an diesem Beispiel gut, wie die einzelnen Faktoren zusammenhängen können. So ist beispielsweise anzunehmen, dass ein hoher Urbanisierungsgrad mit einem hohen WählerInnenanteil linker Parteien korreliert.

Es ist davon auszugehen, dass Rielle derart eindeutige Resultate erzielt, weil seine Operationalisierung von Geschlechterkultur zu wenig komplex ist. Prinzipiell wäre es interessant zu untersuchen, wie eine spezifische Geschlechterkultur entsteht und wodurch diese beeinflusst wird. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre, die Häufigkeit zu messen, in der über gleichstellungspolitische Vorlagen abgestimmt wird. Dies ist aus der Studie Rielles nicht ersichtlich, da er sich auf nationale Abstimmungen beschränkt (Rielle 2005: 77). Es liesse sich jedoch annehmen, dass durch eine häufige Thematisierung von Gleichstellung im Rahmen kantonaler Ereignisse ein spezifisches Bewusstsein geschaffen wird, welches sich von demjenigen in anderen Kantonen unterscheidet. Den grossen Effekt, den ein einzelnes Ereignis auf die Vertretung von Frauen in politischen Ämtern haben kann, zeigt beispielsweise die Nichtwahl von Christiane Brunner in den Bundesrat. So ist klar beobachtbar, dass die Frauenanteile als Reaktion auf diesen Vorfall vielerorts sprunghaft anstiegen (Fuchs 2008: 20; Haas/Beglinger 1993). Es wäre interessant, auf kantonaler Ebene nach Ereignissen zu suchen, die eine dem sogenannten Brunner-Effekt ähnliche Wirkung entfalteten.

Im Kanton Baselland wäre hier zum Beispiel die Abstimmung zur Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung im Jahr 2008 zu untersuchen. Als Hypothese lässt sich aufstellen, dass der Abstimmungskampf und das klare Resultat zugunsten der Fachstelle das Bewusstsein in der Bevölkerung wachrüttelten und bekräftigten, dass Gleichstellung wichtig ist – was sich schliesslich auch in Wahlergebnissen äussern kann.

Darin könnte auch eine Erklärung dafür gesehen werden, dass der Kanton Baselland im Vergleich zu anderen Kantonen bisher von einer rückläufigen Tendenz der Frauenanteile in seinen politischen Gremien verschont blieb. Ein weiterer Grund könnte in der Sensibilisierungsarbeit liegen, welche unter anderem durch die Kommission für Gleichstellung seit Jahren geleistet wird. Auch hier wären aber spezifische Studien anzulegen, welche die Baselbieter Sensibilisierungsprojekte mit denjenigen in anderen Kantonen vergleichen.

7 **Schluss**

7.1 **Zusammenfassung der Ergebnisse**

In drei Sätzen lässt sich folgendes Fazit aus den vorliegenden Untersuchungen ziehen: Frauen sind in der Politik des Kantons Baselland noch immer untervertreten. Es gibt dabei grosse Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Ebenen. Im interkantonalen Vergleich steht der Kanton Baselland sehr gut da.

Die Gründe, die zu diesen Repräsentationsverhältnissen führen, können sehr vielseitig sein und sind noch nicht genügend untersucht. Daher wurde in der vorliegenden Arbeit vielerorts auf ein zusätzliches Forschungspotential hingewiesen, welches hier aus Ressourcengründen nicht abgedeckt werden konnte.

Aufgrund der guten Wahlquoten von Frauen auf den meisten politischen Ebenen kann davon ausgegangen werden, dass die Ursachen für die Untervertretung vor allem in den Bereichen der Mobilisation und Nomination für eine Wahl gesucht werden müssen. Diese Erkenntnis entspricht dem allgemeinen Trend, dass politische Ämter an Attraktivität verlieren und dass politische Parteien mit einem Mitgliederschwund konfrontiert sind.

Im Vergleich der politischen Ebenen zeigt sich, dass Frauen in Exekutivämtern stärker untervertreten sind als in den Legislativen. Die Gründe dafür liegen in den unterschiedlichen Zugangsmechanismen und in den divergierenden Anforderungen an die beiden Arten von Ämtern. Weiter konnte festgestellt werden, dass im Kanton Baselland die Frauenanteile auf höheren politischen Ebenen tendenziell zunehmen, was teilweise den Analysen aus anderen Kantonen widerspricht.

Der interkantonale Vergleich macht deutlich, dass Baselland auf allen politischen Ebenen ausgeglichene Geschlechterverhältnisse aufweist als der Durchschnitt aller Kantone. Sowohl im Kantonsparlament wie auch im Nationalrat liegt Baselland gar auf dem ersten Platz. Die in der Forschung vorgeschlagenen Ansätze genügen nicht, um diese Spitzenposition zu erklären. Es wäre wichtig, die spezifischen Baselder Bedingungen durch vergleichende qualitative Studien herauszuarbeiten.

7.2 **Mögliche Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation**

Die Erklärungsmodelle, welche in den vorangehenden Kapiteln diskutiert wurden, zeigen vor allem eines: Die politische Repräsentation ist eine komplexe Angelegenheit, für die es keine Patentrezepte gibt. Damit zum einen die erreichten guten Werte gesichert werden können und zum anderen auf die Verwirklichung einer echten Chancengleichheit in der Politik hingearbeitet werden kann, sind Massnahmen auf verschiedenen Ebenen nötig. In der Studie «Das Volk vertreten» zeigt Gesine Fuchs einen Massnahmenkatalog auf (Fuchs 2008: 68–83). Als abschliessender Teil dieser Studie sollen diese Ansatzpunkte kurz rekapituliert und wo nötig ergänzt werden.

Die Betrachtungen von Fuchs sind nach wie vor plausibel und sollten für eine Umsetzung geprüft werden. Für eine intensivere Beschäftigung mit diesem Thema empfiehlt sich deshalb unbedingt die Lektüre des entsprechenden Kapitels. Empfehlenswert sind auch die zahlreichen Beispiele von Aktionen, Veranstaltungen und Projekten der Gleichstellungskommission und der Fachstelle für Gleichstellung Baselland, die Fuchs in ihrer Studie ausführt.

Mögliche Massnahmen können in erster Linie auf drei Ebenen stattfinden. Die nachfolgenden drei Unterkapitel sind danach strukturiert.

7.2.1 **Gesamtgesellschaft**

Die oberste Ebene ist die der Gesamtgesellschaft. **Stereotype Geschlechterbilder** prägen noch heute die Vorstellung, dass Politik eine eher männliche Angelegenheit sei. Damit dies nicht so bleibt, gilt es, am Bild des typischen Politikers zu arbeiten und dieses offener zu gestalten. Eine wichtige Rolle können dabei **Vorbilder** einnehmen, die zeigen, dass Politik auch erfolgreich von Frauen betrieben wird.

Eine zentrale Voraussetzung für ein politisches Engagement ist die **politische Bildung**. Es ist ein bekanntes Problem, dass sich immer weniger junge Leute für Politik interessieren. Um diese Entwicklung zu stoppen und das politische Interesse zu fördern, sind **Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen** gefragt.²⁸ Dabei ist von grosser Bedeutung, dass auch das Geschlecht direkt thematisiert wird. Die Schulen spielen dabei freilich eine wichtige Rolle, können aber nicht alleine die Verantwortung tragen, Kinder und Jugendliche an die politische Partizipation heranzuführen. Genauso wichtig sind die Elternhäuser und die Medien. Im Bereich der **Medien** ist ein Bewusstsein für den Einfluss auf die politische Bildung gefragt. Studien haben gezeigt, dass die Medienberichterstattung massgeblich durch Geschlechterstereotype geprägt ist.²⁹ Es ist klar, dass aufgrund der Pressefreiheit keine strengen Vorschriften vorgesehen werden können. Hier gilt es, durch Sensibilisierungsmassnahmen an das Verantwortungsbewusstsein der Medienarbeitenden zu appellieren und fortwährend auf Missstände hinzuweisen. Es bleibt zu hoffen, dass Medienverantwortliche ihre Macht erkennen und durch eine gleichstellungsorientierte Berichterstattung aktiv zu einer Gleichstellung der Geschlechter in der Politik beitragen.

In den gesamtgesellschaftlichen Bereich gehören auch sämtliche Massnahmen, die eine allgemeine Gleichstellung der Geschlechter fördern und damit auch zu einer besseren Repräsentation in der Politik beitragen können. Beispiele dafür sind **ausserfamiliäre Betreuungsmöglichkeiten** für Kinder, die Förderung von **Frauen in Kaderpositionen**, das Schaffen von qualifizierten **Teilzeitstellen** für Frauen und Männer oder die gerechtere Verteilung **familiärer Betreuungspflichten**. Initiativen von Massnahmen und Projekten, die im gesamtgesellschaftlichen Bereich wirken, müssten Staat und Wirtschaft sein. Solche Massnahmen zeigen zudem vor allem dann Wirkung, wenn sie von den gesellschaftlichen Eliten getragen werden.

²⁸ Auf nationaler Ebene lancierte die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) vor den Wahlen 2011 das Projekt «Frauen Bauen Zukunft». Dies ist ein gutes Beispiel für eine Sensibilisierungsmassnahme. Mittels Werbekarten, einer Website, Briefen an kantonale Parteivertretungen und einer Studie (Stämpfli 2011) wurde auf die Wichtigkeit einer angemessenen Frauenvertretung in der Politik hingewiesen. Eine detaillierte Auswertung des Projekts verfasste Etienne J. Verrey, die Präsidentin der EKF (siehe: Verrey 2012).

²⁹ Siehe dazu z.B. den Bericht zur Schweiz im Rahmen des «Global Media Monitoring Program», verfügbar unter http://whomakesthenews.org/images/stories/restricted/national/schweiz_deutsch.pdf, Stand: 3.12.2012. Weiter weist auch Stämpfli (2011) auf den grossen Einfluss hin, den Medien auf die Wahrnehmung von Politik in der Öffentlichkeit haben.

Im Kanton Baselland hat der Regierungsrat in seinem Legislaturprogramm 2012 bis 2015 die Absicht formuliert, seine Handlungen nach den Grundsätzen der Chancengleichheit und Gleichstellung auszurichten.

7.2.2 Politische Institutionen

Die zweite Ebene umfasst die politischen Institutionen. Dazu zählen nicht nur die hier untersuchten Gremien, sondern beispielsweise auch die regierungsrätlichen Kommissionen (Fuchs 2008: 70). Wirkungsvoll ist auf dieser Ebene, dass **Gesetze und Reglemente explizit geschlechtergerecht** gestaltet und dabei auch aktive Elemente zu einer ausgeglichenen Repräsentation vorgesehen werden. Ein probates Mittel dazu können **Quoten** sein. Das föderale Politiksystem der Schweiz ist im Prinzip bestens dazu geeignet. Im Bereich der sprachlichen, regionalen und konfessionellen Repräsentation existiert auf Bundesebene ein ausgeklügeltes System von formellen und informellen Instrumenten, die ausgeglichene Verhältnisse sicherstellen. Im Jahr 2000 wurde die Quoteninitiative sehr deutlich abgelehnt, so dass danach lange Zeit nicht mehr über dieses Thema gesprochen wurde. Im Zusammenhang mit der Untervertretung von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen wurden in den letzten Monaten wieder ernsthafte Überlegungen zu Quotenregelungen angestellt, und in der Stadt Bern wurden solche gar konkret beschlossen. Insofern wäre der Zeitpunkt günstig, um auch im Bereich der politischen Repräsentation wieder über verbindliche Quoten zu diskutieren (Verrey 2012: 46).

Zweifelsohne kommt den politischen **Parteien** eine zentrale Rolle zu. Durch die Rekrutierung, Ausbildung und Förderung von PolitikerInnen haben diese entscheidenden Einfluss darauf, wer aufgestellt und schlussendlich in ein Amt gewählt wird. Im Kanton Baselland haben die meisten Parteien eine **Frauensektion**. Zudem kennen einige von ihnen informelle Quotenregelungen zum Geschlechterverhältnis auf Wahllisten (Fuchs 2008: 76). Es gilt zu prüfen, inwiefern solche Massnahmen ausgebaut werden können. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Lokalpolitik gerichtet werden, zumal die Wahlquoten in den Einwohnerräten die schlechtesten sind.

7.2.3 Individuelle Ebene

Die dritte Ebene bezieht sich auf das Individuum. Personen, die gewillt sind, in die Politik einzusteigen, brauchen Unterstützung. Dabei ist wichtig, dass **Schulungs- und Beratungsangebote** geschlechtersensibel ausgestaltet sind und auch konkrete Lösungen für geschlechterspezifische Fragestellungen beinhalten. **Mentoringprogramme** sind eine weitere Möglichkeit zur Partizipationsförderung (Fuchs 2008: 79ff.). Auch in diesem Bereich liegt viel Potential bei den Parteien, die über einen direkten Kontakt zu potentiellen KandidatInnen und entsprechenden **Vorbildern** verfügen und vermittelnd wirken können.

All diese Massnahmen müssen mit Konstanz und einem langen Atem ergriffen werden. Die Mechanismen, welche die politische Repräsentation der Geschlechter bestimmen, sind komplex und teilweise tief in den Gesellschaftsstrukturen verankert. Wie im vorangehenden Kapitel aufgezeigt wurde, besteht noch ein grosser Forschungsbedarf, bis die Repräsentationsmechanismen im Kanton Baselland zufriedenstellend erklärt werden können.

Bereits die rein deskriptive Aufarbeitung der Wahlergebnisse ist eine wichtige Voraussetzung, damit nicht vergessen geht, dass an der politischen Repräsentation der Geschlechter aktiv gearbeitet werden muss. Die vorliegende Arbeit wurde unter anderem mit dem Ziel verfasst, als Sensibilisierungsprojekt einen Beitrag zur Förderung einer ausgeglichenen Partizipation zu leisten. Es ist wünschenswert, dass diese Arbeit in Zukunft fortgesetzt und durch weitergehende Forschungen ergänzt wird.

8 Verzeichnisse

8.1 Abkürzungen

AKW	Atomkraftwerk
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
BL	Basel-Landschaft
CVP	Christlich-Demokratische Volkspartei
ER	Einwohnerrat
EVP	Evangelische Volkspartei
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei
FWQ	Frauenwahlquote
GLP	Grünliberale Partei
GR	Gemeinderat
LdU	Landesring der Unabhängigen
LR	Landrat
MWQ	Männerwahlquote
NA	Nationale Aktion
NR	Nationalrat
POBL	Progressive Organisation Baselland
POCH	Progressive Organisation der Schweiz
RR	Regierungsrat
SD	Schweizer Demokraten
SP	Sozialdemokratische Partei
SR	Ständerat
VR	Verfassungsrat

8.2 Literatur

- Ballmer-Cao, Than-Huyen und Ruth Wenger (1989): *L'élite politique féminine en suisse. Die politische Frauenelite in der Schweiz*, Zürich: Seismo.
- Bauer, Tanja (2010): *Frauen und Politik im Kanton Freiburg: Haben wir genug?*, Freiburg: Büro für Gleichstellung und Familienfragen.
- Bauer, Tanja (2011): *Frauen und Politik im Kanton Freiburg: Haben wir genug? Analyse des Wahljahres 2011*, Freiburg: Büro für Gleichstellung und Familienfragen.
- Bühler, Elisabeth (2001): *Frauen- und Gleichstellungsatlas*, Zürich: Seismo.
- Bühlmann, Marc et al. (2009): *Demokratie im subnationalen Labor: Auf dem Weg zu einem neuen Messinstrument. Anmerkungen zu Sabine Kropp u.a. in Heft 4/2008 der ZParl. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 2/2009, S. 454–467.*

- Burger, Rudolf (1980): Vom Kandidaten zum Einwohnerrat. Untersuchungen zur repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene in den Kantonen Aargau und Basel-Land, Zürich.
- Christensen, Birgit (1999): Demokratie und Geschlecht. Interdisziplinäres Symposium zum 150-jährigen Jubiläum des Schweizerischen Bundesstaates, Zürich: Chronos.
- Duttweiler, Catherine (1993): Adieu, Monsieur – Chronologie einer turbulenten Bundesratswahl, Zürich: Wird.
- Economist (2011): Democracy Index 2011. Democracy Under Stress. A Report from the Economist Intelligence Unit.
- Fachstelle für Gleichstellung BE (2011): Gleich&Anders. Zahlen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Kanton Bern, Bern.
- Fachstelle für Gleichstellung BL (2008) (Hrsg.): Zahlen? Bitte. Der Stand der (Un)-Gleichstellung von Frauen und Männern im Kanton Basel-Landschaft. 2. Auflage, Liestal und Basel.
- Fuchs, Gesine (1996): Frauen im Parlament – eine vergleichende Untersuchung über die Partizipation von Politikerinnen im Landrat des Kantons Basel-Landschaft. Mit einer Analyse der Landratswahlen 1995, Liestal: Verlag des Kantons Basel-Landschaft.
- Fuchs, Gesine (2008): Das Volk vertreten. Studie zur Entwicklung der politischen Repräsentation in Baselland seit Einführung des Frauenstimmrechts 1968, Liestal: Fachstelle für Gleichstellung BL.
- Geser, Hans (2009:1): Gibt es feminine Parteien? In: Hans Geser: Online Publikationen, Zürich, http://geser.net/par/ges_17.pdf, Stand: 4.1.2013.
- Geser, Hans (2009:2): Linke Frauen in der Kommunalpolitik. Dramatische ideologische «Gender gaps» in den kommunalen Exekutiven. In: Hans Geser: Online Publikationen, Zürich, http://geser.net/gem/t_hgeser10.pdf, Stand: 4.1.2013.
- Geser, Hans et al. (2003): Schweizer Lokalparteien im Wandel. Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003, Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Geser, Hans et al. (2011): Die Exekutivmitglieder in den Schweizer Gemeinden. Ergebnisse einer Befragung, Glarus/Chur: Rüegger.
- Haas, Esther und Christina Beglinger (1993): Der Brunner-Effekt, Zürich: Limmat.
- Heinrich, Roberto et al. (2002): Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation. Kurzfassung des Abschlussberichts zum gleichnamigen DFG-Projekt, Potsdam: Universität Potsdam.
- Hoecker, Beate (1995): Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch, Opladen: Leske + Budrich.
- Hoecker, Beate (Hrsg.) (1998): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen: Leske + Budrich.
- Hoecker, Beate und Gesine Fuchs (2004): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hofmann-Conrad, Silvia et al. (2004): Politische Partizipation von Frauen in der Gemeindepolitik Graubündens, Zürich/Chur: Rüegger.
- Jugendrat BL (2011): Landratswahlen 2011. Statistische Auswertung der Landratslisten 2011.

- Kägi-Diener, Regula (1993): Öffentliche Dienstpflicht – Chance der Gleichberechtigung? Am Beispiel der Feuerwehr. In: Klett, Kathrin und Danielle Yersin (Hrsg.): Die Gleichstellung von Frau und Mann als rechtspolitischer Auftrag, Basel und Frankfurt a. M.: Helbling & Lichtenhahn, S. 129–156.
- Klöti, Ulrich et al. (2006⁴): Handbuch der Schweizer Politik, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Ladner, Andreas (2003): Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971–2003, Neuchâtel.
- Ladner, Andreas (2006): Politische Parteien. In: Ulrich Klöti et al.: Handbuch der Schweizer Politik, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, S. 317–343.
- Ladner, Andreas (2011): Wahlen in den Schweizer Gemeinden. Durchführung, Verlauf, Beteiligung und Ergebnisse 1988–2009, Cahier de l'IDEHEAP N° 263, Chavannes-Lausanne: IDEHEAP.
- Linder, Wolf (2006): Politische Kultur. In: Ulrich Klöti et al.: Handbuch der Schweizer Politik, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, S. 15–34.
- Magin, Raphael (2011): Die geringere Hälfte. Erscheinungsformen, Entwicklungen und Ursachen von Frauen in deutschen Parlamenten, Berlin: Lit.
- Merkel, Wolfgang und Marc Bühlmann (2011): Die Vermessung freier Gesellschaften. Das Demokratiebarometer bietet ein differenziertes Bild. In: WZB Mitteilungen No. 131, S. 34–37.
- Meuli, Urs und Andreas Ladner (2000): Frauen in den Gemeindeexekutiven 1988–1998, Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Norris, Pippa (1996): Legislative Recruitment. In: Lawrence LeDuc et al.: Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective. Thousand Oaks: Sage, S. 184–216.
- Ott, Lukas und Luzius Stucki (1996): Der Landrat. Ein Tag im Parlament des Kantons Basel-Landschaft, Liestal: Verlag des Kantons Basel-Landschaft.
- Phillips, Anne (1994): Democracy and Representation, or: why should it matter, who our representatives are? In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 34, S. 63–76.
- Plüss, Larissa und Marisa Rusch (2012): Der «Gender Gap» in Schweizer Stadtparlamenten. Differenzen zwischen weiblichen und männlichen Stadtparlamentsmitgliedern hinsichtlich ihrer politischen Rekrutierung und ihren politischen Karrieremustern. In: Swiss Political Science Review N° 18 (1), S. 54–77.
- Reckwitz, Andreas (2004): Die Kontingenzperspektive der «Kultur». Kulturbegriffe, Kulturtheorien und das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm. In: Friedrich Jaeger und Jörn Rüsen (Hrsg.): Handbuch Kulturwissenschaften. Band 3: Themen und Tendenzen, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 1–20.
- Rielle, Yvan (2005): Der andere Kulturkampf. Über die weibliche Repräsentation in den Kantonsparlamenten und ihren geschlechterkulturellen Kontext. Ansätze zur Erklärung der unterschiedlichen Frauenanteile in den kantonalen Parlamenten von 1968 bis 2003, Lizentiatsarbeit, Universität Bern.
- Rielle, Yvan (2010): Kleines Land – grosse Unterschiede: Die politische Teilhabe von Frauen in den Kantonen. In: Genderstudies N° 16, S. 5/6.
- Scheidegger, Christine (2005): Geschlechteraffinitäten. Welche Wählenden mögen welche Geschlechtergruppen? Muster von Panaschierstimmenabgaben bei den

- Wahlen in das Kantonsparlament des Kantons Baselland 2003, Seminararbeit, Universität Bern.
- Schön-Bühlmann, Jaqueline (2004): Freiwilligenarbeit in der Schweiz – statistische Eckdaten. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Sozialberichterstattung Schweiz. Bericht zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Seitz, Werner (1994): Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–1991 aus statistischer Sicht. In: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hrsg.): Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Band 34: Frauen und Politik, Bern: Haupt, S. 225–249.
- Seitz, Werner (1997): Die Frauen in den Exekutiven der Schweizer Gemeinden 1997, Bern: Bundesamt für Statistik.
- Seitz, Werner (2001): Die Frauen in den Exekutiven der Schweizer Gemeinden 2001, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Seitz, Werner (2012): Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2011. Der langjährige Vormarsch der Frauen gerät ins Stocken. In: Frauenfragen 2012, S. 8–18.
- Stämpfli, Regula (1994): Von der Qual der Wahl zum Erfolg der Wahl – Durchsetzung der Gleichstellung in der Baselbieter Politik. Analyse und Massnahmenkatalog, Bern: Typoskript.
- Stämpfli, Regula (2011): 2011. Schweizer Politik, weiss auf schwarz. Studie: «Schweizer Frauen in der Politik», Bern: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen.
- Trautmüller, Richard et al. (2012): Zivilgesellschaft in der Schweiz. Analysen zum Vereinsengagement in der Schweiz. Analysen zum Vereinsengagement auf lokaler Ebene, Zürich: Seismo.
- Vatter, Adrian (2002): Kantonale Demokratie im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen, Opladen: Leske + Budrich.
- Verrey, Etiennette J. (2012): Eidgenössisches Wahlen 2011. Das Projekt «Frauen Bauern Zukunft»: Chancen und Grenzen. In: Frauenfragen 2012, S. 44–46.
- Whitley, Paul et al. (1994): True Blues. The Politics of Conservative Party Membership, Oxford: Clarendon Press.

8.3 Zeitungsartikel

- Basellandschaftliche Zeitung, 17. 3. 2012: Frauen – die noch unbekannteste Seite der SVP.
- Basler Zeitung, 24. 10. 2011: Bürgerliche haben gegen Janiak keine Chance.
- Basler Zeitung, 30. 10. 2012: Die Männer regieren Basel.
- Neue Zürcher Zeitung, 27. 3. 2011: Grüner Triumph im Baselbiet.
- TagesWoche, 5. 10. 2012: «Diese Lust am Gestalten».

8.4 Webadressen

www.bfs.admin.ch

Unter der Rubrik Gleichstellung von Mann und Frau gibt es eine Vielzahl von Daten und Publikationen, darunter auch den «interaktiven Gleichstellungsatlas» von 2005. Stand: 21.2.2013.

www.bl.ch

Portal des Kantons mit umfangreichen Statistiken und Übersichten zu kantonalen und kommunalen Wahlen. Vollständig ab 2000. Stand: 21.2.2013.

www.fu-berlin.de/gpo

«Gender Politik Online» ist ein Portal mit Lehrtexten zu Gender in den Sozialwissenschaften mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt. Stand: 21.2.2013.

www.idea.int/gender/

Eines der fünf Schwerpunktthemen des International Institute for Democracy and Electoral Assistance ist Frauen in der Politik. Stand: 21.2.2013.

www.ipu.org

Die Interparlamentarische Union hält eine Übersicht über Frauen in allen Parlamenten der Welt aktuell und hat eine entsprechende bibliografische Datenbank dazu. Stand: 21.2.2013.

www.landratsprotokolle.bl.ch

In diesem Projekt des Staatsarchivs werden sukzessive die Landratsprotokolle eingescannt und mit Texterkennungssoftware erfasst. Aktuell sind die Protokolle bis Ende 1980 abrufbar. Stand: 21.2.2013.

www.parlament.ch

Einstiegsseite der Eidgenössischen Räte mit der Geschäftsdatenbank Curia Vista. Erlaubt vielseitige Orientierung über die NationalrätInnen. Stand: 21.2.2013.

8.5 *Abbildungen*

Abbildung 1: Frauen und Männer im Landrat von 1971 bis 2011	19
Abbildung 2: Die Stärke der politischen Lager in Prozent	21
Abbildung 3: Männeranteile im Landrat nach Parteien von 1971 bis 2011 in Prozent	21
Abbildung 4: Frauen im Landrat nach Parteien von 1971 bis 2011	22
Abbildung 5: Wahlquoten von Frauen und Männern nach Parteien 2011	23
Abbildung 6: Die Frauenwahlquoten im Landrat seit 1971	24
Abbildung 7: Das Durchschnittsalter der gewählten LandrätInnen 2011 nach Parteien	25
Abbildung 8: Das Durchschnittsalter der Kandidierenden für den Landrat 2011 nach Parteien	25
Abbildung 9: Das Durchschnittsalter gewählter LandrätInnen 2011 nach Geschlecht	26
Abbildung 10: Das Durchschnittsalter der Frauen im Landrat seit 1971	27
Abbildung 11: Das Eintrittsalter in den Landrat seit 1975	28
Abbildung 12: Der Frauenanteil im Landrat und in den Kommissionen von 1971 bis 2011 in Prozent	30
Abbildung 13: Kandidierende und Gewählte für den Regierungsrat seit 1971 nach Geschlecht	31
Abbildung 14: Regierungsratssitze seit 1971 nach Parteien	32
Abbildung 15: Die Baselbieter Vertretung im Nationalrat von 1971 bis 2011	33
Abbildung 16: Die Wahlquoten von Frauen und Männern für den Nationalrat seit 1971	34
Abbildung 17: Die Geschlechterverteilung in den Baselbieter Gemeinderäten von 1971 bis 2012	37
Abbildung 18: Frauenanteile in Baselbieter Gemeinderäten nach Regionen in Prozent	38
Abbildung 19: Anteil der Gemeinderäte ohne Frauenbeteiligung in Prozent	39
Abbildung 20: Frauen und Männer in Gemeindepräsidien von 1972 bis 2012	40
Abbildung 21: Frauenanteile im Landrat und in den Einwohnerräten in Prozent	43
Abbildung 22: Die Wahlquoten für die Einwohnerräte 2012	44
Abbildung 23: Anzahl Sitze der Parteien in den Einwohnerräten 2012	45
Abbildung 24: Frauenanteile in den Einwohnerräten 2012 nach Parteien	46
Abbildung 25: Wahlquoten für die Einwohnerräte 2012 nach Parteien	46
Abbildung 26: Anreizmodell für den Parteibeitritt nach Whitley und Seyd	53
Abbildung 27: Die prozentualen Frauenanteile auf den verschiedenen politischen Ebenen im Vergleich	57
Abbildung 28: Frauenanteile im Landrat und gesamtschweizerischer Durchschnitt in Prozent	60

8.6 Tabellen

Tabelle 1: Stimmenanteile der Parteien bei den Landratswahlen von 1975 bis 2011 in Prozent	20
Tabelle 2: Die BEIS-Typologie	29
Tabelle 3: Der Regierungsrat 2011	32
Tabelle 4: Die Nationalrätinnen und Nationalräte aus	34
Tabelle 5: Kandidierende und Gewählte für den Ständerat von 1971 bis 2007	35
Tabelle 6: Ergebnisse der Ständeratswahlen 2011	36
Tabelle 7: Chronologie der Gemeindepräsidentinnen von 1972 bis 2012	41
Tabelle 8: Frauenanteile in den Einwohnerräten von 1988 bis 2012	42

Der Autor

Christian Zürcher, MA in History, arbeitete von April 2012 bis März 2013 als wissenschaftlicher Mitarbeiter auf der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Basel-Landschaft. Im Rahmen seines Studiums der Geschichte und Sozialanthropologie an der Universität Bern beschäftigte er sich mit Fragen der Politik und der Geschlechterverhältnisse. Die vorliegende Studie verfasste er im Rahmen seiner Tätigkeit auf der Fachstelle für Gleichstellung.